

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: drümmereches
 Vierteljahr 2.50 RM., monatlich 1.10 RM.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 1.10 RM. pro Monat.
 Eintragungen in die Post-Belegungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 RM., für das übrige Ausland
 4 RM. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit 1811.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Annon-
 cenliste oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Annon-
 cen und Bekanntmachungen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf., (zuletzt 20 Pf. gedruckt
 Wort), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 21. August 1915. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Einnahme von Nowo-Georgiewsk.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 20. August 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Angres und Souchez wurde der Feind heute nacht aus den von ihm gestern besetzten Grabenstücken vertrieben.

Am Schrahmännle in den Vogesen ging ein kleiner Teil unserer vordersten Stellung an die Franzosen verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Westlich von Nowo folgen unsere Truppen nach erfolgreichen Kämpfen dem Feinde.

Im Raume von der Dawina bis zur Straße Augstow—Grodno sind die Russen in die Linie Gudele (östlich von Marjampol)—Lodzizje—Studzienicza zurückgegangen und leisten dort erneut Widerstand. Auch westlich von Lkocin wird noch gekämpft.

Die Armee des Generals v. Gallwitz setzte ihren Angriff erfolgreich fort und nahm 10 Offiziere 2650 Mann gefangen und erbeutete 12 Maschinengewehre.

Die Festung Nowo-Georgiewsk, der letzte Halt des Feindes in Polen, ist nach hartnäckigem Widerstand genommen. Die gesamte Besatzung, 6 Generale, über 85 000 Mann, davon gestern im Endkampf allein über 20 000, wurden zu Gefangenen gemacht. Die Zahl der erbeuteten Geschütze erhöhte sich auf über 700, der Umfang des genommenen sonstigen Kriegsmaterials läßt sich noch nicht übersehen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Die Heeresgruppe ist im weiteren Vordringen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Der linke Flügel warf den Feind hinter den Kotorka- und Pulwa-Abchnitt (südwestlich von Wisoko Litowsk) zurück. Südlich des Bug wurde gegenüber Brest-Litowsk Gelände gewonnen.

Ostlich von Wlodawa erreichten unsere Truppen in scharfer Verfolgung die Gegend von Piszczka. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. August. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart: 20. August 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Das Vordringen der Verbündeten auf Brest-Litowsk hat im Bereiche der Festung beträchtliche Teile mehrerer russischer Armeen regellos zusammengebrängt. Um das auf wenige Nebengänge beschränkte Abfließen der Truppen und Trains gegen Nordost zu ermöglichen, setzt der Gegner insbesondere westlich von Brest-Litowsk auf beiden Seiten des Flusses unseren Vordringen starken Widerstand entgegen. Dessenungeachtet hat sich der Nordflügel der Einschließungstruppen östlich Rokitus weiterer Vorförderstellungen bemächtigt, und die auf dem nördlichen Bugufer vorstehenden Truppen des Erzherzogs Josef Ferdinand vertrieben gestern vor Einbruch der Dunkelheit den bei Wolczyn verschanzten Feind mit stürmender Hand. Die Gruppe des Generals von Kowech brängt gegen die obere Pulwa vor. An der Beschießung von Nowo-Georgiewsk, das von unseren Verbündeten genommen wurde, hatten auch unsere schweren Wärfen erfolgreichen Anteil. Bei Wladimir Wolynskij und in Okhalizien blieb die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe der schweren Artillerie im Tiroler Grenzgebiete halten an. Bei dem gestern erwähnten Angriff auf unsere Vorstellungen auf dem Plateau von Folgaria verloren die Italiener 200 Mann. Im nördlichen Abschnitt der lübenländischen Front wurde gestern früh wieder ein feindlicher Angriff auf Mzgli Brh und den Rücken nördlich dieses Berges unter großen Verlusten des Angreifers abgeschlagen. Dagegen scheiterten zwei gestern abend und heute früh unternommene Versuche der Italiener, die Linien des Bräckenkopfes von Tolmein zu durchbrechen. Im Ozer-sischen unterhielt der Gegner stellenweise lebhaftes Artilleriefeuer; unsere Artillerie antwortete mit Erfolg, zerstörte eine Pontonbrücke bei Sogrado und bewarf feindliche Truppenmassen östlich von Picris.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Rheinisch-westfälische Nationalökonomie.

Aus Univeritätskreisen wird uns geschrieben: Wer sich mit den Verhältnissen der deutschen Univeritäten irgendwie befaßt hat, der erinnert sich an den Streit über die Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft, der hohe Wellen schlug, aber doch keine nachhaltige Wirkung hatte. Es war eine der Phasen des Jahrhundertalten Streites zwischen der Kirche und der Wissenschaft. Der Klerikalismus, dessen politische Macht im protestantischen Deutschland immer deutlicher zutage trat, wollte seinen Anteil an der Beeinflussung der akademischen Jugend haben, während die alteingesessenen Herrscher der Univeritäten das Eindringen der klerikalen Elemente in die Hallen der Univerität nicht zulassen wollten. Sie verteidigten damit sicher eine für sie sehr wichtige Position. Doch kann man streiten, ob diese Stellung als Grundlage die voraussetzungslose Wissenschaft hatte. Daß diese Voraussetzungslosigkeit nicht die Voraussetzung bei der Siebung und Prüfung der Univeritätslehrer, bei ihrer Ernennung durch die verschiedenen Unterrichtsverwaltungen ist, bedarf für den Sachkenner keiner weiteren Auseinandersetzung. Das Schicksal der sozialdemokratischen Dozenten an den beiden größten Univeritäten des deutschen Sprachgebietes, des genährgelten Dr. Leo Arons in Berlin und des ewigen Privatdozenten Dr. L. R. Hartmann in Wien sagen da genug.

Nicht bloß negativ, sondern auch positiv ist diese Frage zu betrachten. Die dem Freiherrn von Stumm zu dankende Berufung des Züricher Professors Dr. Julius Wolf nach Breslau, nachdem er mit einem im ersten Bande steden gebliebenen Werke den Sozialismus recht unglücklich zu verurteilen verfußt hatte, sollte nicht veressen werden, wie auch die Bemühungen des Unternehmersekretärs und Parlamentariers Dr. Stresemann, dem extremsten Feinde der Arbeiterbewegung, dem Rostoder Professor Ehrenberg einen noch größeren Wirkungsbereich in Leipzig zu verschaffen, beachtenswert sind. Schon Dr. Stresemann soll der sächsischen Regierung die finanzielle Förderung bei der Schaffung des neuen Leipziger Lehrstuhls und bei der Ausbildung der Univeritäts-einrichtungen für diesen Vertreter der Unternehmerökonomie angeboten haben. Dieser Versuch mißlang, aber an Einfluß der Unternehmerkreise auf die nationalökonomische Wissenschaft fehlt es leider nicht. Einiges durchaus nicht vollständiges soll über diese wichtige Ausdehnung der Einflusphäre des Großunternehmertums hier mitgeteilt werden. Vor allem wäre es wichtig, für die Vertreter der Arbeiterinteressen die Verfassung der Handelshochschulen einmal zu untersuchen, den direkten Einfluß festzustellen, den da die Korporationen der Unternehmer in Handel und Industrie ausüben durch Geldgewährung, durch Bezeichnung der Kuratoren, Sachverständigenkomitees, Aufsichtsräte, durch Beeinflussung der Verordnungen u. dgl. Man betrachte sich z. B. den Standpunkt der Nationalökonomien an der früheren Frankfurter Akademie für Handel und Sozialwissenschaften, deren Lehrer in die neugegründete Univerität Frankfurt a. M. übergegangen sind. Sie hat als ihren zweiten Rektor Herrn Professor Bohle bestimmt, der ein entschiedener Vertreter der Unternehmerinteressen und ein Intimus des von Herrn Stumm patronisierten Professors Dr. Julius Wolf ist und die von Wolf mit Stummischer Unterstützung herausgegebene Zeitschrift für Sozialwissenschaften gleich eifervoll weiterführt. Neben ihm wirkt als Nationalökonom Professor F. Bogat, ein Verteidiger der gelben Arbeiterorganisation. Als zu Beginn der Kriegszeit der Professor an der Münchener Handels-hochschule Professor Edgar Jaffé gegen den kapitalistischen Egoismus in der Kriegszeit einige wissenschaftlich wohl abgewogene Worte äußerte, da zeigten die Münchener Geldgeber der Handelshochschule ihre Unzufriedenheit in sehr deutlicher Weise. Auch sonst fuhren die Handels-hochschulen in ihrer wissenschaftlichen Unabhängigkeit infolge der Subventionierung, beziehentlich der Erhaltung durch die Korporation des Unternehmertums in sehr unsicherem Boden. Immer häufiger werden die Berufungen von Handels-hochschulen an Univeritäten, wodurch die bewußten Vertreter der Unternehmerinteressen in die Hörsäle und Seminarien der Univeritäten verpflanzt werden können. Um so größer dürfte diese Gefahr werden, als nach dem Tode von Johannes Conrad Bernhard Harns der Berater der preußischen Unterrichtsverwaltung für die Befehung der nationalökonomischen Lehrstühle geworden sein soll. Nun ist Professor Harns, der sich rühmt, vom Buchbindergehilfen zum Univeritätsprofessor aufgestiegen zu sein, selbst ein Stipendiat der Unternehmer. Sein Institut für Seewerkehr und Weltwirtschaft und sein weltwirtschaftliches Archiv sind durch Subventionen von Unternehmerkorporationen zustande ge-

Die Meldung des russischen Generalstabes.

Petersburg, 19. August. (W. Z. B.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: Am 18. August zogen sich unsere Kriegsschiffe, die den Eingang des Rigaer Meerbusens bewachten, nach Kämpfen wegen der bedeutenden Uebermacht der feindlichen Flotte in eine nähere Stellung zurück. Auf der Gesamtfront von Riga bis Janow—am Wilija—keine wesentliche Veränderung. Bei Nowo breitet der Feind energisch seine schon erzielten Erfolge aus. Es gelang ihm, die Stadt zu besetzen und, weiter vordringend, sich in der Gegend nahe der Stadt zu behaupten, die eine Landzunge zwischen dem Njemen und der Wilija bildet. Bei Ossowiec wurden in der Nacht zum 18. August und im Laufe des folgenden Tages Angriffe der Deutschen gegen unsere Stellungen durch unser Feuer zurückgeworfen. Auf der Front von Ossowiec bis Brest-Litowsk und weiter südlich dauern die Kämpfe fort und nahmen auf einigen Abschnitten einen Charakter von äußerster Zähigkeit an. Der Feind zeigte eine besondere Hartnäckigkeit, indem er am 17. und 18. August unsere Truppen am unteren Bug, in der Gegend von Wieszka, längs der Eisenbahn von Tschernomcha und bei Wlodawa angriff. Auf der galizischen Front keine Veränderung. Bei Nowo-Georgiewsk unternimmt der Feind mit steigender Wucht Angriffe gegen die auf dem rechten Weichsel- und Narw-Weiler liegenden Befestigungen. Die Kämpfe zeigen jetzt einen sehr hartnäckigen Charakter. Haufen von deutschen Leichen bedecken unsere Hindernisse, jedoch gelang es der deutschen Artillerie, die ein Feuer von höchster Intensität entwickelt, unsere Geschütze zum Schweigen zu bringen und unsere Befestigungen auf dem Abschnitt zwischen Wkra und Narw zusammenzuschleßen. Darauf mußten unsere Verteidiger trotz aller ihrer Bemühungen sich auf das rechte Ufer der Wkra zurückziehen. Dieser Umstand gestattete den Deutschen, ihre weiteren Anstrengungen gegen den nördlichen Abschnitt zwischen Wkra und Weichsel zu konzentrieren.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht vom 19. August nachmittags: Auf der ganzen Front im Artois herrschte lebhafteste Tätigkeit. Wir setzten uns durch einen Angriff in den West der Kreuzung der Straße Wéthune—Aras mit dem Wege Ablain-Angres, wo die deutsche Stellung in unsere vorderste Linie hereinsprang; mehrere feindliche Gegenangriffe wurden abgeschlagen. Nördlich von Carleul wiesen wir mehrere durch Artilleriefeuer aus geringer Entfernung vorbereitete und durch Infanteriefeuer unterstützte feindliche Angriffe mit Mienen- und Handgranaten ab. In der Gegend von Verles-au-Bois und Adinler dauerte das Gewehrfeuer an. Zwischen Dije und Aisne heftiges Geschützefeuer, im Abschnitt von Vailly und auf den Hochflächen von Duennebières und Noubion. In den Argonnen brachte unsere Artillerie feindliche Batterien und Mienenwerfer bei Fontaine-aux-Charmes und in der Gegend von Marie-Thérèse zum Schweigen. In den Vogesen wurde auf dem Gipfel des Lingekopfes heftig gekämpft; auf dem Ramme des Schrahmännle nahmen wir einen weiteren deutschen Schützengraben und machten einige Gefangene.

Paris, 20. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von gestern abend: Andauernd starker Artilleriekampf auf dem größeren Teile der Front, besonders auf den beiden Ufern der Dije und in den Gebieten von Blesis, Roze und Wines, wo unser Feuer einen feindlichen Eisenbahnzug und Transporte traf, in der Champagne sowie im südlichen Woëzgebiet. In den Argonnen sprengten die Deutschen an der Höhe des Mine, ohne aber Schaden an unseren Schanzwerten anzurichten. In den Vogesen richtete der Feind nur noch eine heftige Kanonade gegen unsere Stellungen am Lingekopf und am Schrahmännle. Im Laufe einer Unternehmung im Artois, die uns gestern einen beträchtlichen Geländegewinn zu erzielen gestattete, machten wir Gefangene und erbeuteten fünf Maschinengewehre.

Kommen und sie werden von ihnen dauernd erhalten. Die Erfolge des Rier Nationalökonomien lassen seinen Kollegen in Münster in Westfalen, Herrn Professor Plenge, nicht ruhen. Hat Professor Ehrenberg in Klostod die Unternehmerubventionen für sein Archiv für exakte Wirtschaftsforschung und für sein Institut für exakte Wirtschaftsforschung, hat Professor Bernhard Darns sein Weltwirtschaftliches Archiv, die Zeitschrift für allgemeine und spezielle Wirtschaftslehre und sein besonderes Institut für Seewirtschaft und Weltwirtschaft, alles glänzend ausgestattet, wie man es nur mit reichen Unternehmerubventionen haben kann, genießt Professor Bernhard an der Berliner Universität reiche Förderung von Unternehmern, haben die Laboratorien der technischen Hochschulen so manche Unterstützung, durch die Verflechtung des wissenschaftlichen Betriebes mit der Verwirklichung der Interessen der Unternehmer gefunden, warum soll sich dann ein junger Nationalökonom in der sonst so amüsanten Stadt Münster in Westfalen damit begnügen, ein gewöhnliches Seminar zu haben, warum soll ihm nicht auch ein großes Institut gebaut werden, so eine eigene kleine Universität, die er selbst leitet und für die dann die Unternehmer das Geld hergeben.

Ins Große, ins Habrilmäßige, hier und da ins Unsolide wächst der Universitätsbetrieb. Man hat früher unter einfacheren Verhältnissen die Studenten zu viel solidem und selbständigerem Arbeiten angeleitet. In den Kliniken, in den physikalischen und chemischen Laboratorien der Universitäten beobachtet man sehr häufig, daß die Studenten gelehrt werden, mit den kompliziertesten Apparaten und nur beim Vorhandensein der ausgebildetsten Einrichtung zu arbeiten. Dafür sehen sie sich aber später in ihrer Praxis, wo sie natürlich die grobartigen Einrichtungen nicht besitzen können, von allen möglichen Schwierigkeiten umgeben, während die in einfachen Instituten herangebildeten Kerze und Naturwissenschaftler sich weit praktischer und gewandter erweisen. Mit der gleichen Gefahr muß man heute in den Geisteswissenschaften rechnen. Es wird dem Studenten alles viel zu sehr zurecht gelegt, so daß er nicht lernt, nach Quellen und nach Materialien zu forschen, daß er nicht im Suchen das Material seiner Wissenschaft kennen lernt. Er findet alles schön geordnet, alles beisammen, er braucht nur zu greifen. Er studiert heute nicht mehr die grundlegenden Werke seiner Wissenschaft, er findet heute schon alles kombiniert und zusammengestellt in kleineren praktischen Büchern. Er lernt so nicht das richtige Arbeiten, auch nicht die wissenschaftliche Selbstständigkeit, er kommt nicht zum richtigen Forschen, er wird gleich eingegliedert in den großen Betrieb wie ein Nädchen in die Maschine.

Eine solche großzügige Einrichtung, fast hätten wir gesagt Fabrik, will nun Professor Dr. Johannes Plenge in Münster gründen. Der bisherige Ordinarius und Leiter des Seminars, der durch seine Beschäfte der deutschen Gewerkschaften bekannt geworden ist, Professor Schmölle scheint in den Hintergrund gedrängt zu sein. Nachdem Plenge über Marx und Hegel und über Bantzen geschrieben, seine Vorträge über die Wirtschaft und den Krieg vielleicht zu rasch veröffentlicht hat, nachdem er sich rühmen ließ wegen seiner Würdigung der Gewerkschaften, hat er nun den Fachkreisen eine neue Überraschung bereitet, denn sein jüngstes Druckwerk „Ueber den Ausbau einer Unterichtsanstalt für die Ausbildung praktischer Volkswirte“ trägt den Untertitel „Denkschrift für die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“. Das ist jedenfalls etwas Eigenartiges und wird Herrn Professor Plenge mit einem großen Sprünge an die Seite der Vernhard, Ehrenberg und Darns bringen. Aus seiner neuen Anstalt soll man als ein „diplomierter praktischer Volkswirt“ herausgehen, die neue Anstalt soll neue Professoren bekommen, sie sollen zwar vom Unterrichtsministerium ernannt werden, aber der Beirat der Anstalt, dem sechs oder acht Mitglieder einer zu gründenden „rheinisch-westfälischen Gesellschaft zur Ausbildung praktischer Volkswirte“ angehören sollen, als Vertreter der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, soll die „jungste Fühlung mit der Praxis“ herbeiführen und ihre „dauernde und grundsätzliche Verbindung“ mit ihr — wir führen wörtlich an — schaffen. Die Freunde der Anstalt sollen ein Kapital herbeischaffen, das eine jährliche Einnahme von 200 000 M. gewähren soll, ein eigenes Anstaltsgebäude soll bereitgestellt werden. Alles soll im großen Stile rasch in Angriff genommen werden.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß wenn Herr Professor Plenge den Unternehmern alle Garantien schaffte, wenn er die wertvollen Beziehungen zur Großindustrie, die er schon bisher in seinem Seminar gepflegt hat, weiter entfaltet, daß dann die rheinisch-westfälische Industrie aus den in diesem Jahre so reichlich geflossenen Kriegsgewinnen die paar Lumpigen Millionen nach Münster hinwegführt, um sich das zu schaffen, was sie bisher durch mühsame Prüfung bei der Bewährung der einzelnen jungen Nationalökonomien zu erreichen suchte: eine rheinisch-westfälische Nationalökonomie. Daß Dr. Tille diese Vorschläge Professor Plenges nicht mehr erleben konnte.

Da die bürgerlichen Parteien diese neueste Pflanze im deutschen Wissenschaftsgarten nicht als Unkraut empfinden dürften, so wird es den sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus wohl allein vorbehalten bleiben, sich mit diesem neuesten Bemühen der Kapitalisierung der wissenschaftlichen Nationalökonomie zu befassen.

Der neue belgische Generalstabschef.

Paris, 10. August. (W. L. V.) „Veit Parisien“ meldet aus Gobre: König Albert ernannte den bisherigen zweiten Generalstabschef Generalmajor Wilemans zum Generalstabschef. Oberst Marchoblette, der seit mehreren Monaten die belgische Armee im französischen großen Hauptquartier vertrat, wurde vom Kriegsminister de Broqueville zur Leitung seines Militärlabinetts berufen und zum General ernannt.

Einberufung aller wehrfähigen Männer im asiatischen Rußland.

Hgm. Kopenhagen, 20. August. Nach einer kaiserlichen Verordnung werden alle noch verfügbaren Offiziere und Mannschaften des ganzen asiatischen Rußlands mit Ausnahme des Kaukasusgebietes nunmehr einberufen.

Kämpfe im Montenegrischen.

Uson, 19. August. (W. L. V.) „Dépêche“ meldet aus Cottinje: Die Oesterreicher griffen mit Artillerie und

Infanterie die montenegrischen Stellungen bei Duronit, Bialele und Gatinva an. Die Forts von Kattaro beschoßen heftig die Stellungen bei Mogosche sowie die Stellungen am Lowischen. Die montenegrische Artillerie erwiderte das Feuer.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 20. August. (W. L. V.) Amtlicher Heeresbericht von gestern: Im Abschnitt des Tonale beschädigte unsere Artillerie das Pozzi Alti benannte Fort schwer. Die Verteidiger waren gezwungen, das Fort zu räumen, sie wurden von unserem Feuer verfolgt. Im oberen Cordevoleitale richteten die feindlichen Batterien, nachdem sie vergeblich versucht hatten, unsere Truppen aus ihren Stellungen zu vertreiben, das Feuer gegen den kleinen Marktsteden und die Kirche von Livinalongo und riefen dort einen Brand hervor. Im Tale der oberen Meuz haben wir neue merkwürdige Fortschritte erzielt. Eine Verschanzung auf dem Monte Paterno wurde im Sturm genommen. Bei der Dreizinnenhütte wurde eine Reihe von Schützengräben erobert und 24 Gefangene gemacht. Im Abschnitt von Tolmein wurden die Angriffe, die der Gegner in der Nacht vom 17. zum 18. gegen die von unseren Truppen eroberten Stellungen richtete, vollkommen zurückgeschlagen. Auf dem Karst wurden unsere Linien ebenfalls etwas vorgeschoben. Wir machten 53 Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Der Feind entwickelt eine größere Tätigkeit mit seinen Flugzeugen, die er zur Aufklärung und zu kleinen Unternehmungen benützt. Wir haben mit unserer Abwehrartillerie eine wirksame Verteidigung gegen diese feindlichen Versuche eingerichtet.

Die Dardanellenkämpfe.

London, 20. August. (W. L. V.) General Hamilton meldet: Die letzten Operationen auf Gallipoli bestanden in Angriffen auf die feindlichen Stellungen im Süden und Westen, wo die Australier und Neuseeländer stehen, und aus erneuter Landung ansehnlicher Streitkräfte an der Sublabai. Aus Erklärungen Gefangener geht hervor, daß die Türken große Verstärkungen erhielten, um uns kräftig anzugreifen. Unser Angriff kam dem ihrigen um ungefähr 24 Stunden zuvor. Deshalb war der Kampf sehr heftig und auf beiden Seiten die Verluste sehr groß. Die Ausschiffung an der Sublabai gelang gut. Unsere Truppen konnten aber nicht merklich vorankommen, da der Feind starke Reserven heranzuführte und unseren Anmarsch zum Stehen brachte. Die Moral der Truppen ist ausgezeichnet.

Der Seekrieg. Vom U-Bootkrieg.

London, 20. August. (W. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Nach einer amtlichen Meldung sind vom 11. bis zum 18. August elf Schiffe von U-Booten und zwei durch Minen versenkt worden mit einem Gesamttonnagegehalt von 22 970 Tonnen.

Stavanger, 20. August. (W. L. V.) Von der Signalstation Egerd aus wurde gestern nachmittag bemerkt, wie ein norwegisches, mit Erzen (Eisenerz) beladenes Fahrzeug 9 Seemeilen von Egerd Leuchtfeuer versenkt wurde. Die Besatzung wurde von einem anderen Fahrzeug aufgenommen.

London, 20. August. (W. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Der norwegische Dampfer „Magda“ mit 1083 Tonnentonnen ist versenkt worden. Der Kapitän und 15 Mann wurden gerettet.

(Kamerung des W. L. V.: Der Dampfer „Magda“ wird wohl Danntware an Bord gehabt haben.)

London, 20. August. (W. L. V.) Das Neuterische Bureau meldet: Der spanische Dampfer „Vena Castillo“ wurde versenkt. Drei Mann der Besatzung wurden gerettet. — Nach den zuletzt eingetroffenen Nachrichten werden sechs Offiziere und 38 Mann der Besatzung der „Arabic“ vermisst. — Von der Besatzung des gestrigen versenkten Dampfers „Dunklee“ fanden zwei Mann den Tod, die anderen wurden gerettet.

London, 20. August. (W. L. V.) Nach einer Neutermeldung aus Gorbiff ist der norwegische Dampfer „Sverresborg“ versenkt worden.

London, 20. August. (W. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Der Dampfer „New York City“ ist versenkt worden. Der Kapitän und die Besatzung wurden gerettet.

London, 20. August. (W. L. V.) Vloed's Bureau meldet: Der englische Dampfer „Carad“ ist in der Nordsee, wahrscheinlich durch ein Unterseeboot, zum Sinken gebracht worden.

Die Torpedierung der „Arabic“.

London, 20. August. (W. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Das Bureau der White Star Linie teilt mit, daß alle Passagiere der „Arabic“ bis auf acht gerettet wurden und in Queenstown angekommen sind. Unter den acht Erkrankten befanden sich vier Amerikaner. Einer früheren Depesche zufolge kamen gestern abend in Queenstown zwei Fahrzeuge mit 175 Passagieren und 218 Mann der Besatzung an. Sie wurden mit Automobilen nach einem Hotel gebracht und, soweit sie verundet waren, der ärztlichen Hilfe überwiesen. Kurz bevor der Torpedo abgefeuert wurde, eilten die erschreckten Passagiere nach Rettungsbooten; sie hatten sie eben umgeschwankt, als die „Arabic“ getroffen wurde. Als die Rettungsboote und Schaluppen herabgelassen wurden, drängten die Passagiere hinein, wobei mehrere ins Wasser fielen. Viele Frauen weinten bei der Torpedierung noch in den Kajüten und eilten in Nachgewändern auf das Deck; man halfte sie in Decken. Der Kapitän, der am Bein verwundet war, sagte aus, daß er das Unterseeboot nicht gesehen habe, wohl aber den Torpedo, der auf das Schiff zukam. Es wäre unmöglich gewesen zu entinnen; er hatte nur acht Minuten Zeit, um die Rettungsboote niederzulassen. Der zweite Administrator teilte mit, daß der Torpedo das Schiff beim Maschinenraum traf, die Kessel platzen und die ganze Seitenwand eingerissen wurde. Die weißen Fahrgäste hatten eben ihr Frühstück beendet; viele hatten auch einen anderen Dampfer bemerkt, als die „Arabic“ getroffen wurde. Nach anderen Aussagen herrschte keine Panik. Die Boote erreichten ohne Schwierigkeit das Wasser. Sie mühten vier und eine halbe Stunde gerudert werden, ehe die Schiffbrüchigen aufgenommen wurden. Es soll unter anderem auch ein deutscher Prediger an Bord gewesen sein, der mit Erlaubnis des Auswärtigen Amtes nach Amerika fuhr.

Aus New York wird englischen Mätern telegraphiert, daß die Nachricht in Washington Aufsehen erregte und man erfreut ist, daß so viele gerettet wurden. Die Konsula in Liverpool und Queenstown wurden beauftragt, Berichte einzusenden. Wilson, der telefonisch von der Torpedierung verständigt wurde, gab keinen Kommentar.

Zum Untergang des englischen E. 13.

Kopenhagen, 20. August. (W. L. V.) Das Marineministerium gibt bekannt: Gestern früh lief die Meldung ein, daß ein Unterseeboot unbekannter Nationalität auf dänischem Seegebiet zwischen Saltholm und Stenrisen im „Søndre Jilnt“ südlich von Saltholm auf Grund gelaufen sei. Zur Wahrung der Neutralität wurden sofort Torpedoboote nach der Strandungsstelle entsandt; auch das im Sund befindliche Geschwader erhielt Befehl, sobald als möglich dorthin abzugehen. Zu dieser Zeit war eine Meldung eingelaufen, daß das betreffende Fahrzeug das englische Unterseeboot E 13 sei. Das dänische Torpedoboot „Karrhvalen“ legte sich an die Seite des Unterseebootes, um auf Wunsch des englischen Kommandanten einen englischen Offizier auf das dänische Wachtschiff „Folster“ zu bringen, das sich auf der anderen Seite von Saltholm befand. Um 10 Uhr 35 Minuten, als das dänische Geschwader sich auf dem Wege nach der Strandungsstelle bei der Sandbank Krausebaeklen in Drogden etwa 5 Seemeilen von der Strandungsstelle befand, wurde eine Explosion dicht bei einem Fahrzeug bemerkt, das sich vom Süden kommend, dem Unterseeboot näherte. Der Kommandant des Torpedobootes „Söldven“, das sich zu dieser Zeit zusammen mit dem Torpedoboot „Stören“ in der Nähe der Strandungsstelle befand, berichtet, daß er ungefähr um 10 1/2 Uhr zwei deutsche Torpedoboote bemerkt habe, die mit nordöstlichem Kurse in „Hinterenden“ fuhren; „Söldven“ sei ihnen deshalb sofort entgegengefahren, um gegen eine etwaige Neutralitätsverletzung zu protestieren. Das nördlicher stehende Torpedoboot habe das Signal wehen geholt: Verlaßt Fahrzeug so schnell als möglich! Wölchig habe das deutsche Torpedoboot einige Schüsse auf das Unterseeboot abgefeuert, das fast augenblicklich in Brand geraten sei. „Söldven“ sei dem deutschen Boot jetzt sofort entgegengefahren, um Angriffe zu verhindern, worauf das deutsche Torpedoboot das Feuer eingestellt habe und mit hoher Fahrt südwärts gedampft sei. Zu einer früheren Zeit, um 8 1/2 Uhr, hätte ein deutsches Torpedoboot das Unterseeboot passiert, ohne einen Angriff zu versuchen; die englische Flotte habe während der ganzen Beschießung und nachher auf dem Unterseeboot geweht.

Kopenhagen, 20. August. (W. L. V.) Die Hälfte der Besatzung des Unterseebootes E 13, 15 Mann, von denen einer verletzt ist, sind gerettet worden. Von den übrigen sind 14 Mann als Leichen an Land gebracht worden. Ein Mann wird vermisst. Dänische Schiffe verbleiben bis auf weiteres bei dem beschädigten Unterseeboot.

Ein Postdampfer angehalten.

Stavanger, 20. August. (W. L. V.) Der Postdampfer „Arma“ ist gestern morgen gegen 8 Uhr auf der Reise von Alesund nach Stavanger nördlich von Faerøenes Riff von einem deutschen Unterseeboot angehalten worden. „Arma“ wurde mitgeteilt, daß das Anhalten innerhalb des norwegischen Seegebietes vor sich gehe; dennoch wurden die Boote nach dem ersten Warnungsschusse klar gemacht. Inzwischen fand sich ein norwegisches Torpedoboot ein, das das Unterseeboot darauf aufmerksam machte, daß es sich auf norwegischem Seegebiet befand. Das Unterseeboot entfernte sich darauf sofort. Auf der „Arma“ befanden sich mehrere englische Reisende.

Gerüchte über Friedensvorbereitungen.

London, den 20. August. (Z. U.) Eine Neuter-Depesche aus Rom weiß folgendes zu melden: Die aus dem Haag an den holländischen Gesandten beim Vatikan gemachten Mitteilungen werden hier als eine Bestätigung der Auffassung betrachtet, daß der Gesandte hauptsächlich zu dem Zwecke akkreditiert wurde, um die holländische Regierung in die Lage zu versetzen, jede Initiative zugunsten des Friedens zu unterstützen. Ferner werde der holländischen Regierung dabei auch die Möglichkeit gegeben, an den Friedensverhandlungen, die in die Wege geleitet werden sollen, teilzunehmen. Man nimmt an, daß die Verhandlungen im Haag abgehalten werden. Im Haag hofft man, daß der Vatikan die Initiative zu einer Friedensvermittlung ergreifen werde.

Der englische Gewerkschaftskongress und der Krieg.

Der 47. Jahreskongress der englischen Gewerkschaften tritt am 6. September in Bristol zusammen. Es werden etwa 550 Delegierte anwesend sein, die 2 750 000 organisierte Arbeiter vertreten. Bräderliche Delegierte werden aus Frankreich, Belgien, den Vereinigten Staaten von Amerika und aus Kanada erwartet. Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses schlägt folgende, den Krieg betreffende Resolution vor:

„Obwohl der Kongress allen Militarismus als eine Gefahr für den menschlichen Fortschritt verurteilt, so ist er doch der Ansicht, daß die Aktion Großbritannien und seiner Verbündeten vollständig gerechtfertigt ist. . . Der Kongress verpflichtet sich, die Regierung in der erfolgreichen Fortführung des Krieges zu unterstützen.“

Eine andere Resolution billigt die Haltung der Arbeiterfraktion, indem sie mit den bürgerlichen Fraktionen beim Soldatenanwerben zusammenwirkte. Ein Zusatzantrag hierzu bedauert jedoch, daß die Fraktion nicht gleichzeitig von der Regierung eine anständige Fürsorge für die Kriegswaisen sowie die Witwen und Waisen der gefallenen Soldaten erlangt hat.“

Die Vereinigte Tagelöhnergewerkschaft brachte folgende Resolution ein:

„Der Kongress ist bestürzt über die beispiellosen Verluste an Toten und Verwundeten zu Lande und zu Wasser. Allen Personen, die die Heiligkeit des menschlichen Lebens würdigen, legen wir dringend ans Herz, für einen Frieden zu wirken, der der nationalen Freiheit und nationalen Ehre entspricht. Wir fordern das Parlamentarische Komitee des Kongresses auf, die Friedensbedingungen zu formulieren und zu befürworten, die die Arbeiterklasse zufriedenstellen können, und der Regierung nachdrücklich zu erklären, daß es durchaus nötig sei, dem Volke genau auseinanderzusetzen, wofür wir kämpfen.“

Zwei Resolutionen sind im Sinne des Programms des Komitees der demokratischen Kontrolle gehalten. Sie verlangen einen Frieden nach folgenden Grundzügen:

1. Keine Annexionen, außer mit Zustimmung der Einwohner.
2. Demokratische Kontrolle über die auswärtige Politik; internationale Verträge müssen die Zustimmung des Parlaments haben.
3. Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, der öffentlich beraten und verhandeln und den Zweck haben soll, einen dauernden Frieden herzustellen.
4. Die Friedensverträge sollen gleichzeitig die Herabsetzung der Rüstungen vorsehen.

Baumwolle ist Konterbände.

Washington, 20. August. (W. L. V.) Meldung des Reuter'schen Bureaus. Die englische Volschaft gestattete die amtliche Bekanntmachung, daß die Alliierten im Prinzip beschloßen hätten, Baumwolle zur Konterbände zu erklären. Der Zeitpunkt, wann diese Maßregel in Kraft tritt, ist noch nicht festgestellt.

Lohnforderungen der Seeleute.

London, 20. August. (W. L. V.) Die „Morning Post“ berichtet: Im Februar wurde ein Abkommen zwischen den Reedern und der Seemannsgewerkschaft in Quill erzielt, wonach die Wochenlöhne auf 45 Schilling erhöht wurden unter der Bedingung, daß keine weiteren Lohnforderungen während des Krieges gestellt würden. Gleichwohl forderte die Mannschaft eines Schiffes, das der Armee Kriegsvorräte bringen sollte, eine Zulage von 15 Schilling die Woche und weigerte sich, anderenfalls auszufahren. Andere Seeleute meldeten sich, um die Reise umsonst zu machen (?), dennoch haben sich die Löhne in Quill auf 50 Schilling erhöht.

Hausfuchung beim „Labour Leader“.

Hgm. London, 20. August. In den Redaktionsräumen der Zeitung „Labour Leader“ wurde eine polizeiliche Hausfuchung vorgenommen, wobei ein ganzer Wagen voll Druckschriften mit Beschlag belegt wurde.

Französische Verlustlisten.

Nach einer Pariser Meldung wurde die radikal-sozialistische Gruppe von Viviani benachrichtigt, daß das Ministerium die Ausgabe französischer Verlustlisten ab November d. J. in Vorbereitung genommen habe.

Die griechische Krise.

Athen, 17. August. (W. L. V.) Verspätet eingetroffen. Von unserem Privatkorrespondenten.) Die Meldung, daß der König Venizelos die Kabinettsbildung übertragen habe, ist unrichtig. Der König verlangte von Venizelos unzuweilige Stellungnahme zur Neutralitätsfrage und den Schritt des Bierverbandes. Venizelos erbat sich daraufhin vier Tage Frist, um dem König sodann seine Ansichten vorzutragen, erst hierauf wird der König eine Entscheidung treffen. Es wird jedoch erwartet, daß der König Venizelos die Kabinettsbildung am Montag, nachdem Venizelos ihm Vortrag über seine Ansichten bezüglich der anstehenden Lage gehalten hat, endgültig übertragen wird. Denn, wie verlautet, hat Venizelos sich der Ansicht des Königs angeschlossen und hat dem König bereits bei der Zusammenkunft mitgeteilt, daß er gegen jegliche territoriale Abtretung und für Beibehaltung einer entente-freundlichen Neutralitätspolitik eintreten werde.

Serbiens Zugeständnisse an Bulgarien.

Wien, 20. August. (W. L. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bukarest über die Eröffnungsfeier der serbischen Skupstina: Ministerpräsident Pasič legte in zweifelhafte Rede die militärische und diplomatische Lage Serbiens und der Entente dar und verlas dann die von Bulgarien an die Entente gerichtete Note, wie auch die Note der Entente an Serbien im Wortlaut. Was in dieser Note enthalten ist, sagt der Sitzungsbericht nicht. Pasič führte aus, daß die Entente-Mächte eine endgültige Erklärung von Serbien erwarten. Sie müsse eine Entscheidung darüber enthalten, ob Serbien auch weiterhin an den Kämpfen der Entente-Mächte teilnehmen wolle, oder ob sich ihre Wege trennen sollen. Eine andere Wahl gebe es nicht. Unter solchen Umständen habe die serbische Regierung beschloßen, der Skupstina die Erfüllung der Forderungen der Ententemächte zu empfehlen, sowie auch die Anerkennung der berechtigten Wünsche Bulgariens in dem Maße, bis zu welchem diese nicht eine Gefährdung der Daseinsinteressen Serbiens bedeuten. Der Ministerpräsident ersuchte die Skupstina, in die Debatte darüber einzutreten, und hat die Abgeordneten insgesamt, entsprechend ihrer patriotischen Einsicht ihre Ansäuungen darzulegen. Die Skupstina wird wahrscheinlich am Donnerstag ihren formellen Beschluß fassen.

Rücktritt des bulgarischen Kriegsministers.

Sofia, 20. August. (W. L. V.) Meldung der Agence Bulgare. Kriegsminister Pitschew ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten.

Hgm. Bulgare, 20. August. Als Nachfolger Pitschew's wurde Oberst Pselow zum Kriegsminister ernannt. Pselow vertrat Bulgarien bei den Verhandlungen mit der Türkei. Die Demission des Kriegsministers hat keine politische Bedeutung, jedoch verhalten die russenfreundlichen Kreise den Ministerwechsel als eine Folge von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts hinzustellen.

Regelung des Zollwesens in Tsingtau.

London, 20. August. (W. L. V.) Reuter meldet aus Tokio vom 18. August: Das japanische Ministerium des Aeußeren veröffentlicht ein Abkommen mit China über das Zollwesen im Gebiet von Tsingtau. Japan nimmt die Bedingungen an, die früher zwischen China und Deutschland bestanden. Japan wird alle China gebührend beschlagnahmen Aukunden, Gelder und sonstiges Eigentum zurückerstatten. Alle seit der Einnahme von Tsingtau erhobenen Zölle werden mit Abzug von 20 Prozent zurückerstattet.

Ministerwechsel in Australien.

Melbourne, 20. August. (W. L. V.) Dem Vernehmen nach übernimmt Premierminister Fisher das Amt des australischen Oberkommissars in London, während Generalstaatsanwalt Hughes Premierminister wird.

Politische Uebersicht.

In der Handels- und Gewerbekommission des Reichstags

wurden am Donnerstag Petitionen von württembergischen und sächsischen Industriellenverbänden beraten, welche die Regierung ersuchen, bei den Friedensverhandlungen sowohl die Forderungen von den feindlichen Staaten wie die Schulden an das feindliche Ausland festzustellen und einen Ausgleich herbeizuführen. Die Petitionen wurden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Soweit noch weitere Maßnahmen gefordert wurden, wobei die Frage offen gelassen war, ob die Handelskammern oder die Regierung selbst die Sache in die Hand nehmen soll, wurden sie zur Erwägung überwiesen. Weiter wurde eine Petition eines wirtschaftlichen

Verbandes in Köln, die die Errichtung von Musterausstellungen nach englischem Vorbilde wünschte, der Regierung ebenfalls zur Berücksichtigung überwiesen.

Erhöhung der Protrationen in Aufsicht.

Mit Zustimmung des Kuratoriums der Reichsgetreidekasse wird das Ausmahlungsverhältnis für Brotgetreide von jetzt ab auf 75 Proz. herabgesetzt. Die Herabsetzung bewirkt eine Verbesserung des Brotes und vermehrt die abfallende Mele.

Die zulässige Verzehrmenge, welche bisher einschließlich der Mehrtration für vermehrt Ernährungsbedürftige 220 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung betrug, wird auf 225 Gramm festgesetzt. Eine wesentlichere Erhöhung wird voraussichtlich vor Beginn des Winters eintreten, wenn die Feststellung der Getreidemenge der diesjährigen Ernte abgeschlossen ist.

Ueber die getroffene Neuregelung wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Probendrusche haben ergeben, daß der Körnerertrag der neuen Ernte durchaus gut ist. Man hegt daher die Hoffnung, daß der wirkliche Ertrag weit mehr bringt als die Schätzung. Trotzdem müßte die Reichsgetreidegesellschaft darauf bedacht sein, sich Sicherheitsfaktoren zu schaffen und könnte vorläufig nur beschreibende Verbesserungen zur Durchführung bringen. Es ist beschloßen worden, das Ausmahlungsverhältnis auf 75 Proz. statt wie bisher auf 80 bis 88 Proz. festzusetzen. Das ergibt eine erhebliche Verbesserung des Mehls und hat für die Landwirtschaft den Vorteil, daß ihr 25 Proz. Mele statt der 17 bis 20 Proz. zur Verfügung stehen, und daß damit für besseres Futter für die Milchkuhe und Schweine gesorgt ist. An eine Erhöhung der Tagestration wollte die Reichsgetreidegesellschaft für die nächsten zwei Monate noch nicht gehen. Die Tagestration beträgt jetzt pro Kopf und Tag 200 Gramm. Hierzu kommen noch durchschnittlich pro Kopf zwanzig Gramm, die den Kommunalverbänden zur Verfügung gestellt sind, um Zuschüsse für die stark arbeitende Bevölkerung zu leisten. Die Gesamtration stellt sich sonach auf 220 Gramm. Die Reichsgetreidegesellschaft hat nun diese Ration um 5 Gramm, also auf 225 Gramm erhöht, wobei die 25 Gramm wieder für die schwer Arbeitenden bestimmt sind, die in der gleichen Weise wie bisher zur Verteilung kommen sollen. Für die Selbstverfolger bleibt alles beim alten; sie erhalten entsprechend der geringeren Ausmahlung 10 Kilogramm pro Kopf und Monat. Es könne die Zufuhr nicht ausgesprochen werden, daß man im Herbst sicher mit den Nationen höher gehen könne; man müsse aber erst ein genaues Resultat über die Ernterträge haben. Die Reichsgetreidegesellschaft will ferner den Mehlproduktionsfabriken zur Herstellung von Nudeln, Grieß, Makkaroni usw. in stärkerer Maße Mehl liefern und durch Preisbindung dafür sorgen, daß diese Produkte den Konsumenten zu mäßigen Preisen zugeführt werden.

Die neuen Getreidehöchstpreise — eine Liebesgabe für die Landwirtschaft.

Dr. R. Nuczynski, der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, schreibt in der „Mise“ (Nr. 33 vom 19. August) über die neuen Höchstpreise für Getreide:

„Durch Bundesratsverordnung vom 23. Juli wurden die Höchstpreise für Roggen und Weizen, wie sie am 28. Oktober festgesetzt worden sind, auch für das neue Erntejahr beibehalten. Sie betragen für die Tonne Roggen 215—230 M., für die Tonne Weizen 255—270 M. und sind damit um ein Viertel bis ein Drittel höher als vor Ausbruch des Krieges. Dagegen wurden am gleichen Tage die Höchstpreise für Gerste, die im Oktober auf 194 und 227 M., im Dezember auf 209—237 M. und im März auf 259—287 M. angesetzt worden waren, für das ganze Deutsche Reich auf 300 M. erhöht, und ebenso die Höchstpreise für Hafer, die im November auf 202 bis 224 und im März auf 254—276 M. bemessen worden waren, allgemein auf 300 M. gesteigert. Die Preise für Gerste und Hafer sind damit annähernd doppelt so hoch wie vor Ausbruch des Krieges. In ihrer Freude über die Beibehaltung der Höchstpreise für Brotgetreide haben die Konsumenten der Steigerung der Höchstpreise für das übrige Getreide nur wenig Beachtung geschenkt. Und doch ist sie von allergrößter Bedeutung. Denn unsere Ernte an Gerste und Hafer ist gewöhnlich nur um ein Viertel geringer als die von Brotgetreide.“

Die Erhöhung des Haferhöchstpreises auf 300 M. hat zur Folge, daß unsere Heeresverwaltung für die 2 1/2 Millionen Tonnen, die sie in einem Kriegsjahr benötigt, reichlich 800 Millionen Mark zahlen muß, das heißt noch etwa 300 Millionen Mark mehr, als unter Berücksichtigung der erhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft angemessen erscheint. Sie hat weiter zur Folge, daß die Bedarfsartikel, auf denen Wagentransportkosten ruhen, und das sind ja fast alle, dadurch verteuert werden.

Die Erhöhung des Gerstenhöchstpreises hat zur Folge, daß die Schweinepreise dauernd hoch sein werden. Denn bei dem Verbot der Verfütterung von Brotgetreide und der knappen Zufuhr von Mais ist die Gerste das wichtigste Mastfutter. Einem Gerstenpreis von 300 M. entspricht aber ein Schweinepreis von 80—85 M. für den Zentner Lebendgewicht beim Produzenten (vgl. Nuczynski-Zung, Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Krieg, S. 59). Ein Gerstenpreis von 300 M. würde also zwar einen Schweinepreis von 100—120 M., wie ihn die Produzenten heute bekommen, nicht rechtfertigen, aber er würde doch einen Preis von 35—40 M., wie sie ihn vor Ausbruch des Krieges, oder selbst von 65—70 M., wie sie ihn noch im Februar d. J. erhielten, möglich machen. Sehr bezeichnend ist denn auch der Rat, der den Landwirten in der „Deutschen Tagesztg.“ Nr. 400 vom 10. August erteilt wird, den Bauern die Malzgerste, für die kein Höchstpreis besteht, nicht schon für 350 M. zu verkaufen:

„Auch ist es bei einem Schweinepreise von mehr als 100 M. Lebendgewicht ratsamer, Gerste, für die man höchstens 850 bis 300 M. erhalten würde, im Schweinefuttel zu verwenden und den Bauern die Freiheit zu lassen, sich an ausländischer Gerste einzudecken.“

Die Erhöhung des Hafer- und Gerstenhöchstpreises ist, wie amtlich verkündet wurde, erfolgt, „um wenigstens eine Annäherung für die übrigen Futtermittel zu erreichen.“ Dem Landwirt, dessen Hafer beschlagnahmt wird, soll die Möglichkeit geboten werden, mit Hilfe des hohen Erlöses für Hafer andere teurere Futtermittel zu kaufen, das heißt also ausländische Gerste, Mais, Dorsch und anderes. Diese Futtermittel sind aber nur in so geringen Mengen vorhanden, daß sie praktisch gar keine Rolle spielen, und es ist ein eigentümlicher Gedanke, den Wert der 10 Millionen Tonnen Gerste und Hafer, die wir ernten, auf 3 statt 2 Milliarden Mark festzusetzen, weil die Landwirte für die ausländischen Futtermittel vielleicht 100 Millionen Mark mehr aufwenden müssen als unter Zugrundelegung der Friedenspreise.“

Eine sachliche Rechtfertigung für die unverhältnismäßig hohen Preise von Gerste und Hafer gibt es nicht. Sie sind denn wohl auch nur deshalb so festgesetzt worden, weil der Konsument sie weniger unmittelbar empfindet als hohe Brotgetreidepreise.

Neugeschaffene Werte.

Durch die Kriegsgefangenenarbeit werden im ganzen sehr große Flächen Deulandes der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt, der privaten landwirtschaftlichen Nutzung, und zwar in einer Zeit, in der die Bodenprodukte beträchtlich im Preise gestiegen sind und fortgesetzt steigen. Um welche Werte es sich handelt, zeigen einige Verteilungen über die bisherigen Ergebnisse der Deulandflächenbearbeitung in der Provinz Westfalen.

Nach dem Bericht des Provinzialauschusses haben die von der Provinz bisher zur beschleunigten Urbarmachung von Deulandbereichen bewilligten und in Aussicht genommenen Beihilfen 778 000 M. betragen, wofür rund 21 000 Hektar mit einem Betrage von 37,5 M. für den Hektar urbar gemacht wurden. Die staatlichen Beihilfen haben 627 000 M. betragen. An staatlichen Darlehen sind bisher in Westfalen 5,2 Millionen Mark bewilligt worden. Bei dieser letzten Summe handelt es sich um die zu ermäßigtem Zinsfusse vom Staat bereitgestellten Summen für Bodenverbesserungsgenossenschaften.

1914 machte die Gesamtfläche des Deul- und Unlandes in Westfalen noch 7 Proz. der Gesamtfläche des landwirtschaftlich genutzten Bodens aus, oder 115 494 Hektar. Fast der fünfte Teil dieser überhaupt unbenutzten Deulandfläche ist also in diesem ersten Kriegsjahre schon nutzbar gemacht worden. Man braucht den Wert dieses der Inkultur entzogenen Bodens nicht allzu hoch anzuschlagen. Aber auch nicht gar zu niedrig, zumal da die Vesteiger gerade jetzt sehr rasch verhältnismäßig hohe Erträge daraus erzielen. Setzt man für den Hektar rund 800 M. an — gutes Weideland wird mit 3000 M. und höher bezahlt —, so ergäbe sich allein für Westfalen ein neu geschaffener Bodenwert von rund 17 Mill. Mark.

Das ist sehr erfreulich. Aber der Umstand, daß diese neuen Kulturlandflächen meist der privatwirtschaftlichen Ausnutzung anheimfallen, beeinträchtigt die Vesteigerung, die man an und für sich über derartige „Kulturarten“ empfindet, ein wenig. Jedenfalls ist die beschriebene Frage berechtigt: Um wieviel mehr würde der Volkswohlstand gedient werden, wenn diese Flächen der privaten Spekulation entzogen und lediglich zum Nutzen der Gesamtheit bebaut würden?

220 000 Liter Petroleum zu verkaufen.

Die Bekanntmachung des Reichsamts des Innern, daß diese oder jene Gesellschaft ihre größeren Petroleumvorräte zu Preisen verkaufen könne, die über die Höchstpreise gehen, schafft ein gewisses Interesse darüber, daß noch immer ziemlich beträchtliche Mengen des gesuchten Brennstoffes in Deutschland vorhanden sind. So wird ein Verkaufsangebot der Deutschen Petroleum-Co. in Friedrichshafen am Bodensee bekannt, das sich auf sage und schreibe 220 000 Liter beläuft. Die Firma hat also unter den früheren Preisen, die doch wahrlich hoch genug waren, zurückgehalten, und benutzt jetzt die Ausnahmestimmung des Bundesrats, um aus ihren riesigen Vorräten höchstmöglichen Gewinn herauszuschlagen. Gelingt es denn der Belegung wirklich nicht, derartige Spekulationsmanöver auf Kosten der ärmsten Bevölkerung — denn nur diese ist in der Hauptsache auf das Petroleum angewiesen — auf die Dauer zu befestigen?

Kabinettsbildung in Peru.

Genf, 20. August. (W. L. V.) Nach Blättermeldungen aus Lima trat der neue Präsident José Pardo sein Amt an und beauftragte Garique de Alva Agüero mit der Bildung des Kabinetts. Agüero hat die Bildung des Kabinetts übernommen.

Kriegsbekanntmachungen.

Feldpostsendungen für die Marine.

Berlin, 19. August. (W. L. V.) Ueber die Feldpostsendungen für Marineangehörige bestehen noch Zweifel. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestimmungen über die Feldpost für die Kaiserliche Marine in den bei allen Postämtern ausliegenden Merkblättern für Feldpostsendungen enthalten sind; sie können dort eingesehen werden, auch wird an den Postämtern Auskunft erteilt. Feldpostpakete für die in Belgien befindlichen Marinemannschaften sind nach wie vor an die Postsammlstelle des I. Ersatz-Seebataillons in Ael oder die Postsammlstelle der II. Torpedodivision in Wilhelmshaven zu senden; je nachdem der Empfänger aus dem Mittel- oder Nordseegebiet ins Feld gerückt ist. Ist den Absendern nicht bekannt, aus welchem Bereiche ihre Angehörigen ins Feld gerückt sind, dann können die Pakete nach Wahl des Absenders an eine der beiden Postsammlstellen gesandt werden. Näheres geht ebenfalls aus den Merkblättern hervor.

Wahrung zur Vorsicht.

Berlin, 20. August. (W. L. V.) In feindlichen Auslande werden den dort festgehaltenen deutschen Staatsangehörigen oft Pässe und andere Ausweise abgenommen, um damit die nach Deutschland zu schickenden Espione auszurüsten. Wenn nun in letzter Zeit in deutschen Zeitungen dazu aufgefördert worden ist, den noch im Auslande befindlichen Deutschen Ausweispapiere, wie Geburts- und Heiratsurkunden zu übersenden, so muß hierauf dringend gewarnt werden, weil dadurch der feindlichen Spionage Vorschub geleistet werden würde.

Auch ohne die sonst nötigen Ausweise wird deutschen Staatsangehörigen, die aus dem feindlichen Auslande kommen, der Eintritt in das Reich gestattet, wenn sie ihre Reichsangehörigkeit glaubhaft darlegen. Eine irgendwie nennenswerte Verlängerung des Aufenthalts an der Grenze ist damit nicht verbunden.

Letzte Nachrichten.

Vom U-Bootkrieg.

London, 20. August. (W. L. V.) Wie das Reuter'sche Bureau meldet, sind die Dampfer „Lara“ (500 Tonnen) und „Restormel“ (300 Tonnen) torpediert worden. Die Besatzungen wurden gerettet.

Kristiania, 20. August. (W. L. V.) Der gestern vor Egerd torpedierte Dampfer ist der Dampfer „Vasa“ aus Eken. Die Mannschaft ist nachts mit dem Bergener Dampfer „Luna“ in Haugefand eingetroffen. Der Dampfer „Luna“ ist durch das U-Boot ebenfalls angehalten worden, erhielt aber die Erlaubnis zur Weiterfahrt. Der „Vasa“ war mit Grubenholz aus Gollensburg nach England unterwegs. Die Besatzung erhielt Zeit genug, um ihre Kleider und die Schiffsinstrumente mitzunehmen. Der „Vasa“ hatte eine Wasserverdrängung von 1351 Tonnen.

Auf eine Mine geraten.

Amsterdam, 20. August. (W. L. V.) Wie das „Handelsblad“ aus Schiermonnikoog meldet, ist der holländische Fischdampfer „Amudien 49“ am Donnerstag nordwestlich von Ameland auf eine Mine gefahren und gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnstreitigkeiten in der Geschloßhörnbranchen.

Die Branchenleitung der im Holzarbeiterverband organisierten Korbmacher hat in letzter Zeit mehrfach mit der Organisation der Arbeitgeber verhandelt, um feste Löhne für die verschiedenen Arten der Geschloßhörn zu vereinbaren. Ein Lohnstarif, den die Arbeiter in ihrer Versammlung am 29. Juli aufstellten, fand bei den Verhandlungen nicht die Zustimmung der Arbeitgeber. Diese boten nicht nur geringere Löhne, sondern sie beschloßen, daß die von ihnen aufgestellten, die Arbeiter nicht befriedigenden Stücklöhne als Höchstlöhne gelten sollen, über die nicht hinausgegangen werden darf, daß es aber den Arbeitgebern überlassen bleiben soll, niedrigere Löhne als die in ihrem Tarif aufgestellten Sätze zu zahlen. Die Arbeitgeber haben ihren Tarif ohne Zustimmung der Arbeiter der Militärbehörde eingereicht und ihn als maßgebend bezeichnet.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Donnerstag eine Versammlung der Korbmacher. Das einseitige Vorgehen der Unternehmer wurde scharf verurteilt. Es wurde ausgeführt, daß die von den Unternehmern aufgestellten Lohnsätze im Hinblick auf die gegenwärtige Teuerung an sich schon zu niedrig sind, denn sie bedeuten für den einzelnen Arbeiter eine Verminderung des seitherigen Wochenverdienstes um durchschnittlich 10 M. Wenn es dazu noch den Unternehmern überlassen sein soll, wenn möglich noch unter die Sätze ihres Tarifs hinabzugeben, dann würde jede feste Norm schwinden, eine Willkür in der Lohnzahlung würde eintreten und die Lage der Arbeiter derart verschlechtert werden, daß sie mit ihrem Verdienst nicht mehr auskommen können. Reumann vom Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes betonte, daß sich die Arbeiter das einseitige Vorgehen der Unternehmer nicht gefallen lassen können. Sie hatten die Absicht, mit den Unternehmern feste Löhne zu vereinbaren. Die Festsetzung von Höchstlöhnen müsse damit beantwortet werden, daß die Arbeiter an dem von ihnen aufgestellten Tarif als Mindestlohn festhalten. Dann würden sich die Unternehmer vielleicht dazu verstehen, einen festen Lohnstarif mit dem Holzarbeiterverband zu vereinbaren, wozu dieser nach wie vor bereit sei.

Einstimmig wurde beschlossen:

Die Versammlung protestiert gegen das von den Unternehmern aufgestellte Prinzip der Höchstlöhne. Sie lehnt es ab, den von den Unternehmern einseitig aufgestellten Tarif als der Militärbehörde gegenüber bindend anzuerkennen und beschließt, die von der Versammlung am 29. Juli aufgestellten Sätze als Mindestlöhne zu fordern.

Die organisierten Glaser Berlins haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, bei den Unternehmern durch die Lohnkommission eine Teuerungszulage zu verlangen.

Deutsches Reich.

Kriegsgefangene als Lohnrücker?

Die gesteigerte Einziehung des männlichen Personals zum Heeresdienst hat sich in Gärtnereibetrieben besonders empfindlich bemerkbar gemacht, weil dieser Beruf sonst in der Hauptsache gelernter Arbeitskräfte in jüngere Lebensalter beschäftigt. Im Frühjahr herrschte infolgedessen ein starker Mangel an Personal, und die Unternehmer bemühten sich nun um Erlangung von Kriegsgefangenen als Gärtnereiarbeiter.

Ueber die rechtliche Stellung der Gärtnerei herrschen nun bei manchen Behörden immer noch schiefe und irrtümliche Auffassungen. Durch die Gewerbenovelle von 1908 ist die Gärtnerei, soweit sie es nicht schon vordem war, der Gewerbeordnung unterstellt worden; Einwendungen gegen diese Rechtslage wurden von höchsten Gerichtsstellen zurückgewiesen, so von den Oberlandesgerichten Dresden und Kiel und vom preussischen Kammergericht. Die Unternehmer machen sich jetzt zunutze, daß dies in weitesten Kreisen unbekannt ist und daß immer noch starke Reaktionen bestehen, die Gärtnerei mit Landwirtschaft rechtlich gleichstehend zu behandeln. Auf einer Tagung des größten gärtnerischen Unternehmerverbandes wurde ausgeführt, es wäre „an manchen Orten (also in der Minderzahl) durchgesetzt, daß Gärtnereien als gewerbliche Betriebe angesehen werden“ und nun auch an Kriegsgefangene gewerbliche Löhne gezahlt werden müßten. Es sei darum unbedingt notwendig, daß der Verband an das Kriegsministerium herantrete, damit Kriegsgefangene auch für Gärtnereien zu den Lohnsätzen wie landwirtschaftliche Arbeiter abgeben werden.“ Ein Antrag in diesem Sinne wurde angenommen. Derselbe Antrag hat sich auch eine Tagung der wirtschaftlichen Verbände im Reichsverbande für den deutschen Gartenbau angeschlossen. Es steht also in Aussicht, daß die Kriegsministerien jetzt in dieser Richtung beauftragt werden. Man kann dieses Bestreben vom Unternehmerstandpunkt aus verstehen. Vom Arbeiterstandpunkt aus aber muß man sich mit aller Entschiedenheit dagegen wenden; denn die unausbleibliche Folge einer Gewährung des Begehrens würde eine Lohnrückerei sein. Der im Frühjahr vorhandene gewisse Mangel an Arbeitskräften ist übrigens seit Eintritt der Hochsommerzeit merklich gehoben, er wird wahrscheinlich auch im Herbst nicht wieder hervorreten, und im Winter sinkt bekanntlich jedes Jahr die Beschäftigungsmöglichkeit um ein Bedeutendes. Wir wollen hoffen, daß die zuständigen Ministerien, Generalkommandos und anderen Stellen dem unberechtigten Begehren keine Folge geben.

Ausland.

Betriebseinstellung einer schweizerischen Färberei wegen Mangel an Farbstoffen.

In Hauptwil im Kanton Thurgau hat die große Färberei von Brunshöfer ihren Betrieb einstellen müssen, weil es ihr unmöglich war, die nötigen Farbstoffe zu beschaffen. Um den so arbeitslos gewordenen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, soll eine Militärjägerei am Orte errichtet werden.

Soziales.

Reichswochenhilfe.

Der Ausschuss für Mütter- und Säuglingsfürsorge des Zentralkomitees vom Roten Kreuz hat an das Reichsamt des Innern zur Klärung von Zweifeln eine Anfrage betreffend der Verwendung der in der Bundesratsbestimmung über die Reichswochenhilfe vorgesehenen 25 M. Entbindungskosten gerichtet. Das Reichsamt des Innern hat folgende mit unseren früheren Darlegungen übereinstimmende Antwort erteilt:

Die Bundesratsverordnungen über die Reichswochenhilfe sind zugunsten der beteiligten Wöchnerinnen erlassen worden, verfolgen aber nicht den Zweck, den Gebärmuttererlösen Einnahmen zu beschaffen. Der Wauschbetrag von 25 M. ist ein Beitrag zu den Kosten der Entbindung überhaupt, ist also nicht allein für die Gebärmutter, sondern auch für den Arzt, etwaige Arznei, notwendige besondere Stärkungsmittel und dergleichen bestimmt. Wenn es einerseits nicht zu billigen ist, daß Wöchnerinnen den Reichsbeitrag zu anderen Zwecken verwenden, statt die Gebärmutter für ihre Vermählungen daraus zu entlohnen, so ist es andererseits ebenso unbillig, wenn Gebärmutter jene Fürsorgeeinrichtung des Reichs zu

einer Erhöhung ihrer Forderungen an die Wöchnerinnen zu mißbrauchen suchen.“

Beeinträchtigung von Witwen und Waisen der Kriegsteilnehmer.

Zu der in unserem Leitartikel vom 19. August behandelten Frage der in Preußen üblichen Kürzung der Renten für Kriegswitwen wird von einem Mitgliede des preussischen Abgeordnetenhauses geschrieben, daß sich die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses in einer ihrer letzten Sitzungen bereits eingehend mit dem Erlaß des Ministers des Innern beschäftigt hat. Seitens des Vertreters der Sozialdemokratie war in der Kommission die Aufhebung der Verringerung der Anrechnung der Familienunterstützung auf die Hinterbliebenen- und Invalidenpension beantragt worden. Der Kommissar des Ministers hat den Antrag mit dem Hinweis darauf belächelt, daß die gleichzeitige Gewährung von Familienunterstützung und Hinterbliebenenpension, die nach einem früheren Erlaß des Ministers möglich gewesen sei, sich nicht habe aufrecht erhalten lassen. Es habe sich herausgestellt, daß eine große Anzahl von Personen, die zum Bezuge der Familienunterstützung berechtigt waren, mit der Stellung eines Antrages auf Gewährung der Hinterbliebenenrente warteten, um sich für eine geraume Zeit beide Bezüge zu sichern. Das sei nicht die Absicht des Ministers gewesen. Nach eingehenden Erörterungen mit der Reichsregierung sei daher eine neue Anordnung getroffen worden, wonach beide Leistungen nur während eines Zeitraums von zwei Monaten nebeneinander gewährt werden. Dasselbe gelte für die Invalidenrente; auch die Invalidenrente solle zwei Monate lang neben der Familienunterstützung in Anspruch genommen werden dürfen. Allerdings sei hinzuzuführen, daß das in Anwendung gebrachte Verfahren sich noch nicht völlig bewährt habe. Einige Unklarheiten, die sich in der Praxis ergeben haben, würden in aller Kürze beseitigt werden.

Hiernach handelt es sich also nicht um eine allein in Preußen getroffene Maßnahme, sondern um eine für das ganze Reich geltende Anordnung des Bundesrats. Sache des Reichstages wird es sein, auf die Beseitigung dieser Bestimmung zu dringen.

Zwischenhandel und Heereslieferungen.

In welcher skandalösen Weise sich der Zwischenhandel manchmal an Heereslieferungen bereichert und den für die Bekleidungsämter arbeitenden Heimarbeiterinnen um den sauer verdienten Lohn bringt, zeigte ein am letzten Montag in Breslau vor dem dortigen Gewerbegericht verhandelter Prozeß einer armen Näherin gegen einen Zwischenmeister. Der Mann bot ihr für eine Militär-Drellhose zu nähen 55 Pfennig. Bei diesem Lohn verbiente sie bei ununterbrochener Arbeitszeit von früh 1/2 8 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr als sehr geübte Näherin bis 12 M. in der Woche. Für eine Tuchhose wurde 1,20 Mark bezahlt und für die Drellhose 60 Pfennig. Nun kommt das Schöne an der traurigen Geschichte: das betreffende Bekleidungsamt (es ist das des Gardekorps in Berlin) zahlt nach einer Auskunft, die ein Beamter des Schneider-Verbandes in Berlin erhielt, für das Nähen einer zugeschnittenen Tuchhose — 3,55 M., den der Arbeiterinnen wirklich gezahlte Lohn beträgt: 1,20 M. Die Zwischenhändler — nicht um Zwischenmeister handelt es sich hier mehr — verdienen also ohne einen Schlag Arbeit zu leisten: 2,35 M. oder noch genauer, da der letzte wirkliche Zwischenmeister für das zum Nähen noch hinzukommende „Zurichten“, Bügeln usw. 10 Pf. für die Hose erhielt, 2,25 M. gleich 187 1/2 Proz. des Arbeitslohnes und 63 2/3 Proz. der Gesamtsomme.

Für die Drellhose zahlt das Bekleidungsamt 1,40 M.; die Arbeiterin erhält 55 Pf. Nählohn, zusätzlich der 10 Pf. für Bügeln usw. also 65 Pf., was einem Zwischenhandelsprofit von 85 Pf. oder 60 2/3 Proz. entspricht. Für Drellhosen zahlt das Amt 1,15 M.; die Arbeiterin erhält 60 Pf. Arbeitslohn. Das andere steckt der Zwischenhändler ein.

Das Mädel, wie solche Profite zustande kommen, klärte sich auf, als der Vorstehende erfahren wollte, für welche Firma der Zwischenmeister, der selbst nur für seine Nähe (Bügel u. dergl.) 10 Pf. per Hose erhielt, denn arbeitete. Da gab er erst eine Firma an, bemerkte aber gleich, daß diese Firma den Auftrag wieder von einer anderen Firma (Wiener u. Pughath) habe, ob diese den Auftrag direkt von der Militärbehörde erhalten, scheint ihm wenig wahrscheinlich. Er glaube, daß noch eine Firma dazwischen geschaltet sei. Voll Bitterkeit bemerkte der Gewerbegerichtsvorsitzende Dr. Bauer: Eine solche Schröpfung, die einem glatten Zoll gleichläme, wäre unerhört. Dafür, daß die zugeschnittenen Sachen aus einem Lager in ein anderes übergeführt würden, ließen sich die betreffenden Firmen unglaubliche Profite zahlen, während man die einzigen, die wirkliche Arbeit leisten, so niedrig bezahle, daß sie davon, trotz übermäßig langer Arbeitszeit, nicht leben könnten. Der Verbandsvertreter, der als Beistand der armen Näherin auftrat, bemerkte noch, daß ihm in Berlin vom Bekleidungsamt mitgeteilt wurde, daß man dort den Satz aufgestellt habe: daß mindestens 75 Prozent der ausgeworfenen Summe dem wirklich Ausführenden zuletzt als Arbeitslohn bleiben solle. Da aber die Ausführung zu wenig kontrolliert werde, lehre sich niemand an diese Bestimmung. Nebenfalls sei die Zahl der Frauen, die in Breslau für einen solchen Hungerlohn Militärhosen nähen, sehr groß. Das Gericht beschloß, Auskunft bei dem Berliner Bekleidungsamt einzuholen, ob es damit einverstanden, daß die Militärlieferungen zu Hungerlöhnen hergestellt würden, und welchen Firmen sie die Lieferungen übertragen. Die Sache wurde vertagt. Es stehen noch mehrere solcher Klagen an.

Volles Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld.

Bekanntlich beträgt das Kriegswitwengeld für die Witwe eines Gemeinen 400 M. (eines Unteroffiziers 500, eines Feldwebels 600 M.), das Kriegswaisengeld 168 M. jährlich. Diese Sätze treffen für alle Soldaten zu, die nicht dem aktiven Heer angehören, die also nicht Anspruch auf die „Allgemeine Versorgung“ (Pension) auch im Frieden hätten. Für die Witwen der Militärpersonen, denen ein Anspruch auf die allgemeine Versorgung zusteht, ist das Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld anders geregelt. Es besteht da in einem Zuschlag zur „allgemeinen Versorgung“. Die Bezüge dieser Kategorie sind in der Regel höher als die oben angegebenen.

Nun darf aber nach § 4 und 15 des Militärinvalidengesetzes das Witwen- und Waisengeld der Hinterbliebenen der der allgemeinen Versorgung unterliegenden Personen zusammengerchnet eine bestimmte Höhe (Ruhestandspension oder Volkrente) nicht übersteigen. Uebersteigt der Betrag der Renten z. B. infolge großer Kinderzahl diese Höhe, so werden die einzelnen Sätze der Rente gekürzt. Eine gleiche Vorschrift besteht gegenüber den Witwen der Kriegsteilnehmer, denen eine allgemeine Versorgung nicht zusteht, nicht. Infolgedessen sind in Einzelfällen nach dem Gesetz die Rentenbezüge der Witwen allgemein Versorgungsberechtigter kleiner als die Bezüge der anderen Witwen. Das ist als ungerecht erachtet. In der Budgetkommission des Reichstages ist deshalb dem Vorschlag der Militärverwaltung von allen Seiten zugestimmt, in solchen Fällen die Renten zu erhöhen, so daß die Witwen allgemein Versorgungsberechtigter auch in Einzelfällen nicht schlechter stehen als andere Witwen.

In der Praxis scheint der entsprechende Hinweis der Militärverwaltung jedoch an einigen Stellen irrig dahin aufgefaßt zu sein, es sollten die Renten der Witwen ohne allgemeine Versorgungs-

Berechtigung gekürzt werden. Das wäre natürlich gegen das Gesetz; das Kriegsministerium hat, wie wir wissen, in ihm bekannt gewordenen Fällen derartiger Kürzungen den Witwen zu ihrem Recht verholfen. Gegenüber vielfach an uns herangetretenen Fragen sei also nochmals festgestellt: eine Kürzung der Rente z. B. wegen hoher Kinderzahl ist unzulässig. Die Witwe, die mit 13 noch nicht 15 Jahre alten Kindern um ihren im Kriege gefallenen Mann trauert, hat also 400 M. Wittwengeld und 2184 M. Waisengeld jährlich zu beanspruchen. Wo irrtümlich anders verfahren wird, kann eine Reklamation auf Erfolg rechnen.

Die Gehaltsföderung bis zu sechs Wochen nach Einberufung.

Während manche Kaufmannsgerichte die Frage der Anwendbarkeit des § 63 des Handelsgesetzbuchs bei Einberufung des Handlungsgehilfen von der Lage des Einzelfalles abhängig machen, je nachdem der Gehilfe ledig oder verheiratet, Landsturmmann oder Armierungssoldat ist, nimmt die 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts mit Recht ganz allgemein den Standpunkt ein, daß dem zum Heeresdienst eingezogenen kaufmännischen Angestellten auf alle Fälle das Gehalt für sechs Wochen nach Einberufung zusteht.

Einem dieser unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Neumann verhandelten Urteile gab das Kaufmannsgericht eine bemerkenswerte Begründung, in der es u. a. heißt: Das Kaufmannsgericht ist sich bewußt, daß das Recht, für sein Vaterland kämpfen zu dürfen, nur als eine Ehre, nicht als Unglück anzusehen ist. Dessen ungeachtet wird man bei einer Auslegung des § 63 nach Sinn und Zweck zu seiner Anwendbarkeit nicht fordern, daß das Unglück, welches die Arbeitsverhinderung heraufbeschwor, die unmittelbare Ursache dieser Verhinderung ist; es genügt schon, daß es die mittelbare Ursache oder der äußere Anlaß ist. Neben eigenem wird auch fremdes oder allgemeines Unglück in Betracht zu ziehen sein. Die Arbeitsverhinderung ist hier eine Folge des Krieges, dieser aber ist, trotzdem er in gewissen Beziehungen segensreich wirkt, schon wegen des vielen Elends, das er im Gefolge hat, ein Unglück. In dieser Erkenntnis hat auch die Regierung ihn zu vermeiden gesucht. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Arbeitsverhinderung in Folge des Kriegsstandes nicht anders zu bewerten als das Ausschließen eines Gehilfen, den Bürger- oder Menschenpflicht zur Hilfeleistung bei einer großen Gefahr, z. B. einer Feuersbrunst, unterschuldet zurückläßt. Darum kann auch bei Einziehung zum Kriegsdienst § 63 H.-G.-B. unbedenklich angewendet werden.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die wir schon berichteten, erhöht der Verein deutscher Desfabriken seine Dividende von 5 auf 12 Proz. Wir teilen noch einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht mit. Der Reingewinn steigerte sich um zuka 1/2 Millionen Mark, von 1 800 000 Mark auf 2 500 000 M. Die Verbindlichkeiten sind von 14,6 Mill. Mark auf 5,1 Millionen Mark zurückgegangen. In der Bilanz erscheint neu ein Kriegsvorbehaltskonto in Höhe von 800 000 M. Der Bestand an Wertpapieren hat sich von 286 687 M. auf 3 400 000 M. erhöht. Demgegenüber haben die Debitoren (Prima-Forderungen) nur eine Erhöhung von 2 700 000 M. auf 3 400 000 M. erfahren. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr lassen ein ähnliches günstiges Ergebnis erwarten.

Der Aufsichtsrat der Bergbaugesellschaft Friedrichshütte, Eisenwerk u. G., schlägt für 1914/15 eine Dividende von 8 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahre vor. Die Cuxhavener Hochseefischerei ist in der Lage, ihre Dividende von 7 auf 10 Proz. zu erhöhen.

Englische Anleihe bei Morgan.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York: Es sind Verhandlungen im Gange zur Bildung eines Syndikats mit dem Bankhause J. P. Morgan u. Co. an der Spitze, um die Unterbringung fünfprozentiger Bonds (Schatzscheine) der britischen Regierung im Betrage von 500 Millionen Dollar zu übernehmen, die mit Kaufzeiten von einem, fünf und zehn Jahren ausgestattet sind. Die Bonds sollen von der britischen Einkommensteuer befreit sein.

Starke Nachfrage in Roheisen.

In der Hauptversammlung des Roheisenverbandes wurde über die Geschäftslage berichtet: Die Verkaufstätigkeit in Qualitätsroh-eisen für das dritte Vierteljahr ist beendet. Die Nachfrage blieb auch weiterhin sehr stark, so daß durch die vorliegenden Abschlässe die Verbandswerke bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit befristet sind. Besonders stark war der Auftragsbestand in Hamatit-roheisen, in manganhaltigen Roheisenorten, Stahlisen und Spiegel-eisen infolge der starken Beschäftigung der Rautenwerke. In phosphorhaltigen Roheisenorten hat die Nachfrage nachgelassen. Das Auslandsgeschäft ist unverändert. Im Monat Juli stellte sich der Verband an Qualitätsseiten auf 62,51 Proz. der Beteiligung gegen 57,25 Proz. im Juni, und hat damit die höchste Ziffer seit Ausbruch des Krieges erreicht. Auch im Monat August wird der Verband nicht wesentlich hinter der Juli-Ziffer zurückbleiben. Die Verkaufspreise für das vierte Quartal dieses Jahres wurden unverändert belassen.

Gewinne in der russischen Kriegsindustrie.

„Njeisch“ vom 11. August berichtet: In der Generalversammlung vom 10. August der „Gesellschaft für Fabrikation von Metallhüben“ vom V. B. Baranowski in St. Petersburg wurde der Abschluß für das letzte Geschäftsjahr April 1914/15 vorgelegt. Bei einem Aktienkapital von 13,2 Millionen Rubel beträgt der Reingewinn 1 962 781 Rubel. Zu Abschreibungen usw. werden 642 417 Rubel verwendet. Aufsichtsrats- und Direktionsanteile erfordern 182 400 Rubel. Zu den verbleibenden 1 077 943 Rubel werden 765 000 Rubel aus einem besonderen Dividendenfonds zugeschlagen und 14 Proz. Dividende verteilt. Auf neue Rechnung werden nur 5714 Rubel vorgezogen.

Die Versammlung ermächtigte die Verwaltung, mit der Regierung einen Vorkaufvertrag in Höhe von 7 1/2 Millionen Rubel auf drei Jahre abzuschließen zum Vau einer Pulverfabrik. In der Versammlung waren außer fast allen Petersburgern Banken auch die Banque de l'Union Parissienne mit 800 000 Rubel und Schneider u. Co., Creusot, mit 400 000 Rubel Aktienbesitz vertreten.

Vom südwestafrikanischen Diamantenbergbau.

Frankfurt a. M., 11. August. (B. Z. W.) Aus Berlin wird der „Frankf. Zeitung“ geschrieben: Aus neutralen Ländern sind Nachrichten hier angelangt, denen zufolge es nicht ausgeschlossen zu sein scheint, daß auf den Feldern der großen Südwestafrikanischen Diamant-Gesellschaften der Abbau wieder in Gang gebracht wird. Die Informationen gehen dahin, daß die okkupierende Regierung, die nicht etwa um die Weiterführung des Abbaues angegangen sei, ihrerseits selbst die Fortsetzung des Abbaues verlangt habe. Dabei soll zum Ausdruck gebracht worden sein, daß man die Interessenten, also die Gesellschaften und ihre Anteilhaber, nicht in ihren Rechten schmälern wolle, daß man jedoch die Abgaben, die im Frieden dem deutschen Kolonialismus zufließen, jetzt für die okkupierende Regierung beanspruche. Aus diesem Grunde scheint die englisch-burische Regierung die Wiederaufnahme der Bergwerksbetriebe anzustreben, wie sich sich überhaupt bemühen soll, die wirtschaftliche Tätigkeit Südwestafrikas möglichst schnell wieder in Gang zu bringen, und zwar aus Selbstinteresse.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Dierga 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Bewilligung der Kriegskredite.

Die Regierung wird sich nicht darüber beklagen können, daß ihr das deutsche Reichsparlament Schwierigkeiten bereite. Während die Donnerstagssitzung durch eine lange Rede des Reichskanzlers ausgefüllt wurde, absolvierte der Reichstag am Freitag nicht nur die Neben sämtlicher bürgerlichen Parteien, sondern es fand sich auch Zeit für die Ausführungen mehrerer Regierungsvertreter, von denen der Reichschatzsekretär Helfferich längere Zeit in Anspruch nahm. Aber wozu brauchte auch solange geredet werden? Bei sämtlichen bürgerlichen Parteien herrscht ja volles Einverständnis mit den Ausführungen, die der Reichskanzler am Tage zuvor gemacht hatte. Selbst die Nationalliberalen, die noch in den Wochen und Tagen zuvor eine so stürmische Kampagne gegen die vermeintlich in Hinsicht der Kriegsziele nicht kräftig genug vorgehende Regierung geführt hatten, konnten in der Freitagssitzung durch ihren Redner Wassermann der Regierung ihr volles Einverständnis ausdrücken. Wassermann folgten die Vertreter aller anderen bürgerlichen Parteien. Ja selbst die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners David wurden in seinem Punkte durch einen markanten Strich von den Darlegungen der bürgerlichen Redner getrennt. Die Regierung kann mit der Volkvertretung zufrieden sein, wie die Volkvertretung mit der Regierung und ihrem von Herrn von Bethmann Hollweg entwickelten Kriegsprogramm augenscheinlich zufrieden ist.

Als erster Redner sprach Graf Westarp im Namen der Konservativen. Er stimmte den Kriegsziele des Kanzlers in allen wesentlichen Punkten zu. Der Reichschatzsekretär Helfferich gab eine Uebersicht über die finanzielle Kriegsvorbereitung Deutschlands, die ein überaus befriedigendes Bild ergab. Ueber die finanzielle Seite hinaus schweifte Herr Helfferich durch einige politische Bemerkungen. Erst wenn die Gegner ihre Niederlage anerkennen würden, so führte er aus, sei ein Frieden für Deutschland möglich. Das Bleigewicht der Milliarden für Kriegsgeschädigung soll von den Gegnern getragen werden. Immerhin sollen auch die wirtschaftlichen Nachteile des Krieges im eigenen Lande durch eine Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Aber die Frage der Kriegsgewinnsteuer ist eine schwierige und noch nicht reif. Der wirkliche Gewinn der an der Kriegswirtschaft beteiligten Kreise wird sich erst nach dem Kriege übersehen lassen. Wann und in welcher Form die Kriegsgewinnsteuer erscheint, ist also nach den Ausführungen Helfferichs noch unentschieden.

Von den bürgerlichen Rednern sprachen noch Herr Wassermann, der dem Kriegsprogramm des Reichskanzlers trotz seiner früheren Opposition nunmehr nach des Reichskanzlers gestrigen Ausführungen das größte Vertrauen entgegenbringt, noch die Abgeordneten Spahn, Fischel und Hertel. Der Zentrumredner Spahn ist mit den Ausführungen des Reichskanzlers gleichfalls völlig einverstanden. Nicht minder Herr Fischel im Namen der Fortschrittlichen Volkspartei. Nur Herr Hertel machte in bezug auf die Ausführungen Bethmann Hollwegs über Polens Zukunft einen Vorbehalt, ohne ihn näher zu begründen. Dieser konservative Redner nahm freilich die Gelegenheit wahr, die Kriegsziele des Reichskanzlers noch energisch zu unterstreichen.

Der sozialdemokratische Redner, Genosse David, behandelte mit größerer Ausführlichkeit nur die wirtschaftliche und soziale Kriegsvorbereitung Deutschlands. Er war erfreut über die günstige Finanzlage des Reiches und konstatierte, daß gerade die englische Währung Deutschland nur geliebt habe, weil es dadurch vor dem Abfluß deutschen Geldes nach dem Ausland bewahrt worden sei. Er gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland nicht noch einmal vor die „harte Notwendigkeit“ gestellt werde, eine neue Kriegsanleihe bewilligen zu müssen, denn wie in allen Ländern, so erhebe man auch in Deutschland einen ehrenvollen Frieden.

David wandte sich dann der Fürsorge sowohl für die Kriegsteilnehmer wie auch für ihre Angehörigen, überhaupt die ganze zurückgelassene Bevölkerung zu. Er forderte eine möglichst gute Versorgung für die Mannschaften, absolute Gleichmäßigkeit und vollständige Rücksichtnahme bei der Veranlassung der im Felde Stehenden, eine wesentliche Herabsetzung der Preise für die Lebensnahrungsmittel — wobei er die Lebensmittelwucherer aufs schärfste brandmarkte und ihre schärfste Bestrafung forderte —, die Erhöhung des Unterstützungsgeldes für die Familien der Kriegsteilnehmer usw. Er brachte ferner Beschwerden über die Behandlung von Kriegsteilnehmern vor und übte Kritik an den Verhältnissen, wie sie durch den Belagerungszustand und die Handhabung der Zensur hervorgerufen worden seien, die weit über das Maß hinausgehen, was vom Standpunkt militärischer Interessen zu rechtfertigen wäre.

Westermann wies es freilich bei einem erheblichen Teil des Volkes erregen, daß der sozialdemokratische Fraktionsredner trotz aller Geschwänze der letzten Zeit und der Ausführungen des Reichskanzlers die Frage der Kriegsziele nur in so knapper und wenig erschöpfender und präziser Weise behandelt hat. Er begnügte sich nämlich mit der Berufung auf die Erklärungen der sozialdemokratischen Fraktion vom 4. August und vernahm sich nur durch einen Satz dagegen, daß der Krieg durch die Eroberungsjagd auch nur um einen Tag verlängert werde. Sollte der Reichschatzsekretär doch die Monatskosten des Krieges allein für Deutschland auf 2000 Millionen Mark beziffert und ihr fortwährendes Steigen betont, halte er doch darauf hingewiesen, daß die kriegsführenden Nationen insgesamt täglich 300 Millionen Mark für den Krieg herausgeben müssen, wovon ein Drittel, also 100 Millionen Mark, täglich auf die Zentralmächte entfallen.

Ein rascheres Tempo noch als die Debatte über diese verantwortungsschwere Entscheidung nahm die Abstimmung über die Kriegskredite an. Sie erfolgte so überraschend, daß bei der zweiten Lesung eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter nicht anwesend war. Bei der dritten Lesung entzweiten sich 29 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion aus dem Saale, während eine kleinere Anzahl derjenigen, die in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite votiert hatten, anwesend blieben. Genosse Liebknecht stimmte auch diesmal gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Auf seine „kurze Anfrage“, ob die deutsche Regierung bereit sei, für den Fall einer gleichen Bereitwilligkeit unserer Gegner in einem Frieden zu willigen, der keinerlei Annexionen Deutschlands in sich schließt, hatte der Regierungsvertreter die Antwort abgelehnt. Einige Zwischenrufe Liebknechts wurden vom Hause mit großer Unruhe beantwortet.

Urteile über die Kanzler-Rede.

„Lokal-Anzeiger“:

Die große Zurückhaltung, die bisher alle unsere amtlichen Stellen bei Beurteilung der Lage beobachtet haben, war gefallen, und deutlich hörte man es aus den Worten und aus dem Tone des Kanzlers heraus, daß auch sie die Tragweite unserer neuesten Erfolge sehr hoch einschätzen und daß sie entschlossen sind, die Folgerungen aus dem Siege zu ziehen, der heute sicherer als je zuvor uns in Aussicht steht. Verschiedene politische Parteien haben sich letzter Tage in festumschriebener Form darüber geäußert, was uns nach ihrer Ansicht der Frieden bringen soll; die Rede des Herrn von Bethmann Hollweg beweist, daß auch für ihn die Dinge weit genug gebiegen sind, um darüber etwas mehr zu sagen als früher. . . .

Herr von Bethmann Hollweg hat auch gestern beileibe kein ausführliches und genaues Friedensprogramm entwickelt, sondern nur einen kleinen Nippel des Schleiers gelüftet, der seine Gedanken verdeckte. Wenn er sich dabei besonders mit Polen beschäftigte, so ist das sehr verständlich, da ja ein erheblicher Teil unserer Ostmarkenbevölkerung polnisch ist. Er sprach nicht nur die Hoffnung aus, daß die Befreiung Polens den Beginn einer Entwicklung bilden werde, die die alten Gegensätze zwischen Polen und Deutschen aus der Welt schaffen und das dem russischen Joch befreite Land einer glücklicheren Zukunft entgegenführen wird, sondern er bezog sich auch als unsere und unserer Verbündeten Aufgabe, dieses Land zu verwalten. In welchen Formen dies geschehen soll, darüber sagte der Kanzler nichts, wohl aber hob er hervor, daß die Verwaltung gerecht sein und die Wunden zu heilen suchen soll, die Rußland dem Lande geschlagen hat. Noch weniger eingehend behandelte er die nördlich von Polen liegenden, von uns besetzten russischen Gebiete, hier beschränkte er sich vielmehr auf die Feststellung, daß wir Litauen und Kurland von den Russen befreit haben. Wie diese Freiheit für die Dauer gesichert werden soll, blieb unerörtert — aber man kann es sich wohl ungefähr denken.

Was man diesen Teil der Kanzlerrede schon an sich sehr hoch einschätzen, er bekommt sein volles Gewicht erst im Zusammenhang mit den allgemeinen Betrachtungen, die sie enthält. Und will es danach scheinen, als habe der Krieg den Kanzler härter gemacht. . . .

Aus dieser festgeprägten Wendung erhellt, wie aus mancher anderen, daß der Kanzler von der gleichen Stimmung beherrscht ist wie das deutsche Volk, das nicht mehr allein das Volk der Dichter und Denker sein will, sondern nationale Entschlossenheit auf seine Fahne geschrieben hat. Herr von Bethmann Hollweg wird Dank dafür ernten, daß er die Dinge beim richtigen Namen nannte, daß er nicht nur unsere Erfolge ins rechte Licht setzte, sondern auch mit kernigen Worten die Früchte kennzeichnete, die wir von ihnen erwarten dürfen.

„Post“:

„Und nun die Zukunft! Schon mehrfach bekannte sich der Kanzler im allgemeinen zu der zwingenden Notwendigkeit, Deutschland eine feste und unantastbare Stellung in Europa der Zukunft zu erkämpfen; schon einmal nannte er die Freiheit der Meere das Ziel des deutschen Krieges. In seiner gestrigen Rede aber wiederholte er nicht allein diese Sätze, die der Ausdeutung ein weites Gebiet ließen, sondern er gab zum ersten Male nach einer bestimmten Richtung hin einem deutlich fassbaren und inhaltsreichen Gedanken Raum; das Schicksal Polens hat zum ersten Male von amtlicher deutscher Seite seine Verleumdung erfahren, die fortan mitbestimmend für alle Erörterungen über den Ausgang des Krieges sein wird. . . .

Das sind Andeutungen, die positive Ziele bergen, mag der Fülle der Einzelheiten, die aus der Gesamtheit aller einschlägigen Betrachtungen entspringen, noch so wenig Gewalt im voraus angetan sein. Die deutsche Regierung hat für Polen ein Programm, — die Feststellung dieser Tatsache muß vorerst genügen, solange eine Pflicht zur Enthaltung im Urteil über diese Dinge besteht. Einmal gilt es, den Satz der Kanzlerrede über Polens Zukunft mehr als alles andere, was der höchste Beamte des Reiches dem deutschen Volke gestern zu sagen hatte, im Gedächtnis zu bewahren und die Folgerungen daraus, nach dieser und jener Seite hin zu durchdenken.“

„Deutsche Tageszeitung“:

Am Schluß zeichnete Herr v. Bethmann Hollweg mit wenigen, aber scharfen Strichen das, was die Zukunft bringen müsse. Er erinnerte daran, was unsere Feinde mit Deutschland vorhaben und vorhaben, an die von ihnen geplante Verdrängung, Schwächung und Zertrümmerung des Reichs und bezeichnete demgegenüber als unser Kriegsziel eine feste, unantastbare Stellung Deutschlands, die so ausgebaut, gefestigt und gestärkt werden müsse, daß die feindlichen Mächte niemals wieder an eine Einfreisung denken könnten. Ein neues befreites Europa müsse der Preis des Weltkriegen sein. Diesen Preis zu erringen werde Deutschland durchhalten; es habe nicht, aber es habe die Sentimentalität verlernt. . . .

Daß der Reichstag mit den Darlegungen des verantwortlichen Vertreters der Reichspolitik einverstanden war, hat er gestern durch die Art, wie er diese Ausführungen entgegennahm, gezeigt. Die häufigen Beifallsausdrücke trugen das Gepräge der Geschlossenheit; sie steigerten sich am Schluß zu ungewöhnlicher Stärke. Das deutsche Volk wird die Rede mit denselben Empfindungen aufnehmen. Es ist mit seinem Kanzler überzeugt, daß der Krieg und seine Ausprägungen wurde, daß wir unbedingt durchhalten müssen und daß die Stellung Deutschlands in Europa und in der Welt stärker und fester werden muß. Verfolgt der Reichskanzler, woran wir nicht zweifeln, auch in Zukunft diese Ziele mit unbeeugener Entschlossenheit, so wird er das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hinter sich haben.“

„Arens-Zeitung“:

„Aus alledem wird man den Schluß ziehen müssen, daß die Art, wie wir diesen Krieg führen und ihn beendigen, auch praktisch unbedingt von dem unerrückten Ziele wird geleitet sein müssen, die Macht Englands bereit niedergeworfen, daß die Herrschaft über die Meere ihm dauernd genommen wird. Dazu gehört aber, neben vielem anderen, eine rücksichtslose Ausnutzung des U-Bootkrieges und eine Festhaltung alles Besiegten, was unsere Nachstellung gegen England stärkt und vermehrt.“

Die Äußerungen des Kanzlers, die sich auf Polen und dessen „Befreiung“ bezogen, waren nicht bestimmt genug, um ihren Inhalt und ihre Tragweite genau beurteilen zu können. Immerhin aber waren sie geeignet, zu Hoffnungen anzuregen, vielleicht auch Bindungen darzustellen, deren Konsequenzen bei einer Beendigung des Krieges, außerpolitisch wie innerpolitisch, von der größten Bedeutung sein und werden können. Wir vermögen nicht die besondere Veranlassung zu jenen Äußerungen zu übersehen, auch sind sie mit dem gerade von der Regierung mit besonderem Nachdruck hervorgehobenen Wunsch einer nicht vorzeitigen Erörterung spezieller Kriegsziele nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen, und werden schon aus diesem und auch vielleicht aus anderen Gründen manchem bedenklich erscheinen.“

„Tägliche Rundschau“:

„Bedeutungsschwerer noch als die Ausführungen des Reichskanzlers über die Ueber dieses Krieges und seine einbreitende Entfaltung der Uügen unserer Feinde waren seine Worte über Polen. Ueber Kriegsziele zu reden, ist verboten, aber der Reichskanzler stellte sich über sein Verbot. . . . Der Kanzler hat nicht gesagt, wie er sich „die glücklichere Zukunft“ der Polen denkt, und auch nicht, wie er sich die Garantien vorstellt, die unserer eigenen Zukunft gegeben werden müssen, damit die polnische Selbständigkeit nicht unserem eigenen Lande gefährlich wird und wir uns nicht eine Præzedenz im deutschen Lande schaffen. Wir wissen nicht, ob die deutsche Regierung dem österreichischen Wunsch nach einem „Desinteressement“ an Polen stattgeben will oder nicht, ob die Polen ausdrücklich und endgültig auf die Angliederung preussischer Landesteile verzichten wollen oder nicht, ob sie den Traum von einem Polen von Meer zu Meer oder doch wenigstens mit dem Ausgange zu einem Meere ausgeträumt haben oder nicht. Das sind bedeutungsvolle Fragen, deren Diskussion kaum noch wird verhindert werden können, nachdem der Reichskanzler selbst das Problem aufgestellt und die deutsche Politik in gewisser Hinsicht festgelegt hat. Jedemfalls stehen die Ausführungen des Reichskanzlers in schroffem Widerspruch zu den uns nachgesagten Friedenswünschen mit Rußland, denn daß Rußland, ehe es Polen, seine Ostprovinzen in Westeuropa und seine wichtigste industrielle Provinz preisgibt, bis zum bitteren Ende kämpfen wird, liegt auf der Hand.“

Ein gutes Wort sprach der Kanzler am Schluß seiner Rede, als er sagte, daß das deutsche Volk in der harten Schule dieses Krieges die Sentimentalität verlernt habe. Wenn es nur wahr wäre! Schon Bismarck hat dergeweißt geköhnt, wenn er nur dem deutschen Volk seine Sentimentalität abgewöhnen wollte; aber es ist ihm nicht gelungen. Wir hoffen, daß wenigstens die deutsche Regierung in Zukunft mit gutem Beispiel vorangehen wird. Das Bombardement der City Londons ist ein erfreulicher und nützlicher, lange und oft vergebens erwarteter Anfang. Die wirkliche und kräftigste Durchführung des Krieges der Unterseeboote, die auch Handels-, Kriegs- und Passagierschiffe, nicht bloß Fischdampfer torpedieren können, wäre eine nützliche Fortsetzung.“

„Berliner Neueste Nachrichten“:

„Wie Flügelwunden geht es durch diese Kanzlerrede. So frei, wie noch nie, sind die Worte. Und so stark. . . .“

Diese Kanzlerrede läßt zugleich nach einer Seite unseres Staatsmannes, der europäische Arena in der mittelbaren Art des etwas vom Kriegsziel aufsteigend. Wie Morgenröte strahlt es nach Osten hin, über die halb verpumpten, halb verjüngten Gefilde Rußlands. Nach Inhalt wie Form stimmen wir auch diesen, wie von starkem und hellem Metallklang durchzogenen Äußerungen zu. Ein Signal ist hochgezogen am Bannermast des Deutschen Reiches. Ein Fanal ist aufgesammt. Alle Deutschen im Volkstum und in den westlichen und südlichen Gebieten der Wärendhülle werden sein Leuchten sehen. Und dessen Widerschein wird fliegen bis an die Balkanküste und durch die Balkanpässe. . . .

„Frei von Sentimentalität“ so wird nach diesem Kampf um Leben und Tod der künftige Kanzler des Deutschen Reiches, wie wir nunmehr hoffen, dereinst auch nach Westen gewandt sprechen.“

„Berliner Tageblatt“:

„Es wäre gewiß verfehlt, aus den allgemeinen Wendungen ein bestimmtes festes Programm herauszulesen zu wollen, obwohl es an dahingehenden Versuchen nicht fehlen wird. Ein gewisses Ziel liegt aber in den Worten des Kanzlers klar zutage. Ein neues Europa, eine Neuordnung der Dinge muß entstehen, die jede Einfreisung, jede Ausschaltung für immer unmöglich macht. Die Voraussetzung dafür ist nach Herrn v. Bethmann Hollwegs Meinung der Ausbau und die Stärkung unseres Deutschen Reiches. Wie sich der Kanzler diese Stärkung denkt, hat er nicht ausgeprochen. Zu dem Ziele selbst werden alle Deutschen mit ihm übereinstimmen, und über die Wege, die dahin führen, wird zu sprechen sein, wenn die Zeit dafür gekommen ist. . . . Wie wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit, der großen wie der kleinen Nationen“, hat Herr v. Bethmann Hollweg gesagt. Und weiter: „Die Macht, die uns die innere Stärke gab, können wir nicht anders als im Sinne der Freiheit gebrauchen.“ Je erfolgreicher die nächsten Schlüge unserer Armeen in Polen sind, desto eher wird die Zeit der Aussprache heranrücken, und wir entnehmen voll Zuversicht und Hoffnung aus des Kanzlers Rede, daß der glückverheißende Fortgang unserer Operationen auf dem östlichen Kriegsschauplatz schon heute starke Armeen für neue Aufgaben freigemacht hat.“

Wirtschaftsfragen

vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom Freitag.)

Abg. Simon (Soz.): Angeht die Tatsache, daß bei Beginn des Krieges alles improvisiert werden mußte, ist es zu verstehen, daß Fehler gemacht worden sind. Im Laufe der Zeit hätte man aber diese Fehler ausgleichen können. Am schlimmsten war es in Bayern, wo sich ländliche Genossenschaften von den Käufern 2 M. pro Saal extra haben bezahlen lassen. Auch jetzt gestattet die bayerische Regierung noch Zuschüsse bis zu 63 Pf. über den Höchstpreis. Infolge ungewöhnlicher Behandlung des Wehles sind große Vorräte verdochen. Die Spannung zwischen Getreide und Mehl ist unhalbar. Die Obsterte wird verhäßt dadurch, daß das Obst unteuf abgenommen und an die Marmeladenfabriken verkauft wird. Redner befragt sodann die Preisstreikerei auf dem Lebensmittelmarkt. Das Reich hat sich einen Anteil am Gewinn vorbehalten; das macht pro Monat 14 Millionen Mark aus. Das Paar Stiefelsohlen wird dadurch mit einer Mark für die Reichskasse belastet. Es sei dringend davor zu warnen, dem Verlangen der Interessenten nach Erhöhung der Preise für Rohstoffe Folge zu geben. Die Ansicht ist total falsch, daß die Lage der Arbeiter günstig sei. Das Volk weiß natürlich, daß eine Anaptheit an Lebensmitteln nicht zu umgehen war; wogegen man sich wenden muß, daß ist der ungeheureliche Wucher, der getrieben wird. Wenn man sich einen Erfolg verspricht von der Einführung fleischerloser Tage, so kann man dabei die Arbeiter gewiß nicht im Auge haben, denn in diesen Kreisen kennt man längst fast nur noch Heißhunger Tage. Man darf nicht immer die Arbeiter der Rüstungsindustrie als Beispiel anführen, sondern an jene Massen denken, die seit Monaten nicht mehr voll beschäftigt sind. Die Kriegsunterstützung an die Familien ist absolut unzureichend. In dem besetzten Belgien sind die Lebensmittel weit billiger als in Deutschland. Bei der Sicherung der neuen Ernte möge man aus den Fehlern lernen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind und insbesondere ertägliche Höchstpreise festsetzen. . . .

Abg. Graberger (Z.): Diese scharfen Debatten zeigen, wie die Kritik ausfallen wird, die nach dem Krieg an den Maßnahmen der Regierung geübt wird. Deshalb liegt es auch im Interesse der Regierung, einen Beitrag aus dem Reichstage zur Seite zu haben. Der Reichstag darf nicht ausgeschaltet werden. Den Gemeinden soll das Recht zugestanden werden, Höchstpreise festzusetzen, sonst

werden die Preise in der Tat unerschwinglich. Die Braukontingente sind ein Objekt des Handels geworden; die großen Brennereien laufen die kleinen Kontingente teuer auf und schlagen diese Kosten auf die Bierpreise. Die Einschränkung der Bierproduktion bedeutet eine schwere Schädigung für die Hopfenbauern. Die Spekulantent laufen jetzt den Hopfen zu Spottpreisen auf, lagern ihn und werden ihn nach dem Kriege zu hohen Preisen wieder verkaufen.

Präsident Kaas gibt die schwierige Lage der Produzenten von Hopfen zu. Ob eine durchgreifende Hilfe möglich ist, soll erwoogen werden.

Abg. Schmidt - Berlin bespricht den vertraulichen Bericht der Zentralkaufgesellschaft und empfiehlt, diesen Bericht nach Beendigung des Krieges der Öffentlichkeit zu übergeben. Wir bestreiten nicht, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft gestiegen sind; die Steigerung war aber nicht so, daß sie die hohen Preise rechtfertigen würde. Insbesondere ist es nicht wahr, daß die Arbeitslöhne auf dem Lande gestiegen sind. Den Landarbeitern ist durch die Kriegsgefangenen direkt Konkurrenz gemacht worden. Der Landrat in Gumbinnen hat sogar davor warnen müssen, Landarbeiter zu entlassen. Im Harz erhalten ländliche Arbeiterinnen ohne Verpflegung nur 1,20 M. pro Tag. Im Interesse der kleinen Landwirte liegt es, die Preise für Hafer und Gerste herabzusetzen. Diese Schäden müssen den großen Besitzern Gerste, Hafer, mitunter auch Kartoffeln zu enorm hohen Preisen abkaufen. Weit schlimmer ist noch die Lage der kleinen Leute auf dem Lande. Dort herrscht eine förmliche Erbitterung gegen den Großgrundbesitz. Der Fleischkonsum ist in weiten Kreisen der Arbeiterschaft längst eingestellt, aber auch die Preise für Hülsenfrüchte sind nicht mehr zu bezahlen. Es bleibt nichts weiter übrig, als die freie Konkurrenz auszuscheiden. Zum Zwecke der Spekulation sind enorme Mengen von Jucker und Reis zurückgehalten worden. Wir müssen Höchstpreise haben für Hülsenfrüchte, Reis und Butter. Der gleiche unverantwortliche Wucher wird mit dem Gemüse betrieben. Das Parlament müsse eine Kommission einsetzen mit dem Rechte der eidlichen Vernehmung von Zeugen, um einmal festzustellen, wo die Preisreiter sitzen.

Abg. Dr. Pflieger (Z.) bespricht die mangelnde Organisation der Fleischversorgung und fordert eine umfassende Hilfsaktion für die Hopfenbauern, die sonst direkt dem Ruin verfallen.

Abg. Behrens (Wirtsch. G.) erörtert die Frage des Wiltchadens und fordert einen zwangsweisen höheren Abschlag des Wiltchadens.

Abg. Herold (Z.) hält Höchstpreise für Saatgut für praktisch undurchführbar und regt eine bessere Verteilung der Meie an.

Unterhaussekretär Richter sagt zu, daß nach dem Kriege der Bericht der Zentralkaufgesellschaft der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Höchstpreise für Milch und Butter sind in Erwägung gezogen worden; sowohl Produzenten und Händler haben sich dagegen erklärt, weil kein Produzent, der seine Vollmilch verkaufen könne, dazwischen liege, sie zu verarbeiten. Die Eierzeugung ist gegen früher verschwindend gering; sie wird sich heben, nachdem Gollitzen freigegeben ist; trotzdem ist mit einer Skamität in der Eierzeugung zu rechnen. Daß in der Regelung der Zuckerfrage Fehler gemacht wurden, ist zuzugeben; diese Fehler ließen sich aber nicht vermeiden, weil man nicht alle die Schäden des Zuckerhandels zu übersehen vermochte. Die Behauptung, daß erheblichere Mengen Obst nach Holland gegangen sind, ist nicht richtig.

Zur Abstimmung standen nunmehr etwa 30 Anträge. Im Kompilationsstadium zu vermeiden, wurde beschlossen, mit wenigen Ausnahmen alle Anträge als Material zu überweisen. Angenommen wurden jene Anträge, die verlangten, daß der Regierung für die wirtschaftlichen Maßnahmen ein Beirat aus Mitgliedern aller Fraktionen des Reichstags beigegeben wird.

Im weiteren Verlaufe der Debatte wurde die

Petroleumfrage

erörtert, wobei Abg. v. Camp anregt, den Städten, die Gasanstalten besitzen, kein Petroleum zu geben.

Von einem Regierungsvertreter wird versichert, daß einem Petroleummangel möglichst gefeuert wird. Die Regelung der Versorgung sei erleichtert dadurch, daß man nur mit wenigen Gesellschaften zu rechnen habe.

Abg. Weisbach (Z.) versichert auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß sich die Landwirtschaft in einer recht schlechten Lage befinde. Durch die Ueberlassung von Kriegsgefangenen ist die Landwirtschaft heftig betroffen worden.

Abg. Haas (Wirtsch. G.) weist das Verlangen des Abg. Camp, den Städten kein Petroleum zu überlassen, zurück mit dem Hinweis auf die Heimarbeiter und die sonstigen kleinen Leute, die Petroleum haben müssen.

Abg. Sturm fragt, ob sich die Regierung bereits mit der Sachverständigenkommission in Verbindung gesetzt habe. — Von einem Vertreter der Regierung wird erklärt, daß die Verhandlungen an der Höhe des Carbidpreises gescheitert sind.

Abg. Gothein verlangt, daß endlich in den Kasernen die Petroleumbeleuchtung beseitigt wird. Man soll elektrisches Licht einrichten, damit das Petroleum der Verwässerung verbleibt.

Abg. Schiffer (natl.) begründet dann einen Antrag, der bezwecken soll, daß bei Verhaftungen wegen Vergehen gegen den § 9 des Belagerungszustandsgesetzes auch Geldstrafe zulässig sein soll. Wegen Bagatellen müssen die Gerichte jetzt auf Gefängnis erkennen. Redner empfiehlt, die Angelegenheit auf dem Verordnungswege zu regeln.

Ein ähnlicher Antrag ist auch von sozialdemokratischer Seite gestellt worden.

Staatssekretär Lisco gibt zu, daß hier ein Mißstand vorliegt. Wegen Kleinlicher Dinge muß ein großer Apparat in Bewegung gesetzt werden. Dem kann abgeholfen werden durch Einführung des Verfahrens mittels Strafbeschl. Diese Abänderung herbeizuführen, sei die Militärverwaltung in der Lage, ohne daß erst der Weg der Gesetzgebung beschritten werden müsse. — Abg. Pichling (Wirtsch. G.) führt einen Fall an, in dem eine alte Dame, die sich zu erlösen verlor, wegen verbotenen Waffentragens mit Gefängnis bestraft wurde.

Abg. Areth findet, daß die Gerichte zu milde bestrafen.

Die Anträge werden angenommen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 306 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. Garde-Regiment z. F. (f. 1. Garde-Regt.), 2. Garde-Regiment z. F. (f. 2. Garde-Regt.), 3. Garde-Regiment z. F. (f. 3. Garde-Regt.), 4. Garde-Regiment z. F. (f. 4. Garde-Regt.), Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 3, 5, 14, 22 (f. 1. Garde-Inf.-Regt.), 23, 28, 30, 33, 35, 41, 49 (f. auch Schutztruppe für Kamerun), 50, 53, 57, 58, 59, 61, 62, 64, 66, 73, 79, 87 bis einschl. 91, 95, 96 (f. Feldfliegertruppe), 97, 98, 111, 112, 114, 116, 117, 118, 131, 133, 137, 140, 141, 142, 143, 145, 146 (f. Inf.-Regt. Nr. 14), 147, 148 (f. auch Feldfliegertruppe), 150 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 14), 151 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 150), 152, 155, 156, 159, 160, 161 (f. auch Feldfliegertruppe), 168, 171, 173, 175, 185, 189, Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 5, 18, 19, 21, 22, 25, 28, 30, 34, 35, 52, 60, 61, 64, 65, 77, 81, 88 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 14), 91, 99, 108, 111, 118 (f. Inf.-Regt. Nr. 14), 120, 202, 205, 208, 211, 212, 215, 219, 222, 224, 227, 267 (siehe Inf.-Regt. Nr. 49), Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 28, Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 5, 8, 18, 19, 27, 37, 46, 47, 51, 53, 55, 60, 80 (f. 1. Garde-Inf.-Regt.), 84 (f. Inf.-Regt. Nr. 14), 87 (f. Inf.-Regt. Nr. 14) und Landw.-Inf.-Regt. (Möhl), 116 und Möhl, Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 115, Landsturm-Inf.-Bataillon: Bartenstein, Konig, 11 Saarbrücken, Wöhlau, Jäger-Bataillone Nr. 4, 5, 9; Reserve-Bataillone Nr. 1, 18, 20, Reserve-Nachfahrer-Kompagnie Nr. 75, Feld-Maschinengewehr-Büge

Nr. 144 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 27), 152 (f. Inf.-Regt. Nr. 202), 94 (f. Inf.-Regt. Nr. 57), 209 (f. Gren.-Regt. Nr. 5); Res.-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2.

Kavallerie: 1. Garde-Dräger; Schwere Reserve-Reiter Nr. 3; Dragoner Nr. 7, 16 (f. Schutztruppe für Kamerun); Husaren Nr. 5, 7, 17 (f. Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika); Reserve-Husaren Nr. 5; Manen Nr. 3 und 15 (f. Schutztruppe für Kamerun); Jäger zu Pferde Nr. 1 und 4.

Feldartillerie: Regiment Nr. 11, 46, 52 (alle drei f. Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika).

Fußartillerie: Regiment Nr. 10 (f. Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika).

Pioniere: Bataillon Nr. 7 (f. Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika); Kompagnie Nr. 303; 5. Landsturm-Kompagnie des 3. und 2. des 14. Armeekorps, Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 183 und 195.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Regiment Nr. 3 (f. Feldfliegertruppe), Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe, Immobiles Kraftwagen-Hilfsdepot Nr. 3.

Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 35 (f. Feldfliegertruppe).

Die Verlustliste Nr. 12 der Kaiserlichen Schutztruppen wird veröffentlicht.

Die bayerische Verlustliste Nr. 213 bringt Verluste des 6., 13., 14., 20., 21., 23. und 25. Inf.-Regt.; 1. Jäger-Batl. Freising; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 5, 13. (Schluß folgt.)

Die württembergische Verlustliste Nr. 246 enthält Verluste der Res.-Inf.-Regimenter Nr. 121, 122; Grenadier-Regt. Nr. 123; Inf.-Regt. Nr. 124; Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 124; Inf.-Regt. Nr. 126; Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 126; Inf.-Regt. Nr. 127, 180; Landsturm-Inf.-Batl. 1, Stuttgart; Manen-Regt. Nr. 20; Feldart.-Regt. Nr. 13; Res.-Feldart.-Regimenter Nr. 28, 64; Magazin-Fuhrpark-Kolonne Nr. 8; Landwehr-Inf.-Munitionskolonne Nr. 3; Freiwillige Krankenpflege; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Hohe Lebensmittelpreise und die Gemeinden.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung zu folgendem Programm über die „Einrichtungen zur Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise“ in den Grundzügen seine Zustimmung erteilt.

Im Anschluß an die Bundesratsbekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 empfiehlt es sich, gemeindliche Einrichtungen zu schaffen, um unberichtigte Preisbildungen zu erkennen und ihnen zu begegnen. Es sollen Stellen geschaffen werden, welche die Ware von der Produktion bis zum Verbrauch verfolgen, die Preisbildung an den verschiedenen Stationen beobachten und dabei prüfen, ob und an welcher Stelle bei der Preisbildung Ausschreitungen vorkommen und wie diese zu bekämpfen sind. Als Mittel der Bekämpfung kommt insbesondere in Betracht: gütliche Einwirkung, Anzeige zur Bestrafung, Veröffentlichung, Anregung von Maßnahmen beim Oberkommando und bei den Zentralbehörden. Diese Stellen werden weiterhin die Stadt bei eigenem Lebensmittelaufkauf und Lebensmittelverkauf sowie bei Uebernahme köchwillig zurückgehaltener Nahrungsmittel gemäß § 1 des erwähnten Gesetzes zu beraten haben. Statt oder neben gerichtlicher Bestrafung kann auch gemäß früherer Anordnung des Oberkommandos Schließung des Gewerbetriebes in Betracht kommen.

Organisation: Es sollen zentrale und lokale Organe gebildet werden.

Die zentralen Organe haben die Produktions- und Großhandelspreise zu beobachten. Zur Ueberwachung des Kleinhandels müssen lokale Organe über die ganze Stadt ausgebreitet werden. Sie sollen Informationen von der Zentrale erhalten, den Kleinverkauf kontrollieren und das Revisionsergebnis der Zentrale mitteilen. So sollen Produzenten, Groß- und Kleinhändler sich unter ständiger Aufsicht fühlen.

Zentrale: Obwohl es sich nur um die wichtigsten Nahrungsmittel handelt, bedingt deren Vielfältigkeit doch für die Tätigkeit der Zentrale eine Einteilung in mehrere Gruppen. Als solche sind in Aussicht genommen:

- Gemüse, Kartoffeln, Obst,
- Fleisch, Fleischwaren, Fleischfette, Fische (frisch, gefalzen und geräuchert),
- Milch und ihre Produkte, Eier, Pflanzenfette und Öle,
- Hülsenfrüchte, Reis, Grieß, Graupen, Kolonialwaren und Konserben.

Jede dieser Gruppen soll von einer Kommission bearbeitet werden.

Die Kommissionen sollen durch Vorsitzende geleitet werden, denen nationalökonomisch vorgebildete, für diesen Zweck einzustellende Hilfskräfte beigegeben werden.

Innerhalb jeder Kommission müssen das Produktionsgewerbe, der Groß- und Kleinhandel sowie Verbraucher (letztere durch Mitglieder des Vereins für Konsumenteninteressen, der Konsumgenossenschaften, des Nationalen Frauendienstes, der Gewerkschaften) vertreten sein. Die Kommissionen haben sich an die vorhandenen städtischen Einrichtungen, insbesondere die Markthallen, den Schlacht- und Viehhof, die landwirtschaftliche Verwaltung und das Statistische Amt anzulehnen. Zu diesem Zwecke haben Vertreter dieser Verwaltungen den Kommissionen, in denen sie gleichzeitig das uninteressierte Element neben den Vorsitzenden darstellen, beizutreten.

Informationsquellen für diese Kommissionen sind insbesondere:

die täglichen Berichte der Markthallenverwaltung, die jetzt einwöchigen eventuell zu verdoppelnden Berichte derselben Verwaltung über die Kleinhandelspreise, weitere Mitteilungen derselben Verwaltung über Ausführmengen, Versteigerung, Aufnahme der Ware, Restbestände und ähnliches.

Das statistische Material hat das Statistische Amt zu liefern. Zur Gewinnung eines Ueberblicks werden auch die größeren Läger, besonders in den Kühlhäusern, ermittelt werden müssen.

Die Einheitlichkeit des Geschäftsbetriebes bedingt, daß neben den 4 Fachkommissionen eine 5. Kommission für den zentralen Geschäftsbetrieb gebildet wird. Dieser Kommission würden insbesondere folgende Aufgaben zufallen:

Ueberwachung der gesamten Einrichtung, Erledigung der generellen Aufgaben, Direktiven für die 4 Fachkommissionen, Verkehr mit den Reichs- und Staatsbehörden und ähnliches.

Die Kommission soll zusammengesetzt sein aus zwei Berliner und je einem Vertreter der fünf Nachbarstädte, den Vorsitzenden der vier Fachkommissionen sowie je einem Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Handelskammer, der Kellerei der Kaufmannschaft und des Kleinhandels.

Lokalorganisation. Als lokale Organe sind die Protokommisionen in Aussicht genommen, die aber zu diesem Zweck

durch Mitglieder des Nationalen Frauendienstes und andere geeignete Persönlichkeiten, insbesondere Frauen, zu ergänzen sind. Diese Kommissionen haben das Material, das sie ihrer Kontrolltätigkeit zugrunde legen müssen, von der Zentrale zu erhalten, und sie haben dieser umgekehrt das Ergebnis ihrer Revisionen mitzuteilen. Die lokalen Kommissionen werden auch den Verkehr mit dem Publikum, namentlich die Entgegennahme von Anzeigen zu erledigen haben. Die Preiskontrolle innerhalb der Markthallen wird der Markthallenverwaltung selbst obliegen.

Da die Produktions- und Großhandelspreise die Grundlage der Kleinhandelspreise bilden, so empfiehlt es sich, zunächst die Zentralkommissionen funktionsfähig zu machen und die lokale Gliederung alsdann hieran anzuschließen.

Verbindung mit anderen Gemeinden. Um einen Ueberblick zu gewinnen, wie die Lebensmittelpreise im Groß- und Kleinhandelsverkehr sich in anderen großen Städten des Deutschen Reiches gestalten, hauptsächlich in solchen, die einen Markthallenbetrieb besitzen, empfiehlt es sich, mit einigen dieser Städte durch Mitteilung der Lebensmittelpreise in laufenden Austauschverkehr zu treten.

Aus Groß-Berlin.

Krieg gegen Kriegerfrauen.

Es gibt Hausbesitzer, die auf die Lage der Familien von Kriegsteilnehmern Rücksicht nehmen, ausdrücklich die Miete herabsetzen und den Rest unter Verzicht auf die Ermittlungsklausel bis nach Beendigung des Krieges stunden. Es gibt aber auch andere und leider nicht wenige Hauseigentümer, die rücksichtslos wegen rückständiger Miete vorgehen, ja sogar Räumungsklagen gegen im Felde stehende Kriegsteilnehmer und deren Familien durchzuführen versuchen. Wir haben wiederholt derartige Beispiele angeführt. Es gibt aber Hausbesitzer, die in noch viel krasserer Weise dem für die nicht im Felde stehenden gültigen Grundsatz „Einer für alle, alle für einen“, entgegenhandeln und ihr persönliches Interesse für das in der Welt allein Wertvolle halten. Hier ein Beispiel.

Die Frau eines Kriegsteilnehmers, der seit Kriegsbeginn im Felde steht, bezieht 48 M. monatliche Kriegsunterstützung; sie hat keine Einnahmen und kann einer Beschäftigung nicht nachgehen. Sie hat zwei Kinder im Alter von 4 und 3 Jahren. Ein Kind im Alter von 1 Jahr 5 Monaten ist am 17. Juli gestorben. Die Frau mietete am 1. April d. J., weil der Mann im Felde war, allein im Hause Lügowstr. 4 eine Wohnung. Zwei Monate hat sie Miete gezahlt, im dritten Monat kam sie mit der Zahlung wegen des Todesfalles in Verzug. Darauf erhielt die Kriegerfrau von dem Hausbesitzer Knaake folgenden Brief:

Gustav Knaake,
Berlin W. 35, Lügowstr. 4. den 18. August 1915.
Bureau O. 111, Simon-Dach-Str. 8.

Frau N., Viesenthaler Str. 15.

Laut Abrechnung meines Verwalters des Herrn Gedamke schulden Sie noch

M. 21,50

bis ult. August.

Ich verstehe nicht, wie Sie zu dieser Dreifachigkeit kommen und erkläre Ihnen, daß ich im höchsten Grade empört bin, daß Herr Gedamke mir dies nicht längst mitgeteilt hat, da ich Sie dann sofort hätte ermitteln lassen.

Zahlen Sie mir nicht bis Sonnabend mindestens 10,75 M. und am darauffolgenden Sonnabend wieder 10,75 M., so reiche ich am Montag früh die Ermittlungsklage gegen Sie ein. Empört bin ich ferner, daß Herr Gedamke Sie als Kriegsteilnehmerfrau überhaupt als Mieterin angenommen hat; bei mir hätten Sie das Glück nicht gehabt, und ich habe Herrn Gedamke verboten, jemals wieder Kriegsteilnehmerfrauen aufzunehmen. Also zahlen oder machen Sie so schnell wie möglich, daß Sie aus meinem Hause kommen.

Hochachtungsvoll
gez. Gustav Knaake.

Höher kann der nackte Egoismus in dieser burgfriedlichen Zeit nicht getrieben werden.

Die Lehrstellenvermittlung.

Uns wird geschrieben: „Die Lehrstellenvermittlung“ begnügt sich nicht damit, ihre Dienste zur Vermittlung von Lehrstellen anzubieten, sondern sie animiert die Handwerksmeister durch einen Aufruf in deren Fachpresse direkt dazu, Lehrlinge anzunehmen. Der Artikel mit der Ueberschrift „Lehrstellenvermittlung und Krieg“ beginnt mit dem Satze:

„Nur noch sechs Wochen trennen uns von der Schulentlassung, die wieder 20 000 vierzehnjährige Knaben und Mädchen Groß-Berlins vor die bedeutsame Frage der Berufswahl stellt.“ Wäher seien nicht genügend offene Lehrstellen vorgemerkt und daher wäre es dringend erwünscht, daß die Lehrherren aus ihrer vielbeobachteten Zurückhaltung herausgingen. Wenn nach dem Kriege das selbständige Handwerk über einen ausreichenden Nachwuchs verfügen wolle, „sollte bereits jetzt eine entsprechende Einstellung von Lehrlingen in die Wege geleitet werden.“

Der Lehrstellenvermittlung scheint es hauptsächlich auf eine möglichst große Vermittlungsziffer anzukommen. Für die Berufswahl hat sie zwar Sprechstunden anberaumt, doch ist fraglich, ob sie über die Verhältnisse in den einzelnen Berufen genügend unterrichtet ist, um in der für das ganze Leben der schulentlassenen Kinder bedeutsamen Frage der Berufswahl stets richtig beraten zu können. Da ihre bei der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres zweieinhalbjährigen Bestehens wenige spezielle Erfahrungen zur Seite stehen, ist sie hauptsächlich auf die Auskünfte der Innungsoberrmeister angewiesen, die mitunter den Interessen derjenigen Mitglieder folgen, die weniger auf die Ausbildung von Lehrlingen geben, als auf die Beschäftigung billiger Hilfskräfte bedacht sind und darum das Halten von Lehrlingen gewerbmäßig betreiben. Hier noch besonders aufzumachen zur Einstellung von Lehrlingen, rein schematisch, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf an beruflichem Nachwuchs in den einzelnen Gewerben, sollte die „Lehrstellenvermittlung“ im Interesse der jungen Leute lieber unterlassen. Es kommt dabei wirklich weniger auf die Quantität der Vermittlung an als auf die Qualität.

Die Eltern und Vormünder tun gut daran, sich nicht auf die Berufsberatung der „Lehrstellenvermittlung“ zu verlassen, mag sie auch noch so gut gemeint sein, sondern selber die notwendigen Erläuterungen einzuziehen, sowohl über die in Betracht kommenden Berufsverhältnisse, wie auch über die ihnen empfohlenen Lehrstellen, da nur sie die Verantwortung für die Zukunft der Kinder zu tragen haben.

Wid zum Aeußersten.

In Treptow hat der Verwalter des Hauses Krüllstr. 1a gegen einen zum Heeresdienst einberufenen Mietschuldner und gegen dessen Ehefrau ein Verfahren angewendet,

wie es in den Mietstreitigkeiten dieser Kriegszeit wohl nicht oft vorkommt.

Wegen Ausbruch des Krieges verlor der Mieter im August v. J. seine Arbeit, und er blieb dann für September die Miete schuldig. Auf der Suche nach anderer Beschäftigung fand er schließlich zum Oktober eine Stelle, in der er neben Lohn auch freie Wohnung erhalten sollte. Er wollte nun die bisherige Wohnung, an die er laut Vertrag noch ein volles Jahr gebunden war, sofort aufgeben. Hiermit war der Vermieter einverstanden unter der Bedingung, daß noch für einen Zeitraum bis zu sechs Monaten die Miete für die leerstehende Wohnung weiterbezahlt würde. Der Mieter mußte sich dazu verpflichten, um aus der Wohnung auszuziehen und die neue Stelle übernehmen zu können. Da er nachher nur Teilbeträge der Miete zahlte, so klagte im März der Vermieter die Schuld ein. Der Schuldner und seine Ehefrau wurden Mitte März zur Zahlung verurteilt, und nach Ablauf der nur kurz bemessenen Zahlungsfrist versuchte dann der Gerichtsvollzieher. Sein Pfändungsversuch blieb fruchtlos.

Mitte April erhielt der Mietschuldner seine Einberufung zum Landsturm, die er längst erwartet hatte, und er mußte jetzt die Familie verlassen. Einige Tage nachher kam für ihn und für seine Frau eine Ladung, beim Amtsgericht Neudöln den Offenbarungseid zu leisten. Zu diesem Mittel hatte der Vermieter gegriffen, um aus dem Mietschuldner möglichst noch etwas herauszubringen. Die Ehefrau schied die für ihren Mann bestimmte Ladung zurück mit dem Bemerkten, daß er einberufen sei. Als Antwort kam eine neue Ladung — diesmal aber für die Frau allein — sich Mitte Juni vor Gericht einzufinden und den Offenbarungseid zu leisten. Inzwischen erkrankte der Mann beim Militär an schwerer Mierementzündung, und die Frau geriet darüber so in Sorge und Aufregung, daß sie sich zur Eidesleistung unfähig fühlte. Verweigerte sie den Eid, so konnte sie in Haft genommen werden. Nachdem sie ein Arzttatbest eingereicht hatte, erklärte ihr der Kläger gegen Ende Juni durch seinen Rechtsbeistand, er wolle „von einem Haftauftrag vorläufig absehen“. Zur Bedingung machte er aber, daß sie künftig die versprochenen Mietzahlungen hielt. Als sie Anfang Juli einen nur geringen Betrag anbot, wurde ihr gesagt, Bescheid werde sie schriftlich erhalten. Nach etwa drei Wochen erhielt sie ihn in Form einer wiederholten Ladung zur Eidesleistung. Diesmal ging sie zum Gericht, und nun erhob sie Widerspruch mit der Begründung, daß ihr Mann Kriegsteilnehmer sei.

Was sich jetzt der Hausverwalter zufrieden? Nein, noch nicht. Er wußte, daß der Mietschuldner vor Jahren für die Frau eine Lebensversicherung bei der „Victoria“-Versicherungsgesellschaft abgeschlossen hatte. Der Betrag, der nach 15 Jahren im Todesfall an sie selber oder bei vorherigem Todesfall an die Erben ausgezahlt werden soll, ist nur ganz klein; er beläuft sich auf nicht viel über 100 M. Den Anspruch aus der Lebensversicherung ließ der Hausverwalter im voraus p fänden, indem er beim Gericht einen diesbezüglichen Pfändungsbescheid sowie ein der Versicherungsgesellschaft auferlegtes Zahlungsverbot erwirkte. P fällig wird der Anspruch auf Zahlung erst nach einer Reihe von Jahren, wenn nicht die Frau vorher stirbt.

Nebenbei bemerkt: Der Eigentümer des Hauses steht selber im Felde. In Mietstreitigkeiten tritt für ihn der Verwalter als Kläger auf.

Trost im Leid.

Unter den in der Verlustliste als „vermißt“ aufgeführten Kriegern befinden sich auch solche, die in Gefangenschaft geraten sind. Es hat sich herausgestellt, daß es den besonders in russische Gefangenschaft Geratenen kaum möglich ist, den Angehörigen ein Lebenszeichen zukommen zu lassen. Hierzu schreibt uns ein Leser unseres Blattes: „Mein Bruder, ein Landsturmmann, wurde seit dem 18. Februar d. J. vermißt. Er war beteiligt an den Kämpfen bei Mlawka in Rußland und war dann spurlos verschwunden. Jetzt hat er Nachricht an seine Familie — in der Mark — gelangen lassen, daß er in Rußland kriegsgefangen und sich jetzt in Tschita in Transbaikalien — das ist das südliche Sibirien an der Mongolei grenzend — befindet.“

Uns sind noch andere Fälle bekannt, nach denen es deutschen Truppenangehörigen und auch festgehaltenen Zivilpersonen erst nach 5—6 Monaten möglich war, aus Rußland eine Mitteilung an hiesige Angehörige gelangen zu lassen. Diese Angaben werden für manche Angehörige einen Hoffnungsanker bilden, daß der oder jener, der tot geglaubt war, noch lebt.

Das Schlagfahnerverbot.

Nun ist es da, das Schlagfahnerverbot. Es soll den Zweck haben, die Milch- und Butterverwertung nicht zu beeinträchtigen. Nach der Schätzung eines Fachmannes betrug der Verbrauch an Schlagfahnen in Berlin mindestens 20 000 Liter täglich, für die eine Milchmenge von 200 000 Liter gerechnet werden kann bei einem täglichen Gesamtverbrauch von 1 Million Liter Milch in Berlin.

Die breite Masse der Bevölkerung wird bei der heutigen Feuerung der notwendigen Lebensmittel von dem Schlagfahnerverbot kaum berührt werden.

Eine falsche Sensationsmeldung.

Der Mädchenmörder vom Schlesischen Tor, der am 14. Juni die kleine Else Leh erdroffelt und ihre Leiche in einem Karton in die Spree warf, sollte nach einer Zeitungsmeldung am Donnerstag in einem Kellner Ludwig Herrnsfeld verhaftet worden sein. Ein Straßensoldat habe der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß Herrnsfeld, ihr Geliebter, den Karton, den sie früher besaß, von ihr mitgenommen habe. Herrnsfeld sei darauf sofort verhaftet worden, er stelle die Tat aber entschieden in Abrede. An dieser Meldung ist nicht ein wahres Wort. Es handelt sich offenbar um eine Fälschung, nicht die erste, die in dieser Morchase mit dem Kellner Herrnsfeld getrieben worden ist.

Ein gerissener Kriegsschwindler.

Festgenommen wurde ein Kriegsschwindler, der in feldgrauer Uniform mit dem Eisernen Kreuz und der österreichischen Tapferkeitsmedaille geschmückt, als „Einarmiger“ und kumpelnd das Mittel der Leute weckte. Der Mann ließ sich von einem zwanzigjährigen Führer, erzählte auf den Wochenmärkten alle möglichen Delibanten, wofür ihm das Geld nur so zuschloß. Als ein Handelsmann auf dem Wochenmarkt am Markthausufer seine Bedenken äußerte gegen die allzu große Freigebigkeit, die anderen Strümpfen gegenüber nicht geübt würde, erhob sich ein solcher Sturm der Empörung gegen den Schwindler, daß er die Flucht ergreifen mußte und sich tagelang nicht blicken lassen durfte. Jetzt hat ein Offizier in Steglitz den „Helden“ festnehmen lassen und nun stellte sich der Schwindler heraus. Der fehlende Arm war auf dem Rücken festgebunden und laufen konnte der Held ausgezeichnet. Auch der „Führer“ wurde verhaftet.

Im Hoppegarten.

Am Donnerstag fand im Hoppegarten der zweite Renn- und Meiting statt. Dabei wurden am Totalisator nahezu 1/2 Million Mark umgesetzt. Der Andrang war wieder groß. Und das in Kriegzeiten!

Vorsicht bei Abschluß von Mietverträgen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu der die von der Ausfertigung des Rohbaubauabnahmefehns ablaufende Frist von 6 Monaten für die Gebrauchsnahmeprüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeibehörde vor Ablauf dieser Frist das Bezahlen von Wohnungen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht dulden können. Die Polizeireviere werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarmkeit von Wohnungen in neuen oder umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Jugendsportfest von „Fichte“.

Zum dritten Male veranstaltet Turnverein „Fichte“ ein Jugend-sportfest. Die zahlreichen Meldungen, zum Teil sogar aus Pommern, Guben usw., lassen erkennen, daß trotz des Krieges das Interesse für sportliche Betätigung nicht gesunken ist. Der veranstaltende Verein hofft, daß auch die arbeitende Bevölkerung, wie schon so oft durch zahlreichen Besuch ihr Interesse und Unterstützung dieser Veranstaltung zu teil werden läßt. Der Sportplatz „Fichte“ befindet sich in der Köpenicker Landstraße, Ecke Eichbusch-Allee; Beginn 2 Uhr nachmittags, Eintrittspreis 10 Pf.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand rief am Freitagabend die Berliner Feuerwehr nach der Putzener Str. 37 an der Rügener Straße. Die Flammen hatten an dem Inhalt der Bodenbeschläge, der Dachkonstruktion und an dem Fußboden usw. reiche Nahrung gefunden. Es gelang aber der Feuerwehr, eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Die Entstehung des Brandes, der erst spät nachts gelöscht war, war nicht zu ermitteln.

Der Arbeiter-Samariter-Bund (Kreis Brandenburg) hält am Sonntag, den 22. August, nachmittags 2 Uhr, auf dem großen Spielplatz im Treptower Park bei Berlin die öffentliche Lebung ab, die am letzten Sonntag geplant war, aber verregnete.

Verloren hat eine Frau, deren Mann im Felde steht, am 19. August in der Schönhauser Allee vor dem Häusern Nr. 70—78 ihr Portemonnaie mit Inhalt (10—11 M.). Sie bittet den Finder um Abgabe an Frau Mundlowski, Schivelbeiner Str. 28 III.

Kleine Nachrichten. Ein 12jähriges Mädchen Lenksi aus der Kameruner Straße 47 wurde gestern nachmittags an der Ecke Ullricher und Müllerstraße beim Ueberstreifen des Fahrdammes von einem Auto erfasst und umgeworfen. Die Kleine erlitt innere und äußere Verletzungen und wurde mit demselben Auto nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht.

Nach 12 Uhr mittags sprang ein Herr Kampf vor dem Hause Zimmerstr. 59 von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 17 trotz der Warnung des Schaffners ab. Er stürzte und trug einen Gelenkbruch an der linken Schulter davon. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation ärztliche Hilfe und wurde von dort nach der Wohnung gebracht.

Ein teures Schäferschändchen verlor ein Mollereibesitzer aus einem Vorort, der nach Berlin gekommen war, um nach des Tages Raft und Mähle sich zu erholen. In einem Weinstock lernte er ein etwa 15jähriges junges Mädchen kennen, mit dem er sich nach einer ausgedehnten Bierreise nach einem Hotel der Friedrichstadt begab. Als dort der Mollereibesitzer morgens erwachte, war seine Wegetierin verschwunden und mit ihr die Brieftasche des Mollereibesitzers, in der sich in Scheinen, Wechseln der Friedrichsberger Bank und der Mollereigenossenschaft über 1500 M. befanden.

Gerichtszeitung.

Sind Arbeiterturnvereine politische Vereine?

Das sächsische Ministerium des Innern hat in bezug auf die politische Stellung der Arbeiterturnvereine auf einen vom Arbeiterturnverein in Reichenau gestellten Antrag, die Arbeiterturnvereine nicht mehr als politische Vereine zu behandeln und jugendlichen Personen dadurch den Eintritt zu ermöglichen, folgendermaßen entschieden: „Das königl. Ministerium des Innern ist zwar durchaus der Meinung, daß in den gegenwärtigen Zeiten gegenüber den Rundgebungen nationaler Geschlossenheit, die seit Ausbruch des Krieges alle politischen Parteien an den Tag gelegt haben, alles zurückzutreten habe, was das Gefühl der Einheit des ganzen Volkes beeinträchtigen könnte, und ist daher auch grundsätzlich damit einverstanden, daß Streitfragen des öffentlichen Rechts, deren Klärung in Friedenszeiten wichtig erscheint, unbeschadet des Rechtsstandpunktes als in den jetzigen Zeitläuften minder wesentlich durch Zurücknahme der angefochtenen Verfügung oder sonstwie zur Erledigung gebracht werden. Im vorliegenden Falle ist jedoch die Sach- und Rechtslage insofern eine wesentlich andere, als die Zweigvereine des Arbeiter-Turnerbundes durch höchstgerichtliche Entscheidung für politische Vereine erklärt worden sind und damit ihre Unterstellung unter das Vereinsgesetz als berechtigt anerkannt worden ist. Diese Tatsache läßt sich durch eine Anordnung der Verwaltungsbehörde nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen. Das königl. Ministerium des Innern ist infolgedessen auch nicht in der Lage, die ihm unterstehenden Behörden anzuweisen, die dem Arbeiter-Turnerbunde in Leipzig angehörenden Vereine zugehörig als unpolitische zu behandeln.“ Das königl. Ministerium des Innern hat aber in der Verordnung vom 6. Januar 1915 im übrigen darauf hingewiesen, daß der erstrebte Zweck der turnerischen Ausbildung der Jugendlichen, denen es durch § 17 des Vereinsgesetzes verwehrt ist, sich den Arbeiter-Turnvereinen als Mitglieder anzuschließen, dadurch erreicht werden kann, daß diese Jugendlichen besondere Turnerguppen außerhalb der Vereine bilden, die in keinem organischen Zusammenhange mit den zurzeit durch höchstgerichtliche Entscheidung als politische Vereine festgestellten Arbeiter-Turnvereinen stehen, und daß ihre Gründer, Leiter und Vorturner Gewähr dafür leisten, daß bei ihren körperlichen Übungen jede politische Tätigkeit und Beeinflussung unterbleibt.“

Aus aller Welt.

Eine Stimme aus dem Schützengraben für die Daheimgebliebenen.

Das „Protestantenblatt“ veröffentlicht eine Zuschrift aus dem Felde, die beweist, wie weit sich die Bestimmungen der Krieger im Felde von denen vieler Daheimgebliebener unterscheiden. Dem Blatt entnehmen wir folgende Abschnitte:

Wir im Felde, wir kennen den Feindeshaß kaum. Wir wissen nur zu gut, daß die Leute uns gegenüber im feindlichen Schützengraben genau so hungere, durstende, frierende oder schwächende, von Ungeziefen geplagte, sich nach der Heimat sehne Menschenkinder sind wie wir, und wenn unsere französischen, also „feindlichen“, Quartierwirte in Hohn von den französischen Soldaten immer als von unseren „Kameraden“ sprachen, so hatten sie im Grunde gar nicht so unrecht. Unser Empfinden ist wirklich das: Kameraden, aber infolge der Tüde des Schicksals im feindlichen Lager. Daß diese Bestimmung unserer Kameraden, unserer Kampfesfreudigkeit und Ausdauer keinen Abbruch tut, das glaube ich, brauche ich nicht erst zu versichern; unsere Erfolge beweisen es zur Genüge. — Und nun die Freunde in der Heimat! Sie leben — ich habe es selbst ja auch drei Monate mitgemacht und kann daher mitreden — alle mehr oder weniger unter dem Druck der Tatsache, daß sie nicht mittun können, daß sie bei den großen Ereignissen der Gegenwart unaktiv zusehen müssen. Sie möchten aber gern etwas tun, und weil sie mit der Waffe auf die Feinde nicht losschlagen

können, so schlagen sie wenigstens Loß mit dem Munde und mit der Feder und reden und schreiben sich in einen Haß hinein, der manchmal geradezu lächerliche Formen annimmt. Und damit bei den Worten die Taten doch nicht ganz fehlen, so ändert man Firmenschilder, setzt Dichter und Schriftsteller fremder Nationen auf den Index und kommt sich dabei ungeheuer „deutsch“ vor. Es muß einmal ausgesprochen werden, wie unsagbar peinlich dieses Gebrauchsmissbrauch im Felde wirkt, beinahe ebenso peinlich, wie wenn man uns alle blindlings zu „Heiden“ stempelt. Wer schon vor dem Kriege ehrlich bestrebt war, ein guter Deutscher zu sein, wer die Würde aller seiner Kräfte im Vaterlande fand, der braucht durchaus keine solchen Beweise des Deutschtums; und wer früher der albernsten Ausländererei gefrönt hat, der tue Buße in Sad und Asche, aber — in der Stille, und rede und schreibe nicht davon. Aber daß man nun mit einmal Materlin als Dichter nicht mehr soll schämen dürfen und Massenmet nicht mehr als Musiker — ich wähle zwei ganz beliebige Beispiele aus Hunderten — das vermögen wir an der Front durchaus nicht zu begreifen, selbst auf die Gefahr hin, von irgendwelchen Ueberpatrioten in der Heimat nun nicht mehr als „national“ angesehen zu werden. Mag sein, daß die Engländer und Franzosen in dieser Hinsicht sich ebenso lächerlich, vielleicht noch lächerlicher betragen — nun gut, wir Deutsche sind eben mehr wert und haben das nicht nötig. Das Beste auf diesem Gebiet hat meines Erachtens Ricardo Guich sagt, wenn sie klar und scharf betont, die fremden Dichter hätten nicht im geringsten eine Dankspflicht gegen Deutschland, denn kein Künstler sei seinem Publikum Dank schuldig, sondern nur das Publikum dem Künstler. Ich meine: das ist echtes Deutschtum, aber nicht das Dramatisieren und das Paraisactum, wie es zu Hause bei uns sich jetzt so erschrecklich breit macht.“

Dieser Bericht, der dem Verfasser Ehre macht, trägt die Unterschrift: „Hans Schlemmer. Vor Arzac.“

Der Pudel als Helfer beim Schmuggel.

Ein originelles Mittel wendete ein sächsischer Spigenhändler an, der kürzlich erwischt und dingfest gemacht wurde. Er hatte, wie „St. Hubertus“ berichtet, seinen Pudel für seine Zwecke abgerichtet. Diesen Hund hatte er gefahren. Nun umwickelte er den ganzen Körper des Tieres mit einem Kilometer der feinsten und teuersten Wollener Spigen. Darüber zog er eine vorzügliche Pudelhaut und verließ dann abwechselnd durch die verschiedenen Löcher die Stadt Meßeln. Sechs Jahre soll es gut gegangen sein, und der Pudel hatte seinen Herrn und Meister zu einem reichen Mann gemacht, als der große Reinfall kam. Beide verließen wieder die Stadt, aber der Hund vergaß zum ersten Male seine Dressur, indem er unbesonnen über die Grenzschranke sprang. Dadurch erregte er den Argwohn der Beamten, die ihn einfach niederschossen. Um seinen Körper gewickelt waren für 15000 Mark feinste Spigen.

Ein heftiges Fernbeben wurde gestern vom Seismographen auf der Heidelberger Königsuhlwarte aufgezeichnet. Es begab um 7 1/2 Uhr ein und erreichte seinen Höhepunkt um 7 Uhr 51 Min. Das Beben dauerte bis 8 Uhr 26 Minuten. Die Herdentfernung wurde mit 1500 Kilometer aufgezeichnet. Vermutlich hat das Erdbeben in Süditalien stattgefunden.

Dem elektrischen Strom geübt. Das Opfer einer unsinnigen Wette ist der zwölfjährige Schüler Otto Jaluße geworden. Der Knabe hatte mit einem Schulkameraden gewettet, daß er zuerst einen Leitungsmast der Märkischen Ueberlandzentrale bei Neu-gelle-Schlafen erstiegen werde. Bei dem Wettstreiten kam er im Eifer der untersten Leitung zu nahe und erhielt infolgedessen einen so starken elektrischen Schlag, daß er auf der Stelle getötet wurde. Der Körper des bedauernswerten Knaben wurde vollständig verkohlt und blieb in der Kanalisation stecken. Erst durch Betriebsbeamte konnte die Leiche entfernt werden. Durch diesen Unglücksfall wurde auch eine mehrstündige Betriebsstörung verursacht, da durch den starken Erdstoß ein Isolator und die daran befestigte Leitung zerstört wurden. Mehrere märkische Ortschaften waren infolgedessen für einige Stunden ohne elektrisches Licht.

Parteiveranstaltungen.

Weißensee. Sonntag, den 22. August, Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstag, 8. IV. 107 rechts, darunter, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder der die Briefkasten bestimmten Anträge in ein Buchstabe und eine Zahl als Unterschrift beifügt. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 50 R. Anzahl der Tierhühner, Landw. Dessauer Str. 21. Auch Tierdepot, Berlin, Schilderstr. 4. Alles nähere dort. — N. R. 100. Darüber erhalten Sie sichere Auskunft beim Verband der Schneider und Schneiderinnen, Berlin, Seckelstr. 37/38. — N. R. 999. Durch Uebärten mit Kalkmilch. — N. 14. Durch Vermittlung der sächsischen Post. Näheres erfahren Sie auf dem Postamt. — W. R. 65. 1. bis 4. Darüber läßt sich jetzt nicht sagen, hängt vielmehr von Zufälligkeiten und vom „Intellekt des Betreffenden“ ab. 5. Nein, ist aber nicht ausgeschlossen. — N. 25a. Verlangen Sie bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, ein Schriftstücken, in dem Sie reichlich Literatur über Gemeindepolitik aufgeführt finden. — W. R. 81. 1. Lehrer-seminare mit Präparandenanstalten befinden sich in folgenden Orten der näheren Umgebung Berlins: Spandau, Oranienburg, Köpenick, Rixdorf, Waldow. 2. Bewerbung um Lehrstellen in Städten oder Dörfern, nach Verleihen. 3. Die Gehälter der Lehrer sind in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden. Ausführliche Mitteilungen im Briefkasten zu machen, ist unmöglich. Das Gehalt eines Lehrers (zusammengesetzt aus Grundgehalt, Pensionszuschlag, Alterszulage, Ortszulage) erreicht zum Beispiel in Berlin und mehreren der Vororte den Höchstbetrag 5000 M.; in kleineren Städten ist es niedriger, noch niedriger ist es in Dörfern. — W. 11. Ja. — 2. 15. Eins von beiden kann die Witwe nur beziehen. Hat sie selbst Marken gelebt, so bekommt sie die Witwenrente. Ist sie nicht verheiratet, so erhält sie auf Grund der gelebten Marken ihres Ehemannes die Witwenrente, aber erst von der Zeit an, wenn sie selbst als Unverheiratete erachtet wird. Witwenrente wird nur einmal gezahlt. — E. W. 36. Einziehung wird nicht mehr erfolgen. Wegen Blindheit eines Auges und verminderter Sehschärfe des andern dienstunfähig. — E. W. 2. Der Wirt kann dazu leider nicht gezwungen werden. — N. 84. Wenden Sie sich mit einem Antrag an das Erziehungsbüro des Regiments. — W. 3. 9. Der Wirt kann die Sachen einhalten. Sie haben nach dem Fortzug auch die Verpflichtung, für die Dauer des Vertrages die Miete zu zahlen. Kündigung ist zulässig. Der Wirt kann leider nicht gezwungen werden, Mietzuschlag zu gewähren. — E. W. 1500. Soviel wir wissen, nicht; aber erlaubigen Sie sich beim Patentamt in der Gützhiner Straße. — E. W. 101. 1. und 2. Eine Burschenforderung der Beiträge erscheint aussichtslos. 3. Ihre Frage ist unverständlich. — W. W. 8766. 1. und 2. Nein. 3. Ja. — E. W. 20. Da ist Ihnen weiter nichts zu raten, als die Ehe gerichtlich scheiden zu lassen. — E. W. 101. Ja, wenn Sie sich in versicherungspflichtiger Beschäftigung befinden. — E. W. 20. 1. und 2. Ja. 3. Nein. 4. Das erfahren Sie aus dem Adressbuch. — E. W. 39. Verlust eines Fingers, landsturmpflichtig. — N. E. 84. Taubstumme, dienstunfähig, und chronischer Gelenkrheumatismus, dienstuntauglich. — W. W. 1000. Nein. — W. R. 8. Wenn vereinbart wurde oder durch die Arbeitsordnung bestimmt ist, daß tägliche Rindungsfrist gilt, so würde eine Rüge aussichtslos sein. Im anderen Falle müßten Sie auf 14tägige Rindung klagen. — E. W. 28. 1. Die Firma ist zum Schabenerlag verpflichtet. 2. Sie müssen dem Chef den Wert der Garbe geben und Schabenerlag verlangen. 3. Beim Gewerbeamt. 4. Ja. — N. 3. 12. Bei 12tägigen Wochenverdienst können Sie zu höherer Alimentation verpflichtet werden. Das Sie jetzt zahlen, ist als mindester sächlicher Satz zu rechnen; auch nachzahlen müssen Sie. — E. W. 48. Gewerbesteuer müssen Sie zahlen. — N. E. 81. Wenden Sie sich mit Ihrem Ersuchen an das zuständige Standesamt.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag. Zunächst noch veränderlich und im Norden, besonders im östlichen Küstengebiet vielfach leichte Regenfälle; dann weitere Aufhellung; in den Mittagsstunden mäßig warm, sonst ziemlich kühl.

Fünfte Kriegstagung des Reichstages.

2. (14.) Sitzung vom Freitag, den 20. August, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück, Jagow, Helfferich, Bisco. Der Platz des Abg. Brühne (Soz.), der heute 60 Jahre alt wird, ist mit Blumen geschmückt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende

Anfrage des Abg. Dr. Liebknecht (Soz.),

die der Abgeordnete unter großer Unruhe verliest:

Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der anderen Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?

Staatssekretär v. Jagow: Ich glaube, dem Einverständnis der großen Mehrheit dieses Hauses zu begegnen, wenn ich auf die Anfrage des Abg. Dr. Liebknecht, eine Antwort zu erteilen, als zurzeit ungewiss ablehne.

Liebknecht ruft: Dieses Ausweichen heißt Bedung der kapitalistischen Eroberungspolitik (Großer Lärm.) Das heißt Verzicht auf Annexionspolitik (Erneute große Unruhe.) Die Volksmassen wollen den Frieden (Andauernde große Unruhe und Gelächter.)

Die neuen Kriegskredite.

Berichterstatter Graf Westarp (K.)

berweist auf die Zusage der Regierung, den Betrag von 200 Millionen Mark, der bei der letzten Anleihe für die Wöchnerinnenpflege und für die Invaliden- und Erwerbslosenunterstützung abgezweigt war, aus der neuen Anleihe wieder auf den ursprünglichen Betrag zu bringen. Die Kommission hat einstimmig die Bewilligung der Anleihe zu empfehlen beschlossen. Bei keinem unserer Feinde ist bisher der Wille hervorgetreten, den Plan der Vernichtung Deutschlands aufzugeben, geschweige denn zu einem Frieden bereit zu sein, der unseren gerechten Anforderungen nach diesem uns aufgezogenen Kriege entspricht. Die Kommission ist überzeugt, daß unsere Volkswirtschaft die neue Anleihe tragen kann, und daß das Volk bereit ist, die Anleihe aufzubringen. Größere Opfer als die schwersten finanziellen Opfer bringen unsere Brüder draußen im Felde.

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

An der Schwelle des zweiten Kriegsjahres wollen wir dem deutschen Volke, den Neutralen und auch der feindlichen Welt ein Bild von unserer finanziellen Lage geben. Bisher hat der Reichstag für Kriegszwecke 20 Milliarden bewilligt, mit der jetzigen Vorlage werden es 30 Milliarden. Die bisher bewilligten 20 Milliarden stellen ungefähr den Wert des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes mit allen Anlagen und dem gesamten rollenden Material dar. Der Krieg verschlingt jetzt in jedem Monat die gewaltige Summe von ungefähr 2 Milliarden Mark. Ein Kriegsmontat kostet ein Drittel mehr als die Gesamtkosten des Krieges 1870/71 betragen. Wir wollen diesen Zahlen und dieser Wahrheit unerschrocken in die Augen sehen und uns über die Schwere der noch bevorstehenden Opfer keiner Selbsttäuschung hingeben. Es ist eine furchtbar schwere Zeit, die dem deutschen Volk und dem ganzen Erdball auferlegt ist. Das zweite Kriegsjahr wird schwerer sein als das erste. Neue Aufgaben stehen bevor, alte Aufgaben werden größer. Aber jeder Deutsche weiß heute auch, warum diese Opfer gebracht werden und daß sie nicht umsonst gebracht werden. Die beste Begründung für diese Vorlagen ist der einmütige Wille des Volkes, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen, bis zu einem Frieden, den wir vor uns selbst, vor Kindern und Enkeln verantworten können. So lange sich die Feinde nicht bequemen, aus unserer Unbesiegbarkeit die notwendigen Folgerungen zu ziehen, sind die Waffen unser einziges Mittel, sie zu überzeugen.

Die 10 Milliarden sollen auch diesmal wieder durch Anleihe aufgebracht werden. Wir wollen während des Krieges die gewaltigen Kosten, die unser Volk trägt, nicht ohne zwingende Notwendigkeit durch Steuern erhöhen. Eine stärkere Belastung des Verbrauchs würde bei den ohnedies hohen Preisen hiergegen ebenso verstoßen, wie eine stärkere Belastung des Verkehrs. Die direkten Steuern werden heute fort erhoben, teilweise in einzelnen Bundesstaaten auch in wesentlich stärkerem Maße herangezogen. Ueber die

Kriegsgewinnsteuer

kann ich mitteilen: in der Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister wurde ein grundsätzliches Einverständnis erzielt. Es handelt sich um eine Gesetzesvorlage, die genau durchgearbeitet werden muß; so reif ist die Sache noch nicht. Die Betroffenen werden auch die finanziellen Veränderungen durch den Krieg erst nach seinem Abschluß übersehen können. Die einwandfreie Begriffsbestimmung des Kriegsgewinns ist steuerrechtlich unmöglich, andererseits sind alle, die während der Kriegszeit in der Lage waren, ihr Vermögen erheblich zu vermehren, auch imstande und verpflichtet, im höheren Maß als durch gewöhnliche Besteuerung zu den Kriegskosten beizutragen. Damit ist die Anlehnung an die Reichsvermögens- und Zuwachssteuer gegeben. Der Vermögenszuwachs durch Erbgang in naher Verwandtschaft soll befreit bleiben. Die Sondersteuer auf Kriegsgewinn soll als Beitrag für die Kriegskosten nicht nur in barem Gelde, sondern auch durch Vergabe von Kriegsanleihe entrichtet werden können. Die Sorge vor einer solchen Steuer braucht auch niemand davon abzuhalten, Kriegsanleihe zu zeichnen. Wenn wir die Möglichkeit haben, den Frieden nach unseren Notwendigkeiten zu gestalten, dann dürfen wir die Kostenfrage nicht vergessen. Wir müssen danach trachten, daß die ganze künftige Lebenshaltung unseres Volkes, so weit es irgend möglich ist, entlastet wird. Das Bleigewicht der Milliarden für die Kriegsentfaltung haben die Anführer des Krieges verdient, sie sollen es in Zukunft mit herumschleppen, nicht wir. Gewiß handelt es sich hier um eine ganz besonders schwere Aufgabe, aber alles, was nach dieser Richtung hin geschehen kann, wird getan werden.

Die Öffentlichkeit weiß, daß die Ausgabe einer dritten Kriegsanleihe bevorsteht. Die materiellen Kräfte, die den beiden ersten Anleihen einen über alle Erwartungen hinausgehenden Erfolg verschafft haben, sind auch heute noch ebenso stark. Bis auf verhältnismäßig kleine Beiträge sind die ungeheuren Summen, die das Reich braucht, im Lande geblieben, sie sind unseren Soldaten, unserer Landwirtschaft, unserer Industrie zugute gekommen und haben sich zum Teil von neuem zu Sparkapital verdichtet. Redner verweist auf die Entwicklung der Darlehnskassen. Sie zeigt, daß unser Gegner sich täuschen, wenn sie behaupten, der Erfolg unserer Kriegsanleihe sei nur Wache, sie würde nur finanziert mit den Anweisungen der Darlehnskassen. So erzählt der „Daily Telegraph“, unsere Darlehnskassen beliehen alles, was ihnen gebracht werde, bis auf Zahntoiletten und Kohlenbedeckung. Hierüber kann man lachen, aber man muß sich auch klar darüber sein, daß diese schematisch fortgesetzten Verleumdungen, diese Herabsetzung unserer Finanzkraft und einen großen Schaden in neutralen Ländern

zufügt. (Sehr richtig!) Die Einlagen in unseren Sparkassen haben 1918 um eine Milliarde zugenommen, 1914 trotz des Kriegszustandes um 900 Millionen Mark. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres betrug der Zugang nahezu 1 1/2 Milliarden. (Hört! hört!) Allerdings ist der Betrag fast völlig aufgebraucht worden zu Zahlungen von Kriegsanleihen seitens der Sparkassen; diese Zahlungen betragen 1 Milliarde 800 Millionen Mark. Heute aber kann man sagen: die Sparkassen sind wieder völlig intakt, sie haben einen Bestand von 20 Milliarden Mark, sie haben mehr als jemals vor Kriegsausbruch. Wesentlich günstig liegen die Dinge auch bei den Banken. Die Flüssigkeit des Geldes hat sich zum Teil sogar zu spekulativem Treiben an der Börse verdichtet. Aber ein leichter Wind hat genügt, um hier Einhalt zu tun und die Einsicht zu verbreiten, daß für die Verwendung von Geld heute bessere Möglichkeiten bestehen, als Spekulation. Alles Geld gehört dem Vaterlande, Kriegsanleihe ist das Anlagepapier. Zu den Zeichnungen sollen diesmal auch die Postanstalten herangezogen und für die kleinen Zeichnungen unter 1000 M. Teilzahlungen bis zu 100 M. gestattet werden. Beklame nach englischen Muster werden wir für unsere Kriegsanleihen nicht treiben. Es entspricht nicht dem deutschen Gewissen auf den Ernst des Krieges die Zinsbeklame anzuwenden. (Sehr richtig!) Die fünfprozentige Kriegsanleihe ist heute das vollständigste Papier, das es je in Deutschland gegeben hat. (Sehr richtig!) Den Ausgabekurs werden wir dank unserer finanziellen Kraft etwas höher setzen. Wir können auf unsere Finanzlage um so stolzer sein, wenn wir sie mit der unserer Feinde vergleichen. Nach genauen Untersuchungen sind die Gesamtkosten dieses Weltkrieges bei allen Beteiligten

täglich auf nahezu 300 Millionen

zu schätzen, auf das Jahr etwa 100 Milliarden Mark. (Hört! hört!) Es ist die größte Wertzerstörung und Wertverchiebung, die jemals die Weltgeschichte gesehen hat. Von den einzelnen Ländern hatte bis vor kurzem Deutschland die schwerste Last zu tragen. Aber inzwischen hat uns England überholt. Dort haben die täglichen Ausgaben für Kriegszwecke den Betrag von 80 Millionen Mark überschritten. (Hört! hört!) Wir wollen England diesen Vorsprung gönnen (Heiterkeit), zumal die Engländer selbst das Gefühl haben, daß wir mit geringeren Mitteln mehr leisten. Auf die Koalition unserer Feinde entfallen nahezu zwei Drittel aller Ausgaben, auf uns und unsere Verbündeten etwa ein Drittel der Kriegskosten. Frankreich, das Land der Rentner, hat es bisher kaum zu einer regelrechten Anleihe gebracht, und England, das Land der 2 1/2prozentigen Konsols, hat es zuerst mit einer 3 1/2prozentigen Anleihe versucht, auf die zwar 3 1/2 Milliarden gezeichnet wurden, allein die zu 95 Proz. ausgegebene Anleihe kam schon am ersten Tage unter den Ausgabekurs und hat sich seitdem darunter gehalten. Die Anleihe, die bis Ende Juli reichen sollte, war Ende März aufgebraucht. Man half sich mit Schatzwechseln, aber der Andrang der Käufer blieb aus. Erst in allerletzter Zeit ist man wieder zur Emission einer großen Anleihe übergegangen. Der Zinssatz wurde auf 4 1/2 Proz. hinaufgesetzt, was zusammen mit den weitgehenden Konversionskrediten einen wirklichen Zinsfuß von mehr als 5 Proz. bedeutet. Die Anleihe, die den Kriegsbedarf bis März 1918 decken sollte, hat etwa 600 Millionen Pfund gebracht; dieser Ertrag wird bereits im September wieder versiegt sein. Auch dies Ergebnis wurde nur dadurch erreicht, daß die Großbanken sich am letzten Tage entschlossen, ihre Zeichnungen auf den doppelten Betrag zu erhöhen. Bei uns aber sind die beiden Kriegsanleihen stets über dem Ausgabekurs geblieben. Wenn also das alte Wort noch seine Bedeutung hat, daß zum Kriegsführen Geld gehört, dann werden selbst unsere Feinde merken, wie günstig wir stehen. Die dreiprozentige französische Rente ist um 20 Prozent zurückgegangen und in England beträgt der Mindestkurs der 3 1/2prozentigen Konsols 65 Prozent. Unsere deutschen Staatspapiere dagegen zeigen einen Rückgang von nur 8 bis 9 Prozent, also auch hier schneiden wir am besten ab. (Bravo!) Allerdings entstehen unsere Feinde auch hier, um zu beweisen, daß wir am Verbluten sind. Die Londoner Börse hat kürzlich unsere 3prozentigen Kriegsanleihen mit 40 1/2 Proz. notiert. (Heiterkeit.) Ich habe mich vergeblich bemüht, auf dem Umwege über das neutrale Ausland deutsche Staatsanleihen zu diesem schönen Kurs zu kaufen, (Große Heiterkeit) aber es ist mir nicht gelungen, auch nur ein einziges Papier zu bekommen. (Große Heiterkeit.) Ein weiteres günstiges Zeichen für uns ist die Erhöhung des Goldbestandes der Reichsbank seit Kriegsausbruch um mehr als eine Milliarde. Die „Times“ lügen, wenn sie behaupten, daß wir unseren Bundesgenossen Gold abgenommen hätten. Wir betrachten unsere Verbündeten nicht als Ausbeutungsobjekte. (Bravo!) Redner befragt den auswärtigen Beauftragten und kommt zu folgendem Schluß: Das Geheimnis unseres Erfolges auf dem finanziellen Kriegsschauplatz liegt nicht in dem, was man gemeinhin Reichtum nennt. Er besteht vor allem in der Arbeitskraft unseres Volkes, die im Kriege und für den Krieg schafft. Was der Krieg verzehrt, ist nicht etwa unser Geld, das ist die Summe von Kriegsmaterial und von Unterhaltsmitteln, die unser Volk jetzt auf eigenem Boden mit Anspannung aller Energie stets aufs neue erzeugt. Wo das Geld über die Grenzen rollt, um Kriegsmaterial und Nahrungsmittel zu ergänzen, da rollt es nicht so leicht zurück. Mögen unsere Feinde ihre Geldmaschine reparieren, nützen würde ihnen das erst, wenn sie uns die Leistungsfähigkeit unserer Industrie nachmachen könnten. Das können sie ebenso wenig, wie sie uns unser Heer nachmachen können. (Sehr richtig!) Dazu gehört eiserne Erziehung, Pflichtbewußtsein und Disziplin, ein durch tausendjährige Gebräuche zusammengeschweißtes Volkstum. (Lebhafter Beifall.) In uns allen lebt der Wille zum Sieg, deshalb vertraue ich darauf, daß das, was Sie jetzt bewilligen, vom ganzen Volke gezeichnet werden wird. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Das Bild der finanziellen Kriegslage, das uns der Reichschatzsekretär gegeben hat, ist insofern gewiß erfreulich, als es zeigt, daß die Lage Deutschlands günstiger ist als die seiner Gegner, daß Deutschlands finanzielle Kraft durch den Krieg nicht niedergebroschen ist und nicht niedergebroschen werden kann. Dabei kommt uns ein Moment besonders zu statten: Die vom Reich vorausgabten Summen sind zum weitaus größten Teil im eigenen Lande geblieben. Wir sind nicht in Schulden ans Ausland geraten wie Frankreich, England und Rußland. Dieses Ergebnis der englischen Abwehrstrategie ist für die Finanzkraft und wirtschaftliche Betätigung Deutschlands nach dem Kriege von größter Bedeutung. Es hat aber auch seine besondere Bedeutung für die Frage, wie das Reich einen Teil seines ungeheuer steigenden Einnahmebedarfs zu decken hat. Die Gläubiger des Reiches sind vielfach dieselben Leute, die durch Kriegslieferungen und sonstige infolge des Krieges besonders gewinnbringende Geschäfte große Einnahmen gehabt haben. Es ist eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, wenn das Reich sich einen erheblichen Anteil dieser Gewinne durch

eine Kriegsgewinnsteuer

sichert. Der Reichschatzsekretär hat ja die prinzipielle Genehmigung dazu erklärt. Je rascher diese Aufgabe in Angriff genommen wird, um so besser. (Lebhaftes sehr richtig!)

Noch einen zweiten Gedanken möchte ich an die Ausführungen des Reichschatzsekretärs knüpfen, den nämlich, daß die harte Notwendigkeit uns nicht noch einmal eine Kriegskreditvorlage aufzwingt. Möge es inzwischen gelingen, einen für Deutschland

ehrenvollen und guten Frieden

zu erreichen, einen Frieden, der die Unversehrtheit des politischen Machtbereichs und die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes sicherstellt. Ich gründe diese Hoffnung auf die glänzenden Leistungen unserer tapferen Truppen. Die großen Erfolge im Westen, die gewaltigen Siege im Osten erfüllen uns mit Stolz und Bewunderung. (Lebhaftes Bravo!) Auch uns ist es ein Herzensbedürfnis, allen denen, die ihre Kraft, ihre Gesundheit, ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben, unseren heißen Dank auszusprechen. (Zustimmung.) Die Dankeschuld, welche die Nation ihren Kämpfern schuldet, kann natürlich nicht in bloßen Worten abgetragen werden. Die Männer, die da draußen ihr Leben für uns aufs Spiel setzen, sollen die Gewißheit haben, daß, wenn das harte Los des Todes sie trifft, für ihre Lieben in der Heimat ausreichend gesorgt ist. Und denen, welche an ihrer Gesundheit Schaden nehmen, deren Erwerbsfähigkeit durch Verstimmlung und dauernde Leiden geschwächt wird, soll die Fürsorge genommen sein, daß sie materiellem Genuß entgegengeben. Können die neuen Gesetze zur Regelung der Militärhinterbitten- und Invalidenfürsorge nicht schon während des Krieges fertiggestellt werden, so muß inzwischen in allen Fällen der Not

ausreichende Hilfe

ohne falsch angebrachte sozialistische Sparsamkeit schnellstmöglich gewährt werden. (Sehr richtig!) Ferner muß alles vermieden werden, was die Stimmung der Mannschaften herabdrückt, was ihren Willen zu höchster Pflichterfüllung schwächen kann. Immer wieder gelangen Klagen zu uns über schlechte Behandlung, namentlich bei der Ausbildung neuer Truppen in der Heimat und in den Stappen. (Sehr wahr!) Auch hinsichtlich der Ernährung macht sich bei den neu auszubildenden Truppen ein Mangel bemerkbar. Sie ist auf den Magen junger Leute von zwanzig Jahren zugeschnitten. Bei vielen der älteren Leute, die aus einer langemühten häuslichen Pflege kommen, bewirkt der Übergang zu der ungewohnten rauhen Kost oft schwere gesundheitliche Störungen. Hier sollte eine generelle Rücksichtnahme auf ältere Leute mit schwächerer Konstitution stattfinden. In einer Reihe von Orten sind die Verpflegungsgelder für Leute, die außerhalb der Kasernen wohnen, von 1,05 auf 0,60 M. herabgesetzt worden. Daß dafür eine zureichende Ernährung heute nicht beschafft werden kann, liegt auf der Hand. Durch eine solche falsch angebrachte Sparsamkeit wird die Leistungsfähigkeit der Betroffenen herabgedrückt. Weitere Klagen beziehen sich auf die Schwierigkeiten und ungleiche Berücksichtigung bei der Erteilung von Heimatsurlaub. Ich unterlasse es, auf diese Punkte näher einzugehen, das wird bei der Spezialberatung geschehen. Alle Quellen der Verstimmung und Verbitterung auf diesem Gebiete müssen mit aller Energie beseitigt werden. (Sehr richtig!)

Der oberste Gesichtspunkt, der uns bei allen kritischen Beurteilungen und positiven Anregungen hier wie in der Kommission leitet, ist das Bestreben, unser Volk zu tun, um die Widerstandskraft und den Willen aller Schichten des deutschen Volkes zum Ausdauern in diesem furchtbaren Ringen gegen eine Welt von Feinden zu stärken. Wir sind überzeugt, daß dabei auch Worte offener, und wenn nötig, scharfer Kritik nicht schaden, sondern nur nützen können. Nichts wäre verhängnisvoller, als den Kopf in den Sand zu stecken vor bestehenden Mängeln. Das Parlament kann sich der Aufgabe, die Klagen und Wünsche der Bevölkerung zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und auf Abhilfe zu dringen, um so weniger entziehen, als durch den

Belagerungszustand und die Zensur

die Aufdeckung und kritische Behandlung von Mängeln in einem Maße erschwert ist, das weit über das hinausgeht, was im Interesse der militärischen Sicherheit des Reiches zu rechtfertigen ist. (Sehr richtig!) Auch darüber werden wir in der Spezialberatung eingehender sprechen. Nicht minder bedeutungsvoll wie die Erhaltung unserer militärischen Widerstandskraft ist die Stärkung der wirtschaftlichen und seelischen Widerstandskraft der in der Heimat gebliebenen Bevölkerung. Die Versorgung der breiten Volksschichten mit ausreichender Nahrung ist nicht minder wichtig für die glückliche Durchführung des Krieges wie die Versorgung der Armee mit Munition. Und wie es der Heeresverwaltung gelungen ist, unsere Millionenheere vor Mangel an Munition zu schützen, so muß es der Zivilverwaltung gelingen, die Heimatbevölkerung vor Nahrungsmangel zu schützen. Gewiß hat die Reichsleitung mit redlichem Willen große Arbeit an die Lösung dieser Aufgabe gesetzt, aber eine befriedigende Lösung ist bis jetzt nicht gelungen. Die ergriffenen Maßnahmen waren unzureichend. Ich will mich jetzt darauf beschränken zu erklären, daß eine wesentliche Herabsetzung der Preise für die Nahrungsmittel

unbedingtes Erfordernis

ist. Das zu erreichen muß möglich sein, denn die Endergebnisse waren im allgemeinen gute, wir haben ausreichende Mengen von Lebensmitteln für das kommende Jahr im Lande. Mitin bedarf es nur der durchgreifenden organisatorischen Maßnahmen und eines rücksichtslos vorgehenden Willens, um die Seuche des Lebensmittelwuchers die allerorten greift, endlich auszurotten. (Sehr wahr!) Dem gewinnlosen Treiben derer, die glauben, sich am Hunger ihrer ärmsten Mitbürger bereichern zu dürfen, muß unbedingt Einhalt getan werden. Es muß den Schuldigen klargemacht werden, daß niemand das Recht hat, seinen Beutel mit Extraprofiten zu füllen, indessen Millionen und aber Millionen ihr Gut und Blut für die Gesamtheit opfern. Schärfste Verfolgung und Strafe ist da am Platze. (Zustimmung.) Ich schließe mich dem Worte des Staatssekretärs Dr. Delbrück in der Kommission an: Gewissenlosens Lebensmittelmuchern muß das Brandmal des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte aufgedrückt werden, denn ihr Handeln ist ein gemeines Verbrechen am eigenen Volke. (Sehr richtig!)

Ein zweiter Weg, der milderbemittelten Bevölkerung eine ausreichende Versorgung mit Nahrung und sonstigen Lebensnotwendigkeiten sicherzustellen, ist die

Erhöhung der Unterhaltungsgelder für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Geschichte dies nicht, dann werden die Sorgen und Entbehrungen für Millionen von Familien in dem nahenden Winter noch schlimmer. Hoffentlich findet sich die Regierung bereit, neben einer einmaligen größeren Summe zur Beschaffung notwendiger Winterkleidung, Heizmaterial und dergleichen den für Kriegsbedürftigen Familien auch eine Erhöhung der laufenden Beihilfe zu gewähren. Wenn so dafür gesorgt wird, daß die physische und seelische Widerstandskraft der Millionen die draußen dem feindlichen Ansturm Trotz bieten und der Millionen, die in der Heimat wirken und schaffen, damit das Ganze erhalten bleibt, gesichert wird, dann dürfen wir allem, was kommen mag, ruhig ins Auge sehen. So wenig, wie es den militärischen Anstrengungen der feindlichen Mächte gelingen soll, unsere Wehrmacht niederzuwerfen, so wenig werden sie mit ihren Ausbeutungs- und Erschöpfungsplänen durch Ausdehnung des Krieges zum Ziele gelangen. Wie in allen Dingen, so lebt auch im deutschen die Sehnsucht nach dem Tage, wo die Gloden den wiedergewonnenen Frieden künden. Es wäre schlimm, wenn die Menschheit bestünde, wenn es anders wäre. Die europäischen Völker bluten aus Millionen Wunden. Jeder Tag des Krieges bedeutet weitere furchtbare Zerstörung von Kulturwerten, neue schmerzliche Opfer an Leben und Lebensglück.

möglichst baldige Beendigung des blutigen Ringens

hinzutreten, muß jedem stillschweigend empfindenden Menschen als erste Pflicht erscheinen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich verweise darauf auch heute auf die Erklärungen, die seitens meiner Partei von dieser Stelle bei den früheren Tagungen abgegeben worden sind. Wir beharren auf den darin niedergelegten Grundrissen und ich wiederhole, was wir am 4. August d. J. gesagt haben:

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht Eroberungssucht hat Deutschland in diesen Kriegen geführt. Die gestrigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben dieses Wort des Kaisers mit neuem Beweismaterial belegt. **Eroberungssucht** darf diesen Krieg auch nicht unnötig verlängern. Leider sind die Gegner Deutschlands trotz ihrer schweren Niederlagen noch immer nicht zum Frieden geneigt. Im Gegenteil, ihre leitenden Staatsmänner und politischen Führer haben bis in die letzte Zeit hinein ihre Entschlossenheit bekräftigt, den Krieg fortzuführen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, bis zur Durchsetzung ihrer gegen uns und unsere Verbündeten proklamierten Eroberungsziele. Sie hoffen weitere neutrale Staaten für sich zu gewinnen und dadurch den um Deutschland gezogenen Ring noch lückenloser und mächtiger zu gestalten. Sie bezeichnen die Zeit als ihren großen Verbündeten und geben sich der Hoffnung hin, durch die lange Dauer des Krieges Deutschlands wirtschaftliche und militärische Kraft erschöpfen zu können. So bleibt uns denn, wollen wir unsere Gegner zum Frieden geneigt machen, nichts übrig, als sie zur Einsicht zu bringen, daß diese Hoffnung eitel ist. (Lebhafte Beifall.) Der Reichskanzler sagte gestern, dieser Krieg habe an den Tag gebracht, welcher Größe das deutsche Volk fähig sei, gekämpft auf die eigene sittliche Kraft, und er sagte hinzu: „Die Macht, die uns die Stärke gab, können wir nicht anders als im Sinne der Freiheit gebrauchen“. Er sagte das mit Bezug auf die Gestaltung der äußeren politischen Verhältnisse beim Friedensschluß und nach dem Kriege. Ich halte es für meine Pflicht hinzuzufügen, daß wir erwarten, daß dem deutschen Volke auch ein größeres Maß innerer politischer Freiheit gewährt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die neuen Wahlen, die bekräftigt werden sollen, müssen dem Ziele zuführen, das allein die volle Entfaltung der politischen und kulturellen Kräfte unseres Volkes verbürgt, nämlich zu dem Ziele der Gewährung gleicher staatsbürgerlicher Rechte in Gemeinde, Staat und Reich. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wer es vorher noch nicht wußte, der muß es in diesem Kriege erkannt haben, daß die Masse des deutschen Volkes an Tüchtigkeit, organisatorischem Geist und sozialem Pflichtgefühl so hoch steht, daß ihrer Forderung auf

volle politische Gleichberechtigung

Erfüllung nicht mehr verzagt werden darf. (Zustimmung.) Schaffung freier, höherer Rechts- und Kulturstände unseres Volkes und von Volk zu Volk — das muß das unerschütterliche Ziel einer Politik sein, die den höchsten Interessen unseres Volkes und der gesamten Menschheit dient. Im Dienst und im Kampfe für dieses Ziel werden wir auch diesmal den geforderten Krediten unsere Zustimmung geben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Wir stimmen der Rede des Reichskanzlers zu und billigen besonders seine bis zuletzt fortgesetzten Versuche, durch Verständigung mit England den Frieden zu erhalten. In dieser eminenten Kulturfrage hat England versagt. Durch seine Seerogative will es alle Völker, nicht nur unser, unterjochen. Redner spricht — auf der Tribüne schwer verständlich — über Italiens Neutralitätsbruch und die Versuche der Entente, den Balkan in Bewegung zu setzen. Deutschlands Stellung in der Welt müssen wir auf die Dauer sicherstellen, sie bedroht die Freiheit unseres Volkes. Für die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen muß ausreichend gesorgt werden; darin stimmen wir mit dem Abg. Dr. David überein. Unsere tapferen Truppen und ihren Führern, die von Erfolg zu Erfolg im Westen, von Sieg zu Sieg im Osten schreiten, gebührt der heiße Dank des Vaterlandes. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Vassermann (nack.):

Die Worte des Schatzsekretärs haben uns ein Bild von der finanziellen Stärke des Reiches gegeben. Wir alle wissen dem Reichsbankpräsidenten und der Finanzverwaltung Dank für ihre Leistungen, die Hoffnung der Feinde, daß die Finanzkraft Deutschlands sich erschöpfen wird, wird nicht in Erfüllung gehen. Wir hoffen, daß auch die neue Anleihe von Erfolg gekrönt sein wird und daß der Appell an die Opferwilligkeit des Volkes nicht vergeblich war. Der Reichskanzler hat uns gestern interessante Mitteilungen über die Entstehung des Krieges gemacht. Auch aus dem österreichischen Notbuch ergibt sich ganz unzweideutig die Friedensliebe der deutschen Regierung. Redner zitiert eine Stelle, Abg. Liebnecht ruft unter Gelächern der bürgerlichen Parteien: Das beweist gar nichts! Durch die heutige Erklärung des Abg. David wird die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion vom 4. August vor. J. S. bestätigt. Mögen wir auch in den Kriegsziele voneinander abweichen, einig ist unser Volk in dem Willen, durchzuhalten, bis ein starkes, unantastbares Deutschland und die Freiheit der Meere errungen ist. Die Sorge um die Ernährung unseres Volkes teilen wir, es wird darüber in den nächsten Tagen noch manches zu reden sein. Auf die Kriegsziele gehe ich nicht ein, aber der Friede muß uns Sicherheit gewährleisten, er darf nur diktiert sein von dem deutschen Nationalinteresse. Nach dem Kriege erwachen uns große Aufgaben, es wird eine neue Zeit anbrechen, kein Staatsmann und keine Partei wird sich der Pflicht entziehen können, an der Lösung dieser Aufgaben mitzuarbeiten. Diesen Dank sollen wir unserem herrlichen Heer und unserer starken Flotte. (Bravo!) Wir wissen, daß jeder einzelne Soldat sein Bestes hergibt, und mit Stolz nennt das Volk heute die Namen Hindenburg, Ludendorff, Feyerherz. Unser Kaiser war ein Friedenskaiser, der Krieg ist ihm aufgezwungen. Möge er zu Ende geführt werden in einer Weise, die dieses weltgeschichtlichen Ereignisses würdig ist. (Bravo!)

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Wir sind überzeugt, daß die neue Anleihe dieselbe Aufnahme finden wird wie die früheren. Wo Licht ist, da ist auch Schatten, neben dieser glänzenden Finanzlage zeigen sich auch unangenehme Erscheinungen. Mit Krieg ist nun einmal Teuerung verbunden, wir schieben die Schuld nicht allein auf die Produzenten, aber wir wollen den unbedürftigen antisozialen Forderungen steuern. Den Gemeinden müssen finanzielle Beihilfen zur Verfügung gestellt werden, um die Not des Krieges zu lindern. Wir sind gewiß, daß die Mittel dazu vorhanden sind. Wenn die Regierung dem Gedanken der Besteuerung der Kriegsgewinne nahe treten will, so findet sie unsere volle Unterstützung. Auch der Führung der Geschäfte, so weit sie sich auf die Anbahnung des künftigen Friedens beziehen, bringen wir volles Vertrauen entgegen. Die Kredite bewilligen wir ohne Einschränkung in der Zukunft, daß wir dadurch am besten dem Frieden dienen und daß unseren Feinden auf Menschenalter hinaus die Lust vergehen wird, uns noch einmal anzugreifen. Wir wollen hoffen, daß der Krieg auch dazu beiträgt, das Vertrauen untereinander zu stärken und daß auf diesem Vertrauen innere politische Freiheit erblüht. (Bravo! links.)

Abg. Dertel (l.):

Dem Dank an Heer und Flotte schließen wir uns an; wer die Geschichte kennt, der weiß, daß ein solches Ringen noch niemals da war. Die Heldenlieder der früher müssen verstummen angesichts der Taten, die heute draußen vollbracht werden. Dank gebührt auch unseren Schütztruppen, die draußen auf verlorenem Posten kämpfen. (Bravo!) Das Schicksal unserer Schützgebiete wird nicht an Ort und Stelle, sondern wo anders entschieden. Die Bewilligung des Kredits halten wir für selbstverständlich. Die gestrige knappe, geschlossene Darstellung des Kanzlers muß jeden, der Sinn für Wahrheit hat, davon überzeugen, wer Schuld an dem Kriege hat. Allerdings, wer nicht

sehen will, wer uns weiter verleunden will, dem ist nicht zu helfen. Dem Urteil der Geschichte können wir mit Ruhe entgegensehen. Die Einkreisungspolitik Englands hat den Krieg planmäßig vorbereitet; das beweisen namentlich die Aktenstücke aus belgischen Archiven, die überall verbreitet werden sollten. Der Kanzler hat alles getan, um den Krieg zu verhindern. Wir haben schon vor Jahren an dieser Stelle gesagt, wir trauen dem englischen Vetter nicht, wir fürchteten, daß jeder Verständigungsversuch auf unsere Kosten erfolgen würde. Die mangelnde Wahrheitsliebe Sir Edward Greys ist gestern vom Kanzler in das richtige Licht gerückt. England und Rußland müssen gleich bewertet werden, sie sind beide gleich schuld und beide bedeuten für uns eine große Gefahr. (Sehr richtig!) Die Versicherungen des Kanzlers über die besetzten polnischen Landesteile waren kurz. Meine Freunde müssen sich ihnen gegenüber einen Vorbehalt machen. Keinen Vorbehalt aber machen wir uns gegenüber seinen Schlussworten. Wir brauchen reale Garantien. Wenn der Kanzler nach wie vor bestrebt ist, auf diese realen Garantien mit voller Kraft hinzuwirken, dann hat er das ganze Volk hinter sich. Die heutige Zeit ist von einer wichtigen, markigen Größe. Nur wenn der Siegespreis der Größe des Kampfes entspricht, werden unsere Entel dermaleinst sagen können, wir haben uns der Größe der Zeit gewachsen gezeigt. Die scharfen Worte gegen den Lebensmittelwucher sind uns ganz aus dem Herzen gesprochen, wir haben ja selbst Anträge zur Verbilligung der Lebensmittel gestellt. Aber das allein genügt nicht, wir müssen dem Volke auch die seelische Kraft erhalten, deren Wurzeln im Gottesglauben liegen. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Wir wissen, daß der Krieg eine Fügung des Himmels ist, und dieser Glaube hält uns aufrecht. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf:

Ich danke den Vorrednern für die anerkennenden Worte, die sie unseren Kolonisten gewidmet haben. Unsere Kolonisten sind lange genug draußen, um zu wissen, aus welchen Arsenalen Großbritannien sich die Waffen genommen hat, um uns unsere Kolonien zu nehmen. Sie wußten, daß sie auf den Schatz unserer Flotte nicht rechnen konnten und daß sie angewiesen waren auf sich selbst und die kleine Hölle der Schütztruppen. Alle Kolonisten und Soldaten haben sich tapfer und todesmutig für die deutsche Sache geschlagen. (Lebhafte allseitige Beifall.) Der Fall von Südwestafrika, dieser großen und aus Herz gewachsenen Kolonie, war der schwerste Schlag, der die deutsche Kolonialverwaltung bisher getroffen hat. Aber wir harren aus in der Überzeugung, daß das Schicksal unserer Kolonien nicht auf den Schlachtfeldern in Afrika, sondern hier in Europa entschieden wird. Allerdings ist dieser Hinweis auf die Zukunft nur ein schwacher Trost für die unglücklichen Leiden, die ein Teil unserer Landsleute in dem mörderischen Klima der Kolonie Dalomey und auf den Transporten nach Europa erlitten hat und noch erleidet. Die unwürdige Behandlung der Weissen in Gegenwart der Farbigen, die Mobilisierung der schwarzen Rasse gegen die weiße Rasse ist ein Schandfleck, den England nie wieder los wird. (Eifernde Zustimmung.) England, die große Kolonialmacht, die als Herrscherin von Millionen von farbigen Untertanen als Leitfaden seiner Verwaltung den Satz vom Prestige des weißen Mannes aufgestellt hat, wird noch am eigenen Leibe verspüren, was es heißt, die eigene Rasse zu beschimpfen, zu beschuldigen und buchstäblich mit Füßen zu treten. Wir wollen uns durch diesen Schlag nicht abspreden lassen, unsere Kolonialpolitik auf der bisherigen Bahn weiter zu verfolgen und den letzten harten Schlag wollen wir mit dem festen Entschluß beantworten, daß wir weiter gehen werden auf der von uns als richtig erkannten Bahn. (Lebhafte allseitige Beifall.)

Abg. Dr. Seyda (Pole):

Wir finden in den gestrigen Worten des Reichskanzlers die Befestigung der stets von uns vertretenen Anschauung, daß die Freiheit des polnischen Volkes mit dem Wohl des deutschen Volkes nicht in Widerspruch steht. Es ist nicht an der Zeit, im gegenwärtigen Augenblick all das Unrecht, das im Laufe der Zeit dem polnischen Volke zugefügt worden ist, zu erörtern. Wir hegen die feste Überzeugung, daß der gegenwärtige Krieg eine derartige Regelung der politischen Verhältnisse für die polnische Nation bringen wird, daß die freihetliche Entwicklung ihres nationalen Lebens für die Zukunft gesichert sein wird. (Beifall.)

Abg. Schult-Bromberg (Rp.):

Wir teilen den Standpunkt des Kanzlers in der Polenfrage; mehr konnte er nicht sagen, wenn er nicht Versprechungen machen wollte, die er nicht halten könnte. In Rußland ist es anders, dort wachsen die Versprechungen im umgekehrten Verhältnis, wie die Russen sich von Polen entfernen. Die unerhörten Anstrengungen von Heer und Volk erfordern einen Frieden, der der Opfer wert ist. (Bravo!)

Hiermit schließt die Debatte.

Die Einzelabstimmungen zweiter Lesung erfolgen von den Anwesenden einstimmig. (Ein großer Teil der Abgeordneten war bei diesen überausgehenden Abstimmungen nicht im Saal.) Auf Antrag des Abg. Spahn erfolgt sofort die dritte Lesung. Eine Debatte findet nicht mehr statt. Der Etat wird gegen die Stimme des Abg. Liebnecht, der inzwischen den Saal betreten hat, auch in dritter Lesung angenommen (ein Teil der Sozialdemokraten hatte den Saal verlassen).

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Abänderung des Reichsvereinsgesetzes.

Die achte Kommission des Reichstages, der im März die von der Budgetkommission gefassten Beschlüsse auf Aufhebung des Sprachen- und des Jugendlischen-Paragrafen des Vereinsgesetzes

zur Beratung überwiesen worden sind, trat am Freitag erstmals zusammen.

Unsere Genossen stellten den Antrag, daß die Kommission auch Bestimmungen beschließen möge, die den Begriff des politischen Vereins ändern und die Gewerkschaften und die Sport- und sonstigen unpolitischen Vereine der Arbeiter gegen polizeiliche und gerichtliche Verfolgungen sichern sollen.

Namens der verbündeten Regierungen erklärte Ministerialdirektor Lewald, die Jugendlischen- und die Sprachenfrage hätten eine solche eminente politische Bedeutung und seien Gegenstände so leidenschaftlicher Kämpfe gewesen, die sich bei der erneuten Entscheidung dieser Fragen wiederholen würden, daß die Regierungen in der gegenwärtigen Zeit zu diesen Dingen weder nach der positiven, noch nach der negativen Seite hin Stellung nehmen können. Der Redner fuhr fort: Anders verhält es sich mit der Rechtsstellung der Gewerkschaften im Rahmen des Vereinsgesetzes, da die hier ausgesprochenen Wünsche nur die Sicherung eines Rechtszustandes erstreben, den die gesetzgebenden Faktoren bei Erlass des Gesetzes im Auge gehabt haben. Die Reichsleitung hat stets — auch bei der Beratung des Entwurfs zum Vereinsgesetz — den Standpunkt vertreten, daß ein Berufsverein, der sich in den Grenzen der ihm durch § 152 der Gewerbeordnung gestellten Aufgaben hält, kein politischer Verein ist. Dieser Auffassung hat nach kürzlich der Herr Stellvertreter des Reichskanzlers Ausdruck gegeben mit dem Hinzufügen, daß Berufsvereine wohl auch dann nicht als politische Vereine anzusehen sind, wenn sie sich bei etwaigen politischen Erörterungen auf die gesetzgeberischen Angelegenheiten beschränken, die mit ihrem Geschäftsbereich nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung in unmittelbarem Zusammenhange stehen. Mit dieser Stellungnahme hat sich, wie zugegeben, die Praxis der Verwaltungsbehörden und die Rechtsprechung nicht immer im Einklang befunden. Die Reichsleitung ist deshalb bereits in eine Prüfung der Frage eingetreten, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein werden, um den Gewerkschaften, entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, auf dem Gebiete des Vereinswesens die nötige Freiheit zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen zu sichern, zumal die Gewerkschaften sich vom Beginn des Krieges an in uneigennützig und aufopfernder Weise in den Dienst der Aufgaben gestellt haben, die das Wohl des Vaterlandes, seine äußere und innere Wehrhaftmachung erheischt. Wenn dem Reichstag eine entsprechende Vorlage gemacht werden kann, läßt sich indessen zurzeit noch nicht übersehen.

Die Abg. Dr. Dertel, Müller-Meinigen und Obkircher wünschten, daß sich die Kommission auf eine allgemeine Erörterung der Beschwerden beschränken solle, zu denen das Vereinsgesetz und seine Handhabung Anlaß gegeben habe. Dem traten unsere Genossen Heine, Landsberg und Legien entgegen. Gegenüber dem Schredgespenst einer möglichen Gefährdung des Burgfriedens machte Genosse Heine geltend, daß der Burgfrieden, solange namentlich der Sprachenparagraf bestesse, eine Unwahrscheinlichkeit sei. Genosse Landsberg führte aus, wenn die Regierungen die Duldung der Gewerkschaften während des Krieges als einen Grund für ihre Vereinerung von vereinsrechtlichen Fesseln anföhre, müßten sie sich auch mit der Aufhebung derjenigen Bestimmungen des Vereinsgesetzes einverstanden erklären, die ausnahmsweise Charakter hätten, denn auch diejenigen Schichten der Bevölkerung, die von jenen Bestimmungen bedrückt würden, hätten ihre Pflicht gegen unser Land erfüllt. In einer Zeit wie der jetzigen, dürften Ausnahmegesetze nicht einen Augenblick mehr bestehen bleiben.

Die Kommission beschloß, sich nicht auf eine allgemeine Aussprache zu beschränken, sondern in eine Beratung der sämtlichen ihr vorliegenden Anträge einzutreten.

Nach längerer Beratung wurde mit allen gegen eine konervative Stimme der erste Antrag unserer Genossen auf Änderung des Begriffes des politischen Vereins angenommen. Während nach § 3 des bestehenden Vereinsgesetzes jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, den für politische Vereine geltenden Beschränkungen unterliegt, ganz gleich, worin die Einwirkung besteht, sollen fortan als politisch nur solche Vereine gelten, die bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Diese Abänderung stellt eine Verbesserung dar, namentlich in Verbindung mit einem ferneren Antrag unserer Genossen auf einen besonderen Schutz der Berufsvereine, dem alle Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, grundsätzlich zustimmten. Abgelehnt wurde der Antrag unserer Genossen, die politischen Vereine von der Pflicht zur Einreichung der Satzung und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder zu befreien. Dafür stimmten acht Abgeordnete (unsere sieben Genossen und der Pole), dagegen 11 Abgeordnete (alle anderen Parteien). Nächste Sitzung Sonnabend 9 1/2 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Ablerhof. Sonntag, den 22. August, findet eine Partee nach Königs-Bauserhausen und Umgebung statt. Treffpunkt 7 Uhr im Jugendheim. Freunde und Gönner der Jugendbewegung sind freundlichst eingeladen.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 22. August, vormittags 9 Uhr, Vöppelallee 15-17; Neufölln, „Idealpostage“; Tegel, Bohnhofstraße 15, und Ober-Schöneweide, Klarstr. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag des Herrn H. Fischer: „Kultur und Barbarei“. Damen und Herren als Gäste willkommen.

Arbeiter-Zamariterbund, Kolonne Groh-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche: 1. Abteilung: Montag, den 23. August, Köpender Straße 62. — Mitgliederversammlung (Vortrag Dr. Rolles): Mittwoch, den 25. August, abends 9 Uhr, Köpender Straße 62. — Kreis Brandenburg, Essenliche Lesung Sonntag, den 22. August, nachmittags 2 Uhr, auf dem Spielplatz im Treptower Park.

Brauereien W. Adeling & A. Hoffmann Akt.-Ges. Potsdam Eig. Niederlag. Berlin SW. Tempelhofer Ufer 15, Brand- enburg a. H., Wilhelm- dorferstraße 72. Spezial-Bier-Bürgerbräu. Brauerei W. Senst A. G. Potsdam Feinste Qualitätsbier. Eig. Brau. Park u. Langer Drogerie Severin, Wilmersdorf Königsplatz 11, 4. u. 5. Hofstr. 4/5	Erscheint wöchentlich einmal. Bezugsquellen-Verzeichnis :: Berlin-Westen :: Kaffee-Vorsand Gerold Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung Berlin, Lützowstr. 84. Verlangen Sie Preisliste.	Uhren und Goldwaren Fr. Triest, Goltzkowskystr. 7. Weine, Fruchtsäfte, Liköre E. & M. Leydicke Mansteinstr. 4. Wirtschaften und Etablissements Spandauerberg- Brauerei Bock & Zibbe Sommer- u. Winterlokale H. Biere und Speisen P. Elie A. Stegmeyer.	Unternehmende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen. Charlottenbg. Mehndl, Kolow. Wilmersd. Str. 40/41. U. Grätz Schuhw.-Lag. Rep- bill, Scharrerstr. 8. Gebr. Grentsch, Kolow. Wilm.-Bust.-Hofstr. 13. Lohmann, Kass. Feinbäck. Ver- sch. Backwaren 447, Wils 1477. A. Lieg, Seifan u. Haus-Alt Sophie-Charlotten-Str. 89 Waria, Friseur H. Stawenow, Gardes du Corps 10.	Nowawes E. Delock Friedrich- Kirchplatz 1 Wäsche, Schürz., Trikots, Weiß- und Wollwaren. A. Kieper Friedrichstr. 28 Damen-, Kinder-Konfektion Robert Spörl, Kirchstr. 4, Berren- str. 12/14, Fichelsdorferstr. 12.
Fleisch- und Wurstwaren W. Ball Fleisch- u. Wurstw. Potsdam Georg Dabelow Potsdam P. Seyfert, Großgörsch.-Str. 3 W. Steuer, Alt-Moabit 112. Gelogenheitskäufe Hr. Flatauer, Alt-Moabit 110.	Kolonialwaren Ernst Kollow Wilmers- havener Str. 46 Walth. Seidel & Co. Leussak- Str. 26. Molkereien Nord-West Milchwirtschaft Bredowstr. 36. Joghurt Spezial-Geschäft. Zahnteiler Scharmacher Schöneberg, Hauptstr. 119 Eck, Tempelhofer	Wirtschaften und Etablissements Spandauerberg- Brauerei Bock & Zibbe Sommer- u. Winterlokale H. Biere und Speisen P. Elie A. Stegmeyer. Lankwitz Kaufhaus Max Schlesinger Kaiser-Wilhelm-Str. 24 u. Kaiser-Str. 7.	Max Schröder Blecker u. Konditor, Tel. 674 Hauptg.: Mommsenstr. 59 Fil.: Birkbuscherstr. 15. O. Scheer Herrn-Aussatz Schloßstraße 19.	Spandau Paul Gaeger Mahl und Kolonialw. Breitestr. 57, Schönwalder- str. 12/14, Fichelsdorferstr. 12. Haus- und Küchengeräte Hermann Finck Eisenwar., Schönwalderstr. 27. Alfred Bartels, Breitestr. 28 Schirme, Leder-, Drechslerw. Cerm.-Drog. A. Sielcan Fichelsdorferstr. 91. A. Markgraf, Breitenstr. 11 Jägerstr. Lang. Gls. Parzell. Ring Butter, Kolonialw. Aug. Pietzka Klosterstr. 92. Goldschmiedeamt Markt 10, Gegr. 1800.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 21 der „Neuen Zeit“ vom 20. August 1915 hat folgenden Inhalt: Sigmund Rastl: Zur Frage eines deutsch-österreichisch-ungarischen Föderalismus. — Hr. Wehring: Kriegsgeschichtliche Probleme. — Eduard David: Ein Nachwort. — S. Radtansky: Das Königreich Polen am Vorabend des Krieges. (Schluß). — Literarische Rundschau: Dr. Alfred Döblin, Englands Welt Herrschaft und der Krieg. — Bilder aus der Reichstagsfraktion. I. Die Mitte. Von einem allen Parlamentarier. Der Verfasser macht den Versuch, der sozialdemokratischen Klasse einen Einblick in die Zusammenfassung, die Beratungen und die Entwicklung unserer Fraktion zu gewähren. Der in der Reichstagsfraktion eingenommene Standpunkt ist der der Mitte; die Partei soll weder in der revolutionären Ueberlieferung stehen bleiben noch in sozialreformistischer bürgerlicher Reformen geraten, sondern als sozialistische Arbeiterpartei tätig sein. Vom Verlag der Internationalen Korrespondenz (IK), Berlin-Karlshorst, sowie von der Buchhandlung der „Vremter Bürgerzeitung“ zu beziehen. Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.

Belgische Neutralität und schweizerische Neutralität. Von C. Blocher. 50 Hb. Verlag der „Stimmen im Sturm“, Jülich. Die Front. Nr. 22. Kriegsanzeige von „Licht und Schatten“. 20 Pf. Selbstverlag, Berlin W 9. Sozialistische Monatshefte. Heft 16. Herausgeber Dr. J. Bloch. 14 Tage ein Heft. 50 Pf. — Selbstverlag, Berlin W 35. Kind der Wapke eines Kriegsberichterstatters. Von J. Hirsch. 1. Bd. Kart. 1 M. Hesse u. Peder, Leipzig. Der nordische Knoten. Von M. H. Schiff-Drost. 1 M. G. Stille, Berlin NW 7. Im Kaiserlichen Hauptquartier. Von P. Schoder, Kriegsberichterstatter. 2. Bd. 2. Kart. 2,50 M. Hesse u. Peder, Leipzig. Eduards unzeitige Erben. Von R. Loeb. 1,50 M. Haas u. Grabherr, Magdeburg. Von Dante zu D'Annunzio. Von C. Friedell. 1 M. L. Rodner u. C. H. Stern, Wien und Leipzig. Soziale Fürsorge für Kriegervollwunden und Kriegervaisen. Stenographischer Bericht der deutschen Tagung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 5,60 M. Dunder u. Humblot, München und Leipzig.

Internationale Verbindung der Gewerkschaften. Von H. Braun. (Separatdruck aus Bd. 39, Heft 3 des Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol.) J. C. H. Mohr, Tübingen. Nachblatt für Holzarbeiter. Augustheft. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Erscheint am 15. jeden Monats. Viertelj. 1,20 M. Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO. 16. Kriegswochenhilfe. Bd. 2. Kommentar zu den Befehlsmächtigungen des Bundesrats. Von Regierungsrat J. Straube. 1,50 M., geb. 2 M. J. C. H. Mohr, Stuttgart. Kriegsgelalten und Todesurteile. Von A. (Tosha) Schneider. Geb. 5 M. Breitkopf u. Härtel, Leipzig. Die Hühnerlinge. Von einer Reise durch Holland hinter der belgischen Front von R. Jacques. Geb. 1 M. — Christophliche Kriegshilfe. Nr. 1: Die August- und Septembertage 1914. Auf Grund amtlicher und privater Berichte herausgegeben von A. Braumann. Brosch. 1 M. G. Fischer, Berlin, Dönhofsstr. 90. Belgien und die große Politik der Neuzeit. Von Dr. Zeit. 50 Pf. — Die weltpolitische Bedeutung Galiziens. Von Dr. St. Tomaszewski. 75 Pf. J. C. H. Braumann u. G. H. München. Das Ziel der Erziehung vom Standpunkt der Sozialpädagogik. Von H. Seibel. 80 Pf. Art. Institut Drell Köhler, Jülich.

Zuviel Steuern?

Die Steuererschöpfungen gehen den Steuerzahlern in den nächsten Wochen zu. Auskunft gibt über die Höhe der zu zahlenden Steuern, über die abzugberechtigten Ausgaben und alle anderen wissenswerten Fragen auf diesem Gebiet das Buchlein „Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz“ Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister. Vierte Auflage. Preis 40 Pfg. Zu haben in allen Vorwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 3.

DRUCK ARBEITEN in guter Ausführung VORWÄRTS Buchdruckerei und Verlag SW.68 Lindenstraße 3

Liebesgaben. Inserate versprechen Erfolg im Vorwärts. Hauptexpedition Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Bäcker- u. Konditorien: Zerpenschleuser Landbrot v. M. Kohler, Amt Weib. 100 best. u. nahrhaftigst. Brot. Otto Brandt, Universitätsstr. 30. Georg Sy, Franseckstr. 37. A. Weiner, Kneipendammstr. 1-3. Bierbrauereien: Jungbierbrauerei, Silesienstr. 74. Drogen, Farben: Beckendorfer, Silesienstr. 13. Otto Hirschke, Parf., Silesienstr. 1. A. Riedel, F. Buchhorn Nachf., Reineckendorfer Str. 20. C. Schüller, Antonstr. 25. Cigarettenhdlg., Tabak: Bruno Voigt, Tietzstr. 7, Ecke Novallstr.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden. Arbeiter-Berufsbildung „Vorwärts“ Arbeiter-Schulung. Fleisch- u. Würstwaren: R. Drelich, Martin Opitzstr. 2. Gutschmanns Centr., Nr. 152. Wilhelm Jahn, Ackerstr. 157. F. Jorjy Ww., Silesienstr. 27. Otto Krause, Kaiser Wilhelmstr. 44. Willi Röder, Schönwalderstr. 18. H. Zieme, Müllersstr. 24b.

Kaffee-Vers. Gerold. Bei gemeinsamen Bezug Preisermässigung. Berlin, Lützowstr. 94. Kolonialwar. M. Saegbarth, Silesienstr. 134. W. Th. Thomas, Mohlenhandlung. J. John Nachf. C. Sechra, Lorenzstr. 9. Zahnateliers: Wohlfeil, Silesienstr. 61.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Vorwärts-Bibliothek. Jeder Band 1 Mark. Erweckt Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger. Der Ausweg Eine Erzählung von E. Freygang. Das Land der Zukunft. Versprochenes Volk. Der Prinzipienreiter. In den Tod getrieben. Der Pariser Garten. Mutter. Der Morgen graut. 1000 Mark Belohnung. Die Heiterkeit. Vom Waisenhaus. Fabrik. Der Gotteslästerer. Die Marktenderin. Kriegsfahrten durch Belgien u. Nordfrankreich. Kriegsberichte aus Ostpreußen u. Rußland 1914.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Jedes Heft 20 Pfg.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert S. a. n. i. s. h. W. d. r. 174, am Koppenplatz. Wahlkreis: S. und SW: Gustav Schmidt, Wilmersd. 42. Wahlkreis: E. l. r. i. s. W. g. n. s. t. r. 31, Post rechts part. Wahlkreis: D. n. e. n.: Robert Engels, Markstr. 36. Wahlkreis: E. d. o. k. e. n.: Paul Böhm, Faustplatz 14/15. Wahlkreis: S. a. l. o. m. o. n.: Salomon Seledt, Wilhelmshavenstr. 48. Wedding: A. D. o. n. i. s. h. W. ä. l. l. e. r. 34a, Ecke Ullrichstr. Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: H. Bolgast, Poststr. 8. Gesundbrunnen: S. i. j. e. r., Poststr. 6. Schönhauser Vorstadt: Karl Kard, Greifenhagener Str. 22. Adlershof: Karl Schmarzlo, Wilmersd. 28. Alt-Glienicker, Falkenberg: Wilhelm D. a. r. t. e. R. ö. p. e. n. d. e. r. 6. Baumshuldenweg: G. D. o. r. n. i. g., Kienbaumstr. 13. Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow, Schönbrück und Buch: Emma D. r. o. s. e., Mühlent. 8. Bohnsdorf: Paul G. e. n. i. s. h., Bohnsdorf, Gensowenhaldehaus. Charlottenburg: Gustav S. c. h. a. r. n. b. e. r. g., Selenheimer Str. 1.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden gefl. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71 ♦ BERLIN N ♦ Chausseestr. 70-71

- Markttaschen . 95 Pt.
- Damentaschen . 95 Pt.
- Aktenmappen . 95 Pt.
- Kollegmappen . 95 Pt.
- Frühstückstaschen für Kinder 95 Pt.
- Portemonnaie für Damen und Herren 95 Pt.
- Frühstückstaschen für Damen 95 Pt.
- Kochbücher 95 Pt.
- Kriegs-Jugend-schriften 95 Pt.

- Spiegel im versch. Letzten . 95 Pt.
- Panele oder Konsole . 95 Pt.
- Haussegen 95 Pt.
- Kleiderriegel . 95 Pt.
- Tische, Hocker od. Ständer . 95 Pt.
- Nähkästen 95 Pt.
- Zigarrenschrk. 95 Pt.
- Bürstentaschen 95 Pt.

Besteck-tasche
für 1 Dts. Paar
95
Pt.

Decke
braun Rippe,
vorgeseichnet
95
Pt.

Küchen-tischdecke
vorgeseichnet
95
Pt.

Küchen-handtuch
vorgeseichnet
95
Pt.

Kissen
aus Satin
95
Pt.

1 Flasche Bayrum
95
Pt.

1 Flasche Mundwasser
95
Pt.

1 Flasche flüss. Teerseife
95
Pt.

1 Zahnbürstenstand, 2 Zahnbürsten
95
Pt.

Eine Frisur
aus echt. Haar
95
Pt.

- Taschentücher gebrauchsf. f. Herr. u. Dam. 95 Pt.
- imit. Madairatücher 3 Stück 95 Pt.
- Taschentücher gebrauchsf. m. Buchstab. weiss u. buntkantig, 1/2 Dutzend 95 Pt.
- Taschentücher f. Herren, Batist, buntkantig, 1/2 Dutzend 95 Pt.
- Taschentücher mit Buchstaben 1/2 Dutzend 95 Pt.
- Taschentücher f. Milit., buntkantig 1/2 Dts. 95 Pt.
- Taschentücher f. Kind., bunte Kante, Dutz. 95 Pt.
- Taschentücher f. Dam., weiss Sat., m. Stichsaum 10 Stück 95 Pt.
- Taschentücher f. Herren u. Dam., Batist, buntkantig 1/2 Dutzend 95 Pt.
- Taschentücher Linoe . Dts. 95 Pt.

- Handschuhe f. Damen, Glasé, conl., schwarz und weiss 2 Paar 95 Pt.
- Handschuhe f. Konfirmand., reine Seide, mit 2 Druckknöpfen 2 Paar 95 Pt.
- Handschuhe f. Dam., Schweden-Nachahm., in allen modernen Farben, Paar 95 Pt.
- Handschuhe f. Dam., Trikot, mit Druckverschluss 2 Paar 95 Pt.
- Handschuhe für Damen, Zwirn . 3 Paar 95 Pt.
- Milit.-Handschuhe feldgrün Paar 95 Pt.
- Militär-Handschuhe weiss 2 Paar 95 Pt.

- 12 weisse Speiseteller . . . 95 Pt.
- 4 bunte Vorratstonnen . . . 95 Pt.
- 2 bunte Mesten für Salz u. Mehl 95 Pt.
- 1 Satz Salatschüsseln 7 Stk. 95 Pt.
- 1 Waschservice bunt, 8 Teile 95 Pt.

- 1 Rosshaarbesen 95 Pt.
- 1 Kleiderbürste 95 Pt.
- 1 Handtuchhalter 95 Pt.
- 1 Küchenkonsol 95 Pt.
- 1 Fussbank Hartholz 95 Pt.
- 1 Putz- und 1 Wichskasten . . . 95 Pt.
- 1 Toilettespiegel m. Kammkasten 95 Pt.
- 1 kompl. Quirlgarnitur 95 Pt.
- 1 Gewürzschrank mit 6 Tönnchen 95 Pt.
- 1 Frucht- od. Kartoffelpresse 95 Pt.
- 1 Leibwärmer 95 Pt.
- 1 Königskuchenform u. 1 Speiseform 95 Pt.
- 2 Pr. Solinger Bestecke 95 Pt.
- 1 Garderobenleiste mit 5 Haken 95 Pt.
- 1 Wandbrett mit 1 Hut- u. 1 Kleiderbürste 95 Pt.
- 4 Scheuertücher 95 Pt.
- 12 Pakete Blitzblank 95 Pt.
- 1 Müllschaufel Emaille, u. 1 Rosenhaarhandfeger 95 Pt.
- 1 Eierschrank u. 1 Küchenkonsol 95 Pt.

- 1 Rasiergarnitur vernickelt, mit Spiegel u. Pinsel 95 Pt.
- 1 Rasierapparat verchromt, mit 2 Kling., im Etui 95 Pt.
- 15 Rasierklingen 95 Pt.

- 2 Vorratstonnen Gold oder Delft dekor. 95 Pt.
- 2 Essig- u. Oelflaschen Gold oder Delft dek. 95 Pt.
- 1 Salz- od. Mehlmeste Gold oder Delft dek. 95 Pt.
- 1 Satz Milchtöpfe 6 Stück, Gold oder Delft dek. 95 Pt.
- 1 Satz Gewürztonnen 6 Stk., Gold u. Delft dek. 95 Pt.
- 1 Kaffeeservice für 6 Personen, Golddekor. 95 Pt.
- 1 Obstservice Golddekor., 7 Teile 95 Pt.
- 2 Paar Chinatassen febl dekor. . . 95 Pt.
- 1 Kaffeeservice für 2 Personen . 95 Pt.
- 4 Speiseteller mit blauer Kante . 95 Pt.
- 4 Mittelteller mit blauer Kante . 95 Pt.
- 6 Kompotteller mit blauer Kante 95 Pt.
- 1 Sauciere mit blauer Kante . . . 95 Pt.
- 1 Kompottnapf mit blauer Kante 95 Pt.
- 1 Kaffeekeanne, 1 Milchtopf, 1 Zuckerdose modern dekor. } 95 Pt.
- 6 Paar Tassen dazu passend . . . 95 Pt.
- 6 Kaffeebecher fein dekoriert . . . 95 Pt.
- 5 Paar Tassen mit Goldrand 95 Pt.
- 4 Paar Tassen mit bunter Kante . 95 Pt.

- 3 Hängegasstrümpfe 95 Pt.
- 2 Stehgasstrümpfe und 8 Gaszylinder 95 Pt.
- 1 Küchenlampe mit Randbrenner 95 Pt.

- 1 Mülleimer mit Schrott 95 Pt.
- 1 Toiletteimer m. Etagelage 95 Pt.
- 1 Konsole für Sand, Seife u. Soda 95 Pt.
- 1 gr. Schmortopf mit od. ohne Ring 95 Pt.
- 1 Petroleum-Kanne 95 Pt.
- 1 grosse Wasserkanne 95 Pt.
- 1 Wasserkanne und 1 Waschschüssel 95 Pt.
- 1 Waschständer 95 Pt.

- Pantoffel für Damen, L. schön, Farben 2 Paar 95 Pt.
- Plüsch-Pantoffel für Damen u. Herren mit Linoledermohle 2 Paar 95 Pt.
- Damen-Hausschuhe verschied. Ausführungen 2 Paar 95 Pt.
- Kinder-Hausschuhe schöne Muster, Größen 24-25 2 Paar 95 Pt.
- Damen - Segeltuchschuhe gepolstert 2 Paar 95 Pt.
- Schuh-Leisten für Damen u. Herren 2 Paar 95 Pt.
- Gummiabsätze 2 Paar 95 Pt.

- Patriotische Glasvasen 2 Stück 95 Pt.
- Spiegel mit Nickelrand 95 Pt.
- Familien-Rahmen 95 Pt.
- Postkarten-Rahmen 3 Stck. 95 Pt.
- Kabinett-Rahmen . . 2 Stck. 95 Pt.

Steins 95 - Pf.-Tage

4 Ess-Servietten
95
Pt.

4 Wachs-tuch-Lätzchen
95
Pt.

1 Karton Leinenpapier
50 Bog., 50 Kuv.
95
Pt.

Lebende Ziervogel
95
Pt.

3 Paar Fußlappen
95
Pt.

- Damen-Westen a. Glasbatist gestickter Ecke, mit Stair-, Umlege- oder Faltenkragen . . . 95 Pt.
- Falten-Garnituren a. Batist, in rund u. Matrosenform, reich verziert 95 Pt.
- Stuart-Rüschen aus Spitzen oder Glasbatist, f. Jacken u. Blus. gezeig. 95 Pt.
- Faltenkragen a. Opal u. Batist mit Klappe, in weiss und schwarz, reich mit Spitzen u. Einsätzen garniert 95 Pt.
- Tüll-Rüschen m. Handgarnitur, in weiss und schwarz, sehr kleidsam . . 95 Pt.

- Damen-Untertailen Vorder-schluss u. amerik., m. reich. Stck. gorn. Hemden 95 Pt.
- Knaben- u. Mädch.-Hemden 95 Pt.
- Mädchen-Beinkleider Paar 95 Pt.
- Erstlingshemden . 4 Stück 95 Pt.
- Wickelbänder 3 Stück 95 Pt.
- Kinderlätzchen m. Stickerol u. Spitze, 4St. 95 Pt.

- Schotten u. Karo für Blusen u. Kinderkleider 95 Pt.
- Blusenflanelle mod. Stoffen in guter Qualität 95 Pt.
- Blusenstoffe in Streifen und Karo, in vielen Farben 95 Pt.
- Hauskleiderstoffe Herren-geschmack, dopp. breit, Meter pass. f. Kostüme u. Röcke, doppelt breit 95 Pt.
- Einfarbige Stoffe dopp. breit, Meter 95 Pt.
- Velour-Barchent Abschnitt 95 Pt.
- Reine Seide 95 Pt.

- Kissen vorgeseichnet, Stück 95 Pt.
- Stuben-Handtuch vorgeseichnet 95 Pt.
- Läufer braun Rippe, vorgeseichnet 95 Pt.
- Waschtischgarnitur Steilig vorges. 95 Pt.
- Quadrate 6 Stück 95 Pt.
- Tablettdecken vorgeseichnet 3 Stück 95 Pt.

- Preussen-Kittel 45-55cm lg., Lechön. Farb., reis. verarb. 95 Pt.
- Hemdblusen in dunklen Waschstoffen, gestreift 95 Pt.

- Seidenband ca. 11 cm breit, i. vielen Farben 2 Meter 95 Pt.
- Chine- u. Schottenbänder 12-15cm br., Mtr. 95 Pt.
- Haarschleifen für Kinder 95 Pt.
- Schleifengürtel Streifen u. Schotten 95 Pt.
- Lackgürtel 4 cm, m. gleichfarbiger Schnalle, schwarz, rot weiss, braun, grün 2 Stück 95 Pt.
- Waschgürtel weiss, grosse Auswahl 3 Stück 95 Pt.
- Betteinsätze mit Spruch . 3 Stück 95 Pt.
- Klöppelspitzen u. Einsätze weiss und grau 95 Pt.
- Tüllstoff schwarz, mit Kunstseide bestickt 1 Meter 95 Pt.
- Strumpfhalter m. Gurt, verschied. Farben 95 Pt.
- Herkules-Strumpfhalter 2 Paar 95 Pt.
- Schnürsenkel 110 cm lang, gute Qualität 18 Paar 95 Pt.
- Stirnhaarnetze aus echtem Menschenhaar, 8 Stück zum Heilsmaehon 95 Pt.
- Lockenwickler 6 Stück 95 Pt.
- Nähkästen aus Holz, mit Bildnis 95 Pt.

- Damen-Direktoire 2 Paar 95 Pt.
- Kinder-Sweater in allen Größen 95 Pt.
- Damen - Unterhemden gestrickt 95 Pt.
- Frauen - Strümpfe deutsch-lang 95 Pt.
- Frauen - Strümpfe deutsch-lang 95 Pt.
- Herren - Socken 1 Paar 95 Pt.
- Herren - Socken 2 Paar 95 Pt.
- Kinder-Strümpfe Wolle, plattiert 95 Pt.
- Kinder-Strümpfe Baumwolle 2 Paar 95 Pt.
- Füsslinge Baumwolle, schwarz 4 Paar 95 Pt.

- Füllhorn oder Rosentopf Stück 95 Pt.
- Div. Sträusse Stück 95 Pt.

- Hemdentuch, Loustanatuch 2 Mtr. 95 Pt.
- Laken-Daulas Meter 95 Pt.
- Küch.- u. Stub.-Handtuch. 1/2 Dts. 95 Pt.
- Küch.- u. Stub.-Handtuch. 3 Stck. 95 Pt.
- Küchenhandtücher 1/2 Dts. 95 Pt.
- Handtücher u. Wischtücher 4 95 Pt.
- Wischtücher 1/2 Dts. 95 Pt.
- 1 Kaffeedecke 95 Pt.
- 1 Tischtuch 95 Pt.
- Servietten 1/2 Dts. 95 Pt.
- Servietten mit Hoblaum . 1/2 Dts. 95 Pt.
- 1 Rolltuch 95 Pt.
- Frottierhandtücher 2 St. od. 1 St. 95 Pt.
- Staub- u. Poliertücher 1 Dts. od. 1/2 Dts. 95 Pt.
- Drellhandtuchstoff Abschnitt 2 1/2 Meter 95 Pt.

- 4 Stück Steins Fliederseife . . 95 Pt.
- 4 Stück Lanolinseife 95 Pt.
- Blumenseife sortiert, 20 od. 7 Stck. 95 Pt.
- 4 Pack Steins Waschkraft . . . 95 Pt.
- 5 Pck. Salmiak-Terpentin-Salzenpulver 95 Pt.
- 4 grosse Scheuertücher 95 Pt.
- 3 Pak. Streichhölzer 95 Pt.
- 1 Zopf aus echtem Haar 95 Pt.
- 1 Flasche Birkenwasser 95 Pt.

- Damen-Hausschürzen extra weit 95 Pt.
- Damen-Blusenschürz. Blau-Struck 95 Pt.
- Bunte Damen-Teeschürzen 95 Pt.
- Tee- od. Tändelschürz. für Dam. mit reich. Stickerol garn. Stück 95 Pt.
- Mädchen-Schürzen weiss u. Elfenbein u. Stück. garn., Gr. 45-70 bunte Bildnisse 95 Pt.
- Knaben-Schürz. Gr. 45-55 St. 95 Pt.
- Knaben-Schürzen . 2 Stück 95 Pt.

- Ohringe Silber-Double mit Stimmgabeln oder Inlithert. Türkisen besetzt Paar 95 Pt.
- Silberkette od. patriot. Anhäng. 95 Pt.
- Wachspen-Kollier m. pers. Ohrrin. 95 Pt.
- Haargarnituren Stoff, rot od. weiss besetzt 95 Pt.
- Haarpfeile rot oder weiss besetzt 2 Paar 95 Pt.
- Naekenspangen rot od. weiss besetzt . St. 95 Pt.

- Scheiben-Schleier mit Volant u. Paar 95 Pt.
- Tüllambrequin mit Volant 95 Pt.
- Tüllkommodendeck. weiss oder creme Stück 95 Pt.
- Stores weiss od. creme, Stück 95 Pt.
- Wachst.-Küchentisch decke 64/100 95 Pt.
- Filtzuchkommodendecke 95 Pt.
- Leinenlambrequins 95 Pt.
- Kissen Stück 95 Pt.
- Linoleumvorleger Stück 95 Pt.

- Herren-Krawatten offene Binder und Regatties . 2 Stück 95 Pt.
- Herren-Krawatten offene Binder und Regatties . . Stück 95 Pt.
- Herren- u. Knaben-Mützen in allen Formen Stück 95 Pt.
- Herren- u. Knaben-Mützen in verschied. Formen. 2 Stück 95 Pt.

1 patr. Brosche, 1 Boleronadel
95
Pt.

1 Wachspen-Kollier
mit eleg. Schloß
95
Pt.

Gardinen
extra breit
Meter
95
Pt.

1 Erbstül-Läufer
95
Pt.

1 Kinder-Steppdecke
95
Pt.

Die oben aufgeführten Artikel sind nur ein kleiner Auszug von den zum Verkauf kommenden Artikeln in dieser Preislage

1 Pfund Messina-Drops
95
Pt.

1 Pfund Erfrischungs-Pasten
95
Pt.

1 Pfund Konfekt-Mischung
95
Pt.

1 Pfund Praline-Mischung
95
Pt.

2 Coupons Stickerol
4.60 Meter
95
Pt.

1 Coupon Stickerol
4.10 oder 3.95 Meter
95
Pt.

1 Pfund Pflanzen-Daunen
95
Pt.